

Handlungsempfehlungen zur Chancengerechtigkeit in der Gemeinschaftsverpflegung

Praxisleitfaden

Im Auftrag der Bundesgesundheitsagentur



Handlungsempfehlungen zur Chancengerechtigkeit in der Gemeinschaftsverpflegung – ein Praxisleitfaden

Systematische Erfassung, Nutzung und Verankerung von methodischen und praktischen Erkenntnissen aus den Maßnahmen der Vorsorgestrategie

Autorinnen:

Charlotte Klein
Barbara Fröschl
Rita Kichler
Daniela Pertl
Aida Tanios
Marion Weigl

Fachliche Begleitung:

Judith delle Grazie

Projektassistenz:

Monika Löbau

Wien, im Jänner 2015

Im Auftrag der Bundesgesundheitsagentur

Zl. 4692

Herausgeber und Verleger: Gesundheit Österreich GmbH, Stubenring 6, 1010 Wien,
Tel. +43 1 515 61, Fax +43 1 513 84 72, Homepage: www.goeg.at

Der Umwelt zuliebe:

Dieser Bericht ist auf chlorfrei gebleichtem Papier ohne optische Aufheller hergestellt.

Inhalt

1	Einleitung	1
2	Hintergrund	4
2.1	Chancengerechtigkeit in der Gesundheitsförderung	4
2.2	Chancengerechtigkeit in der Gemeinschaftsverpflegung	5
2.3	Akteure im Setting	8
2.4	Maßnahmen im Rahmen der österreichweiten Vorsorgestrategie.....	9
3	Handlungsempfehlungen für Gesundheitsförderung in der Gemeinschafts- verpflegung.....	12
3.1	Setting- und Determinantenorientierung	12
3.2	Empowerment	15
3.3	Zielgruppenorientierung.....	18
3.4	Partizipation der Akteure des Settings.....	22
3.5	Vernetzung und Nachhaltigkeit	24
4	Hindernisse und Tipps	27

1 Einleitung

Die Bundesgesundheitsagentur beauftragte die Gesundheit Österreich GmbH, die Lernerfahrungen zu Chancengerechtigkeit in der Gesundheitsförderung, die insbesondere bei den aus den Vorsorgemitteln finanzierten Projekten gemacht worden waren, systematisch zu erfassen und aufzuarbeiten.

Die Bundesgesundheitskommission beschloss Mittel (in Folge „Vorsorgemittel“) im Ausmaß von über 11 Millionen Euro für die Gesundheitsvorsorge (Gesundheitsförderung und Prävention) im Rahmen einer österreichweit abgestimmten Initiative dem Schwerpunktthema Ernährung zu widmen. Dem Beschluss liegt eine Vorsorgestrategie zugrunde, die von der Gesundheit Österreich GmbH und der UAG Public Health¹ erstellt wurde (Wirl et al. 2010). Ziel ist es, Best Practice Modelle österreichweit auszurollen und damit ein qualitätsgesichertes und akkordiertes Vorgehen im Bereich der Gesundheitsförderung und Prävention zu erzielen. Die Bereitstellung dieser Mittel zur Finanzierung überregional bedeutsamer Vorsorgeprogramme basiert auf der Vereinbarung gem. Art. 15a B-VG für die Jahre 2008 bis 2014. Die Mittelempfänger/innen der Initiative, die von der Bundesgesundheitsagentur finanziert und von einer im Bundesministerium für Gesundheit angesiedelten Koordinationsstelle aus koordiniert wird, sind das Bundesministerium für Gesundheit, die Gesundheitsfonds und Landesregierungen und die Gebietskrankenkassen. Die empfohlenen Maßnahmen konzentrieren sich auf die Zielgruppe Schwangere und Kleinkinder sowie das Thema Gemeinschaftsverpflegung in Kindergärten, Schulen und anderen Settings. Als Basis wurden folgende Modellprojekte herangezogen: „Gemeinsam essen“, „Netzwerk Schulverpflegung Vorarlberg“ und „Erährungsberatung in der Schwangerschaft“ (Wirl et al. 2010).²

Die vorliegenden Handlungsempfehlungen sollen eine Hilfestellung sein, um gesundheitliche Chancengerechtigkeit in der Gemeinschaftsverpflegung zu berücksichtigen. Damit sollen sie einen Beitrag für die Förderung von gesundheitlicher Chancengerechtigkeit in Österreich generell liefern, aber auch bei der Umsetzung der Rahmen-Gesundheitsziele, der Verwendung der Gesundheitsförderungsmittel nach der Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG Zielsteuerung-Gesundheit („Gesundheitsförderungsfonds“), der Projektförderung des FGÖ sowie der Verwendung weiterer Vorsorgemittel herangezogen werden.

1

Die Unterarbeitsgruppe Public Health (UAG PH) war eine Unterarbeitsgruppe der Arbeitsgruppe für Strukturveränderungen mit dem Schwerpunkt Public Health. Die Arbeitsgruppe für Strukturveränderungen hatte die Aufgabe, sich mit strukturellen Veränderungen im österreichischen Gesundheitswesen und deren Auswirkungen zu befassen. Die UAG PH wurde im September 2013 als Fachgruppe für Public Health und Gesundheitsförderung von der Arbeitsgruppe Gesundheitssystem neu konstituiert.

2

Mehr Informationen zu den Vorsorgemitteln finden sich unter:

<https://www.gesundheit.gv.at/Portal.Node/ghp/public/content/vorsorgestrategie-ernaehrung-einleitung.html>

Die Handlungsempfehlungen richten sich an Praktiker/innen, die Gesundheitsförderungsprojekte im Setting „Gemeinschaftsverpflegung“ planen und/oder umsetzen. Die Handlungsempfehlungen sollen die **Kriterien zur Förderung gesundheitlicher Chancengerechtigkeit** verständlich beschreiben und **praxisnahe Anleitungen** liefern. Sie verstehen sich als Ergänzung und Vertiefung zu den bereits bestehenden Qualitätskriterien des Fonds Gesundes Österreich (Fonds Gesundes Österreich 2013) bzw. zu bestehenden Informationsmaterialien über Gesundheitsförderung. Die Handlungsempfehlungen setzen ein Grundverständnis von Gesundheitsförderung und Prävention voraus.

Nach einer Einführung in die Bedeutung von gesundheitlicher Chancengerechtigkeit für Gesundheitsförderung und einer Darstellung aktueller Maßnahmen im Setting „Gemeinschaftsverpflegung“ werden praxisnahe Handlungsempfehlungen für zielgruppengerechte Gesundheitsförderungsmaßnahmen gegeben. Diese sind analog zu den FGÖ-Kriterien gegliedert. Sie zeigen Erfolge und Herausforderungen der Praxis auf, gehen auf Hindernisse ein und münden in Tipps für die Projektplanung. Konkrete Beispiele veranschaulichen abstrakte Begrifflichkeiten und werden in Bezug zu wissenschaftlichen Erkenntnissen und Praxiswissen von Expertinnen und Experten gesetzt.

Für Personen, die bereits über ein grundlegendes theoretisches Verständnis von Gesundheitsförderung verfügen und/oder Praxiserfahrungen im Setting „Gemeinschaftsverpflegung“ haben, stehen Checklisten mit unterstützenden Reflexionsfragen für Projektplanung und Projektabwicklung zur Verfügung.

Für Leserinnen und Leser, die an vertiefenden Ausführungen zu theoretischen Aspekten der Gesundheitsförderung in Zusammenhang mit Chancengerechtigkeit interessiert sind, stehen im zweiten Teil die „Allgemeine Empfehlungen zur Chancengerechtigkeit in der Gesundheitsförderung“ zur Verfügung. In diesem Teil werden jene Qualitätskriterien des Fonds Gesundes Österreich, die für das Ziel der Chancengerechtigkeit besonders relevant³ sind, ausführlich und praxisnah erläutert. Dabei wird jeweils der theoretische Hintergrund, die Problemstellung und Ableitung von Erfolgsfaktoren für die Umsetzung des entsprechenden Qualitätskriteriums beschrieben. Zur besseren Veranschaulichung werden immer wieder praktische Beispiele angeführt. Die allgemeinen Empfehlungen verstehen sich als ergänzendes Nachschlagewerk, in dem die einzelnen Kapitel gesondert genutzt werden können. Gleichzeitig sollen die allgemeinen Empfehlungen auch von jenen Personen genutzt werden, die sich für Chancengerechtigkeit in der Gesundheitsförderung in anderen Settings als Kindergarten oder Gemeinschaftsverpflegung bzw. für eine andere Zielgruppe als Schwangere und junge Eltern interessieren. Redundanzen zwischen den Kapiteln und den Berichtsteilen sind daher erwünscht und sollen die Verwendbarkeit als Nachschlagewerk ermöglichen.

Allgemeine Empfehlungen

3

Ausgewählt wurden jene Qualitätskriterien, die sich in Metaleitlinien zur Chancengerechtigkeit wie z. B. Checkliste zu Bereichen guter Praxis in Angeboten der Gesundheitsförderung wiederfinden.

Die Handlungsempfehlungen bauen wesentlich auf den Lernerfahrungen der Vorsorgemittel-empfänger/innen zum Thema Ernährung auf. Dazu wurden die verpflichtenden Jahresberichte der Mittelempfänger/innen⁴ herangezogen sowie Interviews und Fokusgruppen durchgeführt. Zusätzlich wurden Erfahrungen aus Projekten herangezogen, die vom FGÖ finanziert wurden und sich ebenfalls mit dem Setting „Gemeinschaftsverpflegung“ beschäftigen. Eine Beschreibung der Methodik befindet sich im zweiten Berichtsteil und eine Liste der Interviewpartner/innen und Fokusgruppenteilnehmer/innen im Anhang.

4

Mittelempfänger/innen sind das Bundesministerium für Gesundheit, die Gesundheitsfonds und Landesregierungen und die Gebietskrankenkassen. Sie übermitteln Jahresberichte über die Mittelverwendung an die Koordinationsstelle.

2 Hintergrund

2.1 Chancengerechtigkeit in der Gesundheitsförderung

Die Förderung gesundheitlicher Chancengerechtigkeit ist in Österreich in den letzten Jahren zunehmend als zentrale gesundheitspolitische Aufgabe erkannt worden. Ziel 2 der Rahmengesundheitsziele sieht vor, für „gesundheitliche Chancengerechtigkeit zwischen den Geschlechtern und sozioökonomischen Gruppen, unabhängig von Herkunft und Alter“ zu sorgen. Die Verringerung gesundheitlicher Ungleichheiten ist als gesundheitspolitischer Grundsatz in der Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG Zielsteuerung-Gesundheit festgeschrieben. Auch die Qualitätskriterien des FGÖ betonen die Förderung gesundheitlicher Chancengerechtigkeit. Bisher fehlt jedoch eine konzertierte Strategie, wie gesundheitliche Chancengerechtigkeit im Rahmen von Gesundheitsförderung und Prävention in Österreich erreicht werden kann und wie sozioökonomisch und gesundheitlich benachteiligte Bevölkerungsgruppen effektiv und effizient erreicht werden können.

In der Gesundheitsförderung wurde **gesundheitliche Chancengerechtigkeit** von jeher gefordert, trotzdem erreichen aktuelle Gesundheitsförderungsprojekte tendenziell eher gut ausgebildete, gut informierte und wohlhabende Gruppen statt sozioökonomisch bzw. gesundheitlich Benachteiligte, bei denen Intervention den stärksten Effekt hätten (Ammann/Gross 2011). Oft wird übersehen, dass gesundheitlich Benachteiligte sehr heterogene Gruppen sind und häufig zu den schwer erreichbaren Zielgruppen gehören (Hofmann et al. 2013). Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass Maßnahmen, die ausschließlich an bestimmte Gruppen gerichtet sind, Ungleichheit festigen oder sogar verstärken und zu einer Stigmatisierung beitragen können. Beispielsweise benachteiligten Angebote, die ausschließlich an die am stärksten Benachteiligten gerichtet sind, jene, denen es nur geringfügig besser geht. Um dies zu verhindern, sollten einerseits alle Menschen angesprochen werden, andererseits ein an dem Grad der Benachteiligung, der spezifischen Lebenslage sowie den Bedürfnissen orientiertes Angebot geboten werden – dieser Ansatz eines universellen Angebots für alle, dessen konkrete Ausgestaltung bzw. Intensität aber auf eine Verringerung von Ungleichheiten ausgerichtet ist, wird „proportionate universalism“ genannt (Marmot et al. 2010).

Häufig wird der Begriff „gesundheitliche Chancengerechtigkeit“ gleichgesetzt mit „gesundheitliche Chancengerechtigkeit für schwer erreichbare oder sozioökonomisch benachteiligte oder vulnerable Bevölkerungsgruppen“. Auch die Qualitätskriterien des FGÖ nennen folgende Aspekte zur Berücksichtigung für gesundheitliche Chancengerechtigkeit: Bildung, Einkommen, berufliche Position, soziale Herkunft, Migrationshintergrund, Wohnregion, Lebensalter, Gender, Familienstand (Fonds Gesundes Österreich 2013). Trotz einer starken Überschneidung (statistisch sind sozioökonomisch Benachteiligte auch in höherem Ausmaß gesundheitlich benachteiligt⁵), sind

Allgemeine Empfehlungen
Kapitel 1

5

Zwischen gesundheitlicher und sozioökonomischer Benachteiligung besteht eine Wechselwirkung: Gesundheitliche

diese Gruppen nicht immer ident. Gesundheitliche Chancengerechtigkeit umfasst nicht nur sozioökonomisch Benachteiligte, sondern auch Menschen, die gesundheitlich beeinträchtigt sind (Gold/Lehmann 2012) wie z. B. ältere, nicht mehr mobile Menschen oder chronisch kranke Personen.⁶ Wenn sowohl sozioökonomische als auch gesundheitliche Benachteiligungen bestehen, wirken diese gegenseitig verstärkend (Anzenberger et al. 2014).

Gesundheitlich benachteiligte Bevölkerungsgruppen können sehr heterogen sein, gleichzeitig sollten gesundheitsfördernde Maßnahmen an die spezifische Lebenssituation von Zielgruppen bzw. an das jeweilige Setting angepasst werden. Um diese Herausforderung meistern zu können, werden in den vorliegenden Handlungsempfehlungen praxisnahe Tipps gegeben, wie gesundheitlich und insbesondere sozioökonomisch benachteiligte Bevölkerungsgruppen erreicht werden können. Lernerfahrungen und Beispiele aus Projekten werden teilweise verallgemeinert wiedergegeben. Daher sind Formulierungen wie „... bei Personen mit Migrationshintergrund ...“ nicht als Pauschalierung, sondern als Denkanstöße und Hinweise für zielgruppengerechte Gestaltung von Maßnahmen zu interpretieren.

2.2 Chancengerechtigkeit in der Gemeinschaftsverpflegung

Die Gemeinschaftsverpflegung ist „eine im Preis limitierte Verpflegung eines begrenzten Personenkreises an einem Ort, an dem ein längerer Aufenthalt dieser Personen aus organisatorischen Gründen erforderlich ist“⁷. Es sind vorwiegend Betriebsküchen, Cateringdienste und andere Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung, die ihre Gäste durch gesundheitsförderliches Verpflegungsangebot unterstützen können. Die Gemeinschaftsverpflegung richtet sich mit Speisen und Getränken an Zielgruppen in Kindergärten, Schulen, Internaten, Mensen, Betrieben, Gesundheits- und Krankeneinrichtungen, Kasernen sowie Einrichtungen der Alten- und Pflegebetreuung.

Ein wesentliches Ziel der gesundheitsfördernden Gemeinschaftsverpflegung ist es, die Gäste und Konsumentinnen und Konsumenten (möglichst früh) zu gesunder Ernährung zu führen. Einrichtungen gesundheitsfördernder Gemeinschaftsverpflegung sollen aufzeigen, dass eine ausgewogene, vollwertige Ernährung nicht nur gut schmeckt, sondern auch entscheidend zum Wohlbefinden und zur Leistungsfähigkeit beiträgt. Die Gemeinschaftsverpflegung kann damit

Benachteiligung kann langfristig auch zu sozialer Benachteiligung führen, wenn z. B. Erwerbstätigkeit nicht möglich ist (Haas et al. 2012).

6

Beispiele von Gesundheitsförderungsmaßnahmen für Menschen mit Behinderung finden sich hier:

<http://www.behindertearbeit.at/bha/27417/fachtagung-fur-menschen-mit-behinderung-ich-kann>

<http://www.heilpaedagogik.de/bhponline.de/down/public/7xxx-service/sus/020724-01.pdf>

<http://www.lebenshilfe-kaernten.at/angebote/zusaetzliche-angebote/gesundheitsfoerderung/>

<http://www.gesundheitsland.at/default.aspx?pagetype=main&Slid=32&a=l&ARid=2825>

⁷ http://www.bmlfuw.gv.at/land/lebensmittel/vermarktung/ausserhaus_verzehr.html

einen wesentlichen Beitrag hinsichtlich einer ausgewogenen Ernährung leisten, eine Vorbildfunktion ausüben und zum Nachahmen einladen. Eine gesundheitsfördernde Gemeinschaftsverpflegung orientiert sich vor allem an den Bedürfnissen der Gäste. Das in der Kleinkinderbetreuung, im Kindergarten und in der Schule geprägte Ernährungsverhalten zieht sich häufig wie ein roter Faden durch alle Lebensbereiche und -abschnitte.

Gemeinschaftsverpflegung kann sich auf einzelne Mahlzeiten beschränken oder alle Tagesmahlzeiten umfassen. Gemeinschaftsverpflegung nimmt immer mehr an Bedeutung zu, vor allem durch das vermehrte Angebot von Ganztagschulen und Tagesbetreuungseinrichtungen, die zunehmende Flexibilisierung der Arbeitszeit und andere gesellschaftliche Entwicklungen, durch die der Bedarf an Außer-Haus-Verpflegung weiter ansteigen wird.

In den folgenden Ausführungen wurde besonders die Gemeinschaftsverpflegung in den Settings Schule und Kindergarten berücksichtigt, da auch im Rahmen der Vorsorgestrategie (vgl. Kapitel 1) dieser Schwerpunkt gewählt wurde (Wirl et al. 2010). Auf das Setting Kindergarten wird gesondert im Bericht „Handlungsempfehlungen zur Chancengerechtigkeit im Kindergarten“ eingegangen.

Mit Gemeinschaftsverpflegung können Zielgruppen auf verschiedenen Ebenen eines definierten Settings erreicht werden. Alle Personen in einem Betrieb, einer Schule oder einem anderen Setting können gleichzeitig mit gesundheitsförderlicher Ernährung versorgt werden, sofern sie das Angebot in Anspruch nehmen und sich nicht anderwärtig verpflegen. Menschen mit Unterschieden in Bildung, Einkommen, beruflicher Position oder sozioökonomischer Herkunft werden mit Gemeinschaftsverpflegung ebenso erreicht wie Menschen verschiedener Altersgruppen, Wohnregion und unterschiedlichem Familienstand.

Die Verpflegungsbetriebe sowie die konsumierenden Einrichtungen können von einer Ausrichtung auf gesunde Ernährung und gesundheitsfördernde Rahmenverhältnisse über zufriedene Mitarbeiter/innen, Schüler/innen, Kinder bzw. Eltern profitieren. Einen weiteren Motivationsfaktor für einen Betrieb / eine Einrichtung stellt die öffentliche Wahrnehmung dar: Die Österreichische Gesellschaft für Ernährung vergibt österreichweit das ÖGE-Gütezeichen für nährstoffoptimierte Speisenqualität – es ist das einzige staatliche Gütezeichen für den Bereich Gemeinschaftsverpflegung⁸.

Gemeinschaftsverpflegung für Kinder und Jugendliche

Immer häufiger verlassen Kinder und Jugendliche morgens ihr Zuhause ohne Frühstück und sind dadurch zum einen weniger leistungsfähig, zum anderen konsumieren sie häufig Softdrinks oder Süßigkeiten. Laut Ernährungsempfehlungen der Fachgesellschaften für Ernährung im deutschsprachigen Raum (ÖGE / Österreichische Gesellschaft für Ernährung, DGE / Deutsche Gesell-

8

<http://www.oege.at/index.php/oege-zertifizierte-verpflegung> [27.08.2014]

schaft für Ernährung) können rund 10 Prozent der täglichen Gesamtenergiezufuhr durch „geduldete“ Lebensmittel wie Süßwaren und Knabberartikel gedeckt werden. Tatsächlich wird dieser Wert jedoch von vielen Kindern und Jugendlichen deutlich überschritten, sie nehmen rund 18 bis 22 Prozent der Gesamtenergiezufuhr in Form von „geduldeten“ Lebensmitteln auf (Elmadfa 2012). Das dadurch entstandene Defizit an gesunden Lebensmitteln kann durch Gemeinschaftsverpflegung zumindest teilweise kompensiert werden bzw. Fehlernährung durch ein gesundheitsförderliches Angebot in der Gemeinschaftsverpflegung vorgebeugt werden. Das Kennenlernen schmackhafter gesunder Speisen prägt vor allem bei Kindern das Ernährungsverhalten im weiteren Lebenslauf. Essen kann mit Genuss und Freude und nicht zuletzt mit Gemeinschaftserlebnissen assoziiert werden. Diese soziale Komponente spielt eine wesentliche Rolle für die Akzeptanz von Gemeinschaftsverpflegung und kann durch Rahmenbedingungen wie eine attraktive Raumgestaltung unterstützt werden.

Besondere Belastungen von Kindern aus sozioökonomisch und gesundheitlich benachteiligten Familien

Menschen – vor allem Kinder – aus sozioökonomisch und gesundheitlich benachteiligten Familien zeigen oft einen schlechteren Gesundheitszustand als Kinder aus einkommensstarken und gebildeten Familien (Bundesministerium für Gesundheit 2013). Sie sind häufig besonderen Belastungen ausgesetzt. Bei der Etablierung gesünderer Angebote ist es essentiell, dass diese auch für alle Schülerinnen und Schüler in gleicher Weise zugänglich sind. Stigmatisierungen sind jedenfalls zu vermeiden. Fairer Zugang für alle bedeutet vor allem eine Preisgestaltung, die auch für Personen mit niedrigen Einkommen die gesunde Wahl in der Kantine ermöglicht und attraktiv gestaltet. Auch die Auswahl an Speisen in Hinblick auf religiöse, kulturelle oder gesundheitliche Aspekte (Schweinefleisch, vegetarisches Angebot etc.) kann entscheidend sein. Gemeinschaftsverpflegung ist im Idealfall Teil eines gesundheitsfördernden Settings (z. B. eines Kindergartens, einer Schule), das heißt, sie ist fester Bestandteil der Einrichtung, in der die Grundprinzipien der Gesundheitsförderung Anwendung finden.

Eine ausgewogene Ernährung ist wesentlich für das Konzentrationsvermögen und die Fitness der Schüler/innen. Schule verfügt als eine der relevantesten Lebenswelten für Kinder und Jugendliche über ein großes Potential, gesundheitsfördernde Strukturen und Verhältnisse zu schaffen, die ein gesünderes Verhalten fördern und erleichtern. Einzelne Interventionen wirken oft nicht nachhaltig, weil alte Strukturen tiefgehende Veränderungen blockieren. Hilfreich ist es, auf mehreren Ebenen anzusetzen, zum Beispiel durch die Kombination eines gesünderen Schulbuffets mit einem ernährungsspezifischen Biologieprojekt, einer ansprechenden Gestaltung der Räume für die (großen) Pausen sowie ausreichender Länge der Mittagspause. Selbstverständlich benötigen diese Veränderungen viel Zeit und Engagement sowie oftmals auch finanzielle Mittel. Ein schrittweises Vorgehen mit realistischen Zwischenzielen und großzügiger Zeitplanung unterstützt dabei, die Motivation bei den Beteiligten aufrecht zu erhalten. Auf den folgenden Seiten finden sich Hinweise und bewährte Praxisbeispiele für Aspekte der Gemeinschaftsverpflegung. Zahlreiche Projekte sowie Verweise zu Checklisten, Standards und ähnlichem finden sich in der Linksammlung Tabelle 4.1 **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden..**

2.3 Akteure im Setting

Maßnahmen im Bereich der Gemeinschaftsverpflegung sollen bei der Optimierung des Speisenangebotes alle Beteiligten im Setting und in dessen Umfeld mit ein beziehen. So können zum Beispiel im Kindergarten und in der Schule von Küchen-/ Cateringverantwortlichen über die Kindergarten-/ Schulleitung, Pädagoginnen und Pädagogen bis hin zu Kindern und Eltern alle dazu beitragen, das Essensangebot im Kindergarten / in der Schule und weiteren Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen zu verbessern. Bei der Speiseplanerstellung sollen die Bedürfnisse und Vorlieben der Kinder ebenso berücksichtigt werden wie die räumlichen Möglichkeiten der Küche.

Die Akteure, die in Gemeinschaftsverpflegung involviert sind, sind vielfältig: Neben den Betreibenden der Gemeinschaftsverpflegung bzw. deren gesamtem Team haben auch die Leitenden der jeweiligen Einrichtungen Einfluss auf die Verpflegung. Mitgestaltungsmöglichkeiten für Essensgäste (Feedbackbögen, persönliche Gespräche, Schulprojekte, „Mensaausschuss“,...) bestehen ebenso wie die Möglichkeit, Rahmenbedingungen vorzugeben. Diese sind vorwiegend finanzieller, baulicher und struktureller Natur.

Neben den Einrichtungen, die von der Gemeinschaftsverpflegung versorgt werden, geben teilweise auch externe Stellen (z. B. Land, Sozialversicherungsträger sowie diverse Einrichtungen) Richtlinien vor, sprechen Empfehlungen aus oder ermöglichen Veränderung und Beratung durch unterstützende Angebote (vgl. „Grüner Teller“ bei Styria vitalis). In den Schulen sind auf unterschiedlichen Ebenen – von der Landeschulrätin / dem Landeschulrat über die Bezirks- und Gemeindevertretung (die in manchen Einrichtungen über die finanziellen Ressourcen entscheiden) bis zum Küchenpersonal und den Mittagsbetreuenden (portionieren das Essen) – zahlreiche Akteure in den Prozess der Gemeinschaftsverpflegung involviert. Gerade im Kindergarten / in der Volksschule ist der Austausch zwischen Mittagsbetreuerinnen/-betreuern und Küchenpersonal wichtig, um Feedback zum Essen zu geben.

Projektbeispiel „Gemeinsam essen“ (ST): Das Modellprojekt der Vorsorgestrategie setzte bei folgenden Punkten an:

- » Erhöhung der ernährungsphysiologischen Qualität der Speisen und Getränke
- » Erhöhung der ökosozialen Qualität des Angebotes
- » Erhöhung der sozialen Qualität des Essen
- » Stärkere Berücksichtigung der Bedürfnisse der jeweiligen Zielgruppe

Durch das Projekt sollte die Zufriedenheit der Kundinnen und Kunden von Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen erhöht werden, die Kosten für den Wareneinsatz jedoch gleich bleiben. Das Projekt richtete sich an Kindergärten, Schulen, Universitäten, Internate, Spitäler, Pflegeheime, Kuranstalten, Jugend- und Familiengästehäuser sowie Betriebe.

Projektbeispiel „Unser Schulbuffet“ (Ö): Im Rahmen der Maßnahme war es bei Bedarf möglich Akteure des Settings Schule (wie etwa Direktion, Lehrer/innen, Elternvertretung und Schulärztinnen/-ärzte) in ein Feedbackgespräch gemeinsam mit den Schulbuffetbetreibenden einzubinden.

Diese Plattform bot allen Akteuren die Möglichkeit, sich im Interesse einer standortspezifischen Optimierung des Verpflegungsangebotes einzubringen und auszutauschen (Initiative „Unser Schulbuffet“ 2014).

2.4 Maßnahmen im Rahmen der österreichweiten Vorsorgestrategie

In den einzelnen Bundesländern werden die im Rahmen der österreichweiten Vorsorgestrategie (Wirl et al. 2010) durchgeführten Maßnahmen meist in Kooperation von Gesundheitsförderungseinrichtungen und den Gebietskrankenkassen durchgeführt (vgl. Kapitel 1). Einer der Maßnahmenschwerpunkte liegt in der Optimierung der Gemeinschaftsverpflegung.

Drei Bundesländer haben sich dazu entschlossen, im Rahmen der Vorsorgestrategie der Gemeinschaftsverpflegung ihre Aufmerksamkeit zu widmen. Sie haben das Konzept des Modellprojekts „Gemeinsam Essen“ aus der Steiermark ausgewählt und dessen Ergebnisse und Erfahrungen in ihr Bundesland transferiert, dabei wurden die Bedürfnisse der jeweiligen Bundesländer berücksichtigt.

Das Bundesministerium für Gesundheit hat im Rahmen der Initiative „Unser Schulbuffet“ eine „Leitlinie Schulbuffet“ herausgegeben (Bundesministerium für Gesundheit 2011). Darin sind „einheitliche, wissenschaftsbasierte Empfehlungen für das Speisen- und Getränkeangebot an Schulbuffets“ im Sinne eines Mindeststandards enthalten (NAP.e 2012).

Darstellung der Vorsorgeprojekte

Das bundesweite Projekt **„Unser Schulbuffet“** des Bundesministeriums für Gesundheit baut bereits auf bestehenden Modellen guter Praxis auf: „Gemeinsam Essen“ und „Netzwerk Schulverpflegung“. Dabei werden Qualitätsstandards (z. B. für „Gesunde Schulen“) berücksichtigt. Ziel ist eine praxisnahe Optimierung des Verpflegungsangebots im Setting Schule, die sich an der ernährungswissenschaftlichen Leitlinie Schulbuffet orientiert. Die Maßnahmen beinhalten unter anderem die persönliche Betreuung durch mobile Coaches, die Abhaltung von „Stammtischen“ als Vernetzungstreffen, einen regelmäßigen Newsletter und die Zusendung von Rezepten. Die Kontaktpflege erfolgte 2013 verstärkt über Vorträge, persönliche Kontakte und Newsletter. Zielgruppe des Projekts sind Betreiber/innen von Schulbuffets in ganz Österreich. Des Weiteren profitieren Schüler/innen, Eltern, Lehrer/innen und anderes Schulpersonal von der Umsetzung der Maßnahmen. Ende Juni 2014 profitierten mehr als 250 Schulstandorte und an die 170.000 Schüler/innen in ganz Österreich von einem ausgezeichneten Schulbuffet.

In Niederösterreich wird mit dem Projekt **„Gemeinsam besser essen“** das Ziel verfolgt, das Ernährungsverhalten bei jenen zu verbessern, die Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen nutzen. Dabei sollten gleichzeitig Kostenneutralität und Erhaltung bzw. Steigerung der Zufriedenheit er-

reicht werden. Es nahmen 39 Institutionen in mehreren Settings teil: Im Rahmen von „Gesunde Schulen“ wurden Betreuung und Beratung zur Optimierung des Verpflegungsangebotes zur Verfügung gestellt. Aufbauend auf das bestehende Projekt „Vitalküche“ fand in 24 Landeskliniken die bedarfsgerechte Optimierung der Krankenverpflegung statt. Insgesamt wurden mit diesen Maßnahmen mehr als 23.000 Personen erreicht. Im Projekt wurde zur Erhöhung der Qualität des Speisenangebotes besonderer Wert auf die ernährungsphysiologischen, ökologischen und sozialen Aspekte gelegt. Im Rahmen eines Drei-Phasen-Modells waren die Projektmaßnahme auf Verpfleger/innen (Küchenpersonal), aber auch auf Stakeholder (Betriebsrat, Geschäftsführung, Pflegeheimleiter/innen, Schuldirektor/innen und Kundenvertreter/innen) gerichtet.

Der Gesundheitsfonds Steiermark und die Steiermärkische Gebietskrankenkasse führen im Rahmen der Vorsorgestrategie in Kooperation das Projekt **„Gemeinsam g'sund genießen – Die Steiermark im Gleichgewicht“** durch. Ausgangspunkt bilden die Modelle guter Praxis „Ernährungsberatung in der Schwangerschaft“ sowie „Gemeinsam Essen“. Letzteres wendet sich primär an Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen (vor allem an Kinderkrippen/Kindergärten und Betriebe), aber auch an deren Kundinnen und Kunden. Im Rahmen von „GEMEINSAM G´SUND GENIESSEN – Gemeinsam Essen“ werden das Wissen und die Erfahrungen aus dem Modell guter Praxis gesammelt und aufbereitet, um sie auch anderen Einrichtungen mit Gemeinschaftsverpflegung, die nicht Teil des steirischen Modellprojektes waren, zur Verfügung zu stellen. Sie sollen damit auch die Möglichkeit haben, ihr Angebot zu verbessern. Zumindest die "Mindeststandards in der Gemeinschaftsverpflegung" (Töscher/Tropper 2011), die ernährungsphysiologische, ökologische und soziale Aspekte berücksichtigen, sollen erfüllt werden. Angeboten wurden beispielsweise mehrere "Werkzeuge" wie Checklisten (Gemeinsam genießen 2014) und Fragebögen sowie Umsetzungshilfen wie Rezeptsammlungen und Musterspeisepläne. Ein weiteres Ziel ist es, die Rahmenbedingungen für eine gesundheitsförderliche Gemeinschaftsverpflegung zu verbessern. Die Mindeststandards sollen Eingang in Gesetze, Förderkriterien und Curricula finden.

Das Projekt **„Gemeinsam essen“** wird in Vorarlberger Schulen umgesetzt, um die Qualität des Speisen- und Getränkeangebots zu erhöhen. Dabei sollen ernährungsphysiologische, wirtschaftliche, ökologische und soziale Komponenten berücksichtigt und die Zufriedenheit der Schüler/innen, Pädagoginnen und Pädagogen und Eltern gesteigert werden. Die Maßnahmen werden für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, Eltern, Schüler/innen, Lehrpersonal und Mittagstischbetreiber angeboten. Bei der Umsetzung der Maßnahmen wurde die Leitlinie für die Gemeinschaftsverpflegung von Kindern und Jugendlichen des LKS Vorarlberg berücksichtigt (Stöckler 2014b). Die Sensibilisierung für die Bedeutung eines gesundheitsorientierten Angebots in der Verpflegung gelingt vor allem über die Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sehr gut.

Ziel des **Wiener Netzwerks Kindergartenverpflegung – WiNKi** ist es, das Angebot an Speisen und Getränken in rund 500 Wiener Kindergartengruppen, Horten und anderen Kinderbetreuungseinrichtungen zu optimieren. Unter Einbindung aller Verantwortlichen und Beteiligten aus dem Setting Kindergarten werden zielführende Maßnahmen erarbeitet und umgesetzt. Die Maßnahmen richten sich an Gemeinschaftsverpflegungsanbieter/innen, an Kindergartenpädagogen/-pädagoginnen, -assistenten/-assistentinnen, Helfer/innen, Tagesmütter und -väter in der

Wiener Ernährungsakademie sowie an die Kindergärten, in denen Aktivitäten zum Thema Essen und Trinken durchgeführt werden (Fokusgruppe 10. 9. 2014).

3 Handlungsempfehlungen für Gesundheitsförderung in der Gemeinschaftsverpflegung

3.1 Setting- und Determinantenorientierung

Die Auswahl eines Settings für die Durchführung eines Gesundheitsförderungsprojekts ist die erste wesentliche Entscheidung in Bezug auf Chancengerechtigkeit. Eine sorgfältige Auswahl verstärkt die Chancen, dass ein Projekt dort umgesetzt wird, wo der Bedarf am größten ist.



Der Setting-Ansatz ist darauf ausgerichtet, nachhaltig die Strukturen und Prozesse im Kindergarten / in der Schule / im Betrieb / in der Krankenanstalt zu optimieren und diese gesundheitsförderlich zu gestalten. Die Settings können einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung des Lebensstils und zur gesunden Ernährung der zu erreichenden Personengruppen leisten. Für bestimmte Zielgruppen, die einen großen Teil ihrer Zeit in einem definierten Setting verbringen, werden oft Speisen und Getränke im Rahmen von Gemeinschaftsverpflegung angeboten. Die ernährungsphysiologische Optimierung der im Bereich der Gemeinschaftsverpflegung angebotenen Speisen und Getränke ist eine wichtige strukturelle Maßnahme, die allen Personengruppen eines Settings zugutekommt, unabhängig von ihrer sozioökonomischen Herkunft, beruflichen Position oder Bildung. Damit kann die Gemeinschaftsverpflegung einen wesentlichen Beitrag zur gesunden Ernährung der Menschen und zur gesundheitlichen Chancengerechtigkeit im jeweiligen Setting leisten.

Allgemeine Empfehlungen
Kapitel 2.2

Projekte zur Verbesserung des Speisenangebotes in der Gemeinschaftsverpflegung folgen dem klassischen Prinzip des Projektmanagementzyklus: Diagnosephase, Planungsphase, Phase der Maßnahmenumsetzung, Nachbereitung, Auswertung und Verankerung (Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung BZgA/Blümel (Red.) 2011). Dieses strukturierte Vorgehen ist nötig, damit die Bedingungen und Prozesse im Setting sichtbar gemacht und nachhaltig optimiert werden können.

Projektbeispiel „Gemeinsam Essen – Gesunde Gemeinschaftsverpflegung“ (ST): Hat sich ein/e Gemeinschaftsverpflegungsanbieter/in dazu entschieden, das Speisen- und Getränkeangebot unter externer, fachlicher Anleitung zu optimieren, so nimmt er/sie an einem längerfristigen, bis zu eineinhalb Jahre dauernden Prozess teil. Dieser Prozess ist in folgende Phasen gegliedert:

- » In der Diagnosephase wird der Ist-Zustand erfasst. Eine Menükomponentenanalyse gehört hier ebenso dazu wie eine Befragung der Kundinnen und Kunden der Einrichtung sowie die Erarbeitung von konkreten, messbaren und erreichbaren Zielen.

- » In der Phase der Maßnahmenumsetzung finden Schulungen für das Küchenpersonal statt, die Recherche von alternativen Einkaufsmöglichkeiten, die Optimierung von Speiseplänen hinsichtlich ernährungsphysiologischer, ökologischer und sozialer Kriterien oder die Umgestaltung des Speisesaals.
- » Mit der Nachbereitungsphase und einer Abschlussveranstaltung endet das Projekt. Dabei wird evaluiert, was sich durch das Projekt tatsächlich verändert hat.

Die Räumlichkeiten der Gemeinschaftsverpflegung spielen eine große Rolle bei der Akzeptanz durch die Essensgäste, vor allem bei Kindern und Jugendlichen. Die Einbindung aller relevanten Akteure und der Zielgruppen bei der baulichen Gestaltung oder Veränderung der Küche und/oder der Speiseräumlichkeiten bietet die Möglichkeit, unterschiedliche Wünsche und Bedürfnisse zu diskutieren und in die Planung einfließen zu lassen. Idealerweise wird von Beginn der Planung an darauf geachtet, Räume zu schaffen, in denen sich Beschäftigte und Essensgäste gleichermaßen wohlfühlen – vor allem Licht, Raumklima sowie der Lärmpegel haben darauf Einfluss. Das Ambiente einer Kantine oder eines Speisesaals bestimmt wesentlich, wie intensiv das Speisenangebot genutzt wird.

Damit es bei Projektvorhaben zu einer konstruktiven Lösung kommt, ist es wichtig, alle Beteiligten an einen Tisch zu bringen und gemeinsam die nächsten Schritte für Maßnahmenentwurf und -umsetzung zu planen. In vielen Belangen sind auch gesetzliche Vorgaben und andere Rahmenbedingungen (Hygienevorschriften etc.) zu berücksichtigen.

Es ist jedoch auch sinnvoll und nützlich, sich über settingspezifische Bedürfnisse zu informieren und vorab Ideen zu sammeln, was unbedingt Teil der neuen Gestaltung sein sollte.

„Wohlfühl-Ideen“ für den Speisesaal / das Schulrestaurant:

- » **Pflanzen:** Der Biologie- oder Sachunterricht ist eine Möglichkeit, verschiedene Pflanzen mit Info-Tafeln im „Herzen der Schule“ zu platzieren. Größere Pflanzen kommen als auflockern-de Raumteiler infrage. Auch hier gilt: Es gibt vielfältige Vorschriften (z. B. Freihalten von Fluchtwegen) zu beachten.
- » **Farben:** Über Kindergarten- oder Schulprojekte kann der Speisesaal gemeinschaftlich gestaltet werden, z. B. mit selbst gemalten Bildern oder verzierten Wasserkrügen.
- » **Bewusstseinsbildung:** Die Essensräumlichkeiten bieten Gelegenheit, Kindern und Jugendlichen das Thema Ernährung auf vielfältige Weise näherzubringen und mit positiven Assoziationen zu besetzen: Die Fotostrecke vom Besuch am Bauernhof im Nachbarort, eine Ernährungspyramide aus selbstgebastelten „Lebensmittelwürfeln“ etc.
- » **Durstlöscher:** Wasserkrüge und Gläser auf den Tischen oder im Kantinenbereich werden in Vorarlberg seit dem Projekt „Gemeinsam essen“ von fast allen teilnehmenden Schulen bereitgestellt (Stöckler 2014a).

Hilfreich ist eine genaue Analyse der Ausgangssituation, bevor man mit Veränderungen beginnt. Durch die Zusammenarbeit mit Vertreterinnen und Vertretern unterschiedlicher Bereiche werden Fehler vermieden, die vor allem im baulichen Bereich nachträglich schwer zu beheben sind. Wenn ein Projekt auch von den Entscheidungsträgerinnen/-trägern außerhalb einer Organisation mitgetragen wird, ist die Umsetzung erfahrungsgemäß weitaus einfacher (Fokusgruppe

10. 9. 2014). Von der Steckdosenhöhe über Sitzabstände bis hin zu Halterungen für Plakate und Bilder – viele Dinge sind zu beachten; dies gelingt am besten mit einem engagierten Team und einem geschulten „Blick von außen“.

Projektbeispiel „Gemeinsam essen“ (V): Für das Projekt „Gemeinsam essen“ des aks Gesundheit in Vorarlberg wurden vom aks mit dem Landesschulrat Schulen zur Teilnahme vorgeschlagen. Die Schulen wurden informiert und bei Interesse am Projekt teilzunehmen wurden jeweils in den Einrichtungen Projektgruppen etabliert. Eine Analyse der Ist-Situation ging der gemeinsamen Formulierung von Zielen voraus. Die verwendeten Evaluationsinstrumente und andere Materialien sind im Internet abrufbar.⁹ Die festgelegten Ziele können auch bauliche Maßnahmen betreffen: Im Bundesgymnasium Lustenau wurden etwa die Wände im Speisesaal gedämmt, Tische in kleinen Gruppen anstatt einer langen Reihe aufgestellt und nun vom Kioskpersonal entsprechend der Saison dekoriert. Wie wichtig lärmdämmende Maßnahmen sind, zeigen die Evaluationsergebnisse aus den Volksschulen, nach denen 72 Prozent der Volksschulkinder den gemeinsamen Mittagstisch für zu laut befinden. In der HTL Rankweil wurde die Außenterrasse mit Sitzmöglichkeiten ausgestattet und damit für das Schulrestaurant nutzbar gemacht (Stöckler 2014a).

Projektbeispiel „Grüner Teller“ (ST): Über das Projekt soll erreicht werden, dass in Kantinen mindestens ein ausgewogenes Gericht mittags angeboten und entsprechend gekennzeichnet wird. Auch die Rahmenbedingungen kommen hier unter die Lupe: So sind Themen wie der Lärmpegel im Speisesaal, die räumliche Gestaltung, Essenszeiten oder das Verhältnis der in der Verpflegung Beschäftigten zu den Gästen der Kantine Gegenstand von Feedback bzw. Beratungsgesprächen (Styria vitalis, 23. 4. 2014).

Projektbeispiel „Unser Schulbuffet“ (Ö): Im Rahmen der Maßnahme wurde auch auf das Umfeld der Schule bzw. der Schulbuffets eingegangen. Häufig befinden sich andere Betriebe wie Supermärkte oder Schnellimbisse in unmittelbarer Nähe zur Schule und sind für die Schüler/innen leicht erreichbar. Gemeinsam mit dem Buffetbetrieb wurden gezielte Maßnahmen erarbeitet, die Schülerinnen und Schülern einen Anreiz zum Einkauf am Schulbuffet bieten sollen. An einzelnen Schulen wurden Schüler/innen etwa in die Organisation des Schulbuffets mit einbezogen. Die mobilen Berater/innen entwickelten mit den Buffetbetreibenden auch individuelle Verkaufsstrategien, um die Attraktivität des Buffets zu erhöhen (z. B. Gewinnspiele, ansprechende Produktbezeichnung und -präsentation) (Initiative „Unser Schulbuffet“ 2014).

9

https://www.dropbox.com/sh/p1ujhmtqr1q4ex/XWoZ6C_EOg [26.8.2014]

Checkliste Setting

- ✓ Wurde das Setting nach dem Aspekt der gesundheitlichen Chancengerechtigkeit ausgewählt, d. h. wurde darauf geachtet, ein Setting auszuwählen, wo erhöhter Interventionsbedarf (z. B. belastete Beschäftigungsgruppen, benachteiligte Regionen) besteht?
- ✓ Wird eine IST-Analyse zur Erhebung der Ausgangssituation zu Projektbeginn durchgeführt?
- ✓ Orientieren sich die geplanten Maßnahmen an der Optimierung der Verhältnisse im Setting (Fokus auf Strukturen, Prozesse und räumliche und zeitliche Gegebenheiten, z. B. gestaffelte Mittagspausen)?
- ✓ Werden die spezifischen Ressourcen im Setting und seiner Umgebung in der Maßnahmenplanung berücksichtigt (z. B. engagierter Elternverein, der Obst zum Nachtisch sponsert; Bio-Milchlandwirtschaft in nächster Nähe)?
- ✓ Gibt es die Möglichkeit externer fachlicher Begleitung / Unterstützung (z. B. Initiative „Unser Schulbuffet“ für Gemeinschaftsverpfleger/innen)?

3.2 Empowerment

Gesundheitsförderungsprojekte zielen auf die Stärkung sozialer und persönlicher Ressourcen (Empowerment) ab. Empowerment betrifft einerseits die primären Zielgruppen eines Projekts, ist andererseits aber auch bei jenen zentral, die die gesundheitsfördernden Maßnahmen umsetzen und vorleben.

Settingansatz

Empowerment

Zielgruppenorientierung

Partizipation

Vernetzung und Nachhaltigkeit

Gerade im Dienstleistungssektor passiert es allzu schnell, dass Service- und Kundenorientierung zulasten der Dienstleister/innen gehen. Umfassende Gesundheitsförderung spiegelt jedoch nicht die trennende Schnittstelle Dienstleistung-Konsumation wider, sondern bietet die Möglichkeit, alle Menschen in einem Setting mit einzubeziehen und zu empoweren. In der Gemeinschaftsverpflegung bedeutet dies, dass Beschäftigte nicht nur gesundheitsfördernde Rahmenbedingungen schaffen (z. B. über Einkauf regionaler Produkte, Erstellen ausgewogener Menüs), sondern auch selbst davon profitieren.

Erfolgsfaktoren für Empowerment von Beschäftigten in der Gemeinschaftsverpflegung

Die Rolle der Beschäftigten betrifft also zwei Ebenen: Zum einen können sie in Mitverantwortung gesundheitsfördernde Maßnahmen in den Einrichtungen umsetzen, die verpflegt werden, etwa bei veränderten Zeiten für die Essensausgabe. Zum anderen können sie eine Rolle als Konsumentinnen und Konsumenten der gesundheitsfördernden Interventionen übernehmen bzw. profitieren im Idealfall auch selbst von den Maßnahmen, die sie umsetzen. Die Maßnahmen sollten die Beschäftigten jedenfalls nicht zusätzlich belasten – umso wichtiger ist ihre Einbindung und eine realistische Planung. Eine gute Möglichkeit sind Fortbildungsveranstaltungen für die Gemeinschaftsverpfleger/innen. Bedeutend ist die gerechte Aufteilung der Fortbildungs-

Allgemeine Empfehlungen
Kapitel 2.1

möglichkeiten unter den Mitarbeitenden anstatt einer hierarchisierenden Reihung, die niedrig qualifizierten Beschäftigten den Zugang zu gesundheitsfördernden Angeboten erschwert. Die aktive und wertschätzende Einbindung der Mitarbeiter/innen in die Gestaltung ihrer Lebens- und Arbeitswelt bestärkt und motiviert diese in ihrer Arbeit und erleichtert gleichzeitig die Umsetzung gesundheitsfördernder Maßnahmen.

Projektbeispiel „Gemeinsam gesund im Bezirk Oberwart“ (B): Im Projekt wurde in den berufsbildenden mittleren Schulen zu Beginn bei der Gesundheit der Lehrpersonen angesetzt. Danach waren die Stabilität und das Commitment der Lehrer/innen groß genug, um selbst gesundheitsfördernde Maßnahmen für die bzw. mit der Schülerschaft umzusetzen. Zudem stellte die Kooperation mit einem externen Dienst die Unterstützung der Lehrer/innen im Bedarfsfall sicher (FH Burgenland, 11. 4. 2014).

Projektbeispiel „Grüner Teller“ (ST): Dieses Projekt der Styria vitalis beinhaltet Fortbildungen für Gemeinschaftsverpfleger/innen. Dabei wird genug Raum dafür gelassen, eigene Ideen zu entwickeln und miteinander zu diskutieren (Styria vitalis, 23. 4. 2014)

Projektbeispiel „Unser Schulbuffet“ (Ö): Im Zuge der Maßnahme wurden zahlreiche Materialien für Buffetbetreibende entwickelt. So steht etwa ein Handbuch mit wesentlichen Informationen zur Leitlinie Schulbuffet und zur Umsetzung sowie praxisbewährte Rezepte mit saisonalen Schwerpunkten zur Verfügung (Fokusgruppe 10. 9. 2014). Auch durch den intensiven persönlichen Kontakt zu den Buffetbetreibenden war es diesen gut möglich, ihren Warenkorb eigenständig im Sinne der Leitlinie Schulbuffet zu optimieren. Dies wurde unter anderem in der Re-Evaluierung sichtbar, die häufig weitere Verbesserungen nachweisen konnte (Initiative „Unser Schulbuffet“ 2014).

Erfolgsfaktoren für Empowerment von Kindern

Empowerment bedeutet auch, den Handlungsspielraum der Kinder und Jugendlichen zu vergrößern und ihnen jene sozialen und persönlichen Kompetenzen zu vermitteln, die Voraussetzung für gesundheitsfördernde Entscheidungen sind (vgl. Cremer 2010, 104). Wichtige Aspekte auf diesem Weg sind unter anderem das Einbeziehen von Bezugspersonen der Kinder und Jugendlichen und die alters- bzw. entwicklungsgerechte Anpassung der empowernden Maßnahmen.

Vor allem beim Empowerment von Jugendlichen können Neue Medien eine wertvolle Ressource darstellen (Gesundheitliche Chancengleichheit o.J.-b). Kinder und Jugendliche wollen Selbstbestimmtheit erfahren und üben. Werden sie in Alltagsprozesse aktiv mit eingebunden, können sie Gegebenheiten leichter akzeptieren. Die Sortimentsgestaltung am Schulbuffet ist eine gute Möglichkeit, die Schüler/innen mit ihren Bedürfnissen einzubeziehen.

Projektbeispiel „Schule + Essen = Note 1“ (Deutschland): In der Mammutschule Ahlen wird in gemischten Tischgemeinschaften gegessen, sodass die kleineren Kinder von den „Großen“ lernen. Auch eine Pädagogin / ein Pädagoge ist anwesend. Üblicherweise sitzen nicht mehr als 24

Kinder gleichzeitig im selben Raum. Vor und nach dem Essen wird gesungen und die Lebensmittel des Tages vorgestellt. Das Thema Ernährung steht also insgesamt eine Stunde im Vordergrund. Mit dem „Prinzip der einen Gabel“ wird das Kennenlernen von Speisen und Lebensmitteln unterstützt: Dabei soll jedes Kind mindestens „eine Gabel“ von den Speisen essen und danach erst entscheiden, ob es etwas ablehnt (Mammutschule Ahlen o. J.).

Projektbeispiel „Lernen durch Genießen – Gesunde Ernährung aus Sehpferdchens Küche“ (Deutschland): In der Heimfelder Kita „Sehpferdchen“ lernen Kinder die Namen von Obst- und Gemüsesorten kennen und werden beim Schälen, Schneiden etc. aktiv in die Speisenzubereitung mit einbezogen. Dies führte zu einem erweiterten Wortschatz der Kinder. Über die gemeinsame Küchentätigkeit sind sie dazu angehalten, sich zu organisieren und Absprachen einzuhalten, etwa bei der Reihenfolge der Gerätenutzung. Durch dieses Vorgehen wurden Verbesserungen im Sozial- und Konfliktverhalten der Kinder von den Pädagoginnen und Pädagogen wahrgenommen. Es kommt auch vor, dass Eltern nach Rezepten fragen und diese zu Hause mit den Kindern nachkochen (Gesundheitliche Chancengleichheit 2006; Lehmann et al. 2011).

Erfolgsfaktoren für Empowerment von Eltern

Die subjektive Meinung der Eltern, was denn unter gesunder Ernährung zu verstehen sei, weicht mitunter stark von wissenschaftlichen Erkenntnissen ab. So kam es in der Vergangenheit immer wieder zu Beschwerden nach erfolgter Umstellung auf gesündere Mittagsverpflegung, weil manchen Eltern die neue Speisengestaltung zu „einfach“ erschien. Hilfreich waren in diesen Fällen gut aufbereitete Broschüren, die – z. B. von den Gesundheitsinitiativen der Bundesländer – an Eltern verteilt wurden. Die Pädagoginnen/Pädagogen erhielten umfangreiche Informationsmappen, die großen Anklang bei ihnen fanden. Ausgestattet mit diesem Grundlagenwissen konnten sie zu Sensibilisierung der Eltern hinsichtlich „gesunder Ernährung“ beitragen, gleichzeitig wurden sie von einer Rechtfertigungsrolle entlastet (Fokusgruppe 10.09.2014).

Projektbeispiel „Lernen durch Genießen – Gesunde Ernährung aus Sehpferdchens Küche“ (Deutschland): In der Kita „Sehpferdchen“ in Hamburg-Heimfeld gibt es für die Eltern Kochkurse und Veranstaltungsreihen, in denen ernährungsphysiologisches Wissen vermittelt und die Möglichkeit zur praktischen Anwendung geboten wird (Gesundheitliche Chancengleichheit 2006; Lehmann et al. 2011).

Projektbeispiel „Gemeinsam g’sund genießen – Die Steiermark im Gleichgewicht“ (ST): Aus Gesprächen mit Trägerorganisationen von Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen ergab sich, dass es einen Informationsbedarf für Eltern gibt. Deshalb wurde die Broschüre "Gesundes Essen und Trinken für die Obst- und Gemüsetiger von morgen" für die Eltern von 1–6jährigen erstellt, die unter anderem das Thema Jause thematisiert. Im Projekt werden die Eltern laufend mit vielfältigen Ernährungstipps erreicht und über Ernährungsthemen informiert. Die Information erfolgt mittels eines ansprechend gestalteten Kalenders, dieser enthält schnelle und einfache Rezepte. Im Rahmen eines Blogs werden ebenfalls gesunde Rezepte und Ernährungstipps vermittelt, immer wieder werden über den Blog auch neue und unabhängige Informationen zum Thema Essen und Trinken verbreitet (Fokusgruppe 10. 9. 2014)

Checkliste Empowerment

- ✓ Sind die Mitarbeiter/innen des jeweiligen Settings und die Verantwortlichen der Gemeinschaftsverpflegung in die Gestaltung und Umsetzung gesundheitsfördernder Maßnahmen eingebunden? Werden zusätzliche Belastungen verhindert? Wissen die Mitarbeiter/innen um die Bedeutung gesunder Ernährung?
- ✓ Werden die Möglichkeiten genutzt, der primären Zielgruppe (z. B. Kindern und Jugendlichen) das Thema Ernährung auf vielfältige Weise näherzubringen (z. B. über Spiele, gemeinsame Rituale wie Essenssprüche, Unterrichtsprojekte)?
- ✓ Werden die Angehörigen (z. B. Eltern) in die Aktivitäten mit einbezogen bzw. über die Bedeutung gesunder Ernährungsweisen informiert?

3.3 Zielgruppenorientierung

Gesundheitsförderungsprojekte richten sich immer an ausgewählte und für die Zielerreichung relevante Zielgruppen, dabei sollen folgende Aspekte berücksichtigt werden:

- » Bildung, Einkommen, berufliche Position, soziale Herkunft
- » Migrationshintergrund, Wohnregion
- » Lebensalter, Gender, Familienstand

Gemeinschaftsverpflegung wendet sich hauptsächlich an jene Zielgruppen, die das jeweilige Setting definieren, also an Kinder im Kindergarten, Schüler/innen in der Schule, an berufstätige Erwachsene im Betrieb oder an ältere Menschen in Einrichtungen der Alten- und Pflegebetreuung.

Hinsichtlich gesundheitlicher Chancengerechtigkeit bietet die Gemeinschaftsverpflegung die Möglichkeit, Personengruppen eines Settings gleichwertig zu erreichen, unabhängig von Bildung, Einkommen, beruflicher Position oder Herkunft. Voraussetzung dafür ist eine chancengerechte Preisgestaltung, die finanzierbare gesunde Angebote für alle ermöglicht. Die Gemeinschaftsverpflegung hat demnach eine verantwortungsvolle Aufgabe und trägt wesentlich zur Gesundheit von Konsumentinnen und Konsumenten bei, ohne einzelne Personen zu stigmatisieren.

Zeitgemäße Anpassungen an ernährungs- und gesundheitswissenschaftliche Erkenntnisse und damit Verbesserungen des Speisen- und Getränkeangebotes verlangen laufend Qualitätsverbesserung im Bereich der Gemeinschaftsverpflegung. Projektmaßnahmen können sich daher nicht nur an die Kundinnen und Kunden der Gemeinschaftsverpflegung richten, sondern müssen auch mit Schulungen und Beratungsleistungen für die beschäftigten Personen und das Küchenteam (Köchinnen und Köche, Küchenhilfskräfte, Servier- und Ausgabepersonal, Lehrlinge,...) verknüpft

Settingansatz

Empowerment

Zielgruppenorientierung

Partizipation

Vernetzung und Nachhaltigkeit

Allgemeine Empfehlungen
Kapitel 2.3

sein. Projektmaßnahmen sollten aber auch Verantwortliche der Einrichtungen (wie Kindergarten- und Schulleitung), Pädagoginnen/Pädagogen und Eltern mit einbeziehen.

Das Küchenpersonal spielt in Bezug auf das Thema Essen eine zentrale Rolle. Damit mit den vorhandenen Ressourcen das bestmögliche Essen zubereitet werden kann, bedarf es einer Begleitung und Unterstützung des Küchenpersonals. Es ist von zentraler Bedeutung, dem Küchenpersonal das notwendige Wissen zu vermitteln und die Verantwortung für die Bereitstellung des bestmöglichen, gesunden Essens zu übertragen. Damit werden die Strukturen im Sinne der Verhältnisprävention nachhaltig verändert.

Bei allen Maßnahmen ist die Kommunikation an die Zielgruppe anzupassen. Der Erfolg einer Ernährungsinformationsveranstaltung für Eltern etwa hängt maßgeblich von der Fähigkeit der Durchführenden ab, komplexe Inhalte auf verständliche und anschauliche Weise zu vermitteln (Fokusgruppe 10. 9. 2014).

Zielgruppe Kinder

Projektbeispiel „Schulbuffet ok“ (ST): Im Rahmen des Projekts hat sich gezeigt, dass die Präsentation der gesunden Speisen zwar wichtig ist, die Begriffe „Bio“ und „Vollkorn“ allerdings nicht im Vordergrund stehen sollten, da sie bei Kindern nicht unbedingt positiv besetzt sind (Styria vitalis, 23. 4. 2014).

Projektbeispiel „Gemeinsam essen“ (V): Die Evaluationsergebnisse aus dem Projekt verhalfen zu wichtigen Erkenntnissen:

- » Gutscheine für das Schulrestaurant, die die Kinder zur Eröffnung von Mittagstischbetreiberinnen/-betreibern oder Elternverein bekamen, erhöhten den Zuspruch der Kinder. Die Nachfrage und der Umsatz stiegen in den meisten Einrichtungen etwa um die Hälfte.
- » Besonders beliebt sind Außenräume, die auch zur Mittagszeit genutzt werden können.
- » Gerade bei Kindern ist die Zubereitungsart der Mahlzeiten entscheidend: Gemüse wird in weich gekochtem Zustand kaum angenommen, ebenso wie gebundene Suppen. Salat und rohes Gemüse werden hingegen gerne vor den weiteren Gängen gegessen.
- » Gestaffelte Mittagspausen erleichtern und beschleunigen den Ablauf. Zudem wird die Lärmbelastung erheblich gesenkt, was die Beliebtheit der Schulrestaurants steigert.
- » Klare Regeln für einen sauberen und attraktiven Speisebereich kommen dem Hygienebedürfnis der Jugendlichen entgegen (Stöckler 2014a).

Projektbeispiel „Schule + Essen = Note 1“ (Deutschland): Die Mammutschule Ahlen (Deutschland) verfügt über eine Frischkostküche, in der das Mittagessen nach den Vorgaben des optimix-Konzeptes gekocht wird. Schweinefleisch wird nicht verwendet, auch frittiert wird nicht. Das Mittagessen wird je nach Stundenplan auf zwei Gruppen aufgeteilt – für jede Gruppe wird frisch gekocht. Auch ein tägliches Frühstücksbuffet wird angeboten. Saisonale und regionale Lebensmittel werden bevorzugt. Vollkornprodukte wurden von den Kindern von Beginn an gut angenommen, bei Obst und Gemüse hilft es, dieses zuvor in der Küche zu zerkleinern.

Einmal jährlich werden die Kinder zur Verpflegung befragt, z. B. zu Wünschen für den Speiseplan. In der Küche werden auch ärztlich bestätigte Allergien und Nahrungsmittelunverträglichkeiten bzw. entsprechende Maßnahmen berücksichtigt. Die Kooperation mit einer Handelskette ermöglicht einige Vergünstigungen. Niedrige Preise sollen allen Kindern den Zugang zu einer gesunden Jause zu ermöglichen. So kosten belegte Brötchen etwa 30 Cent, eine Schale mit Topfen und Obst gibt es für 20 Cent. Im Schulgarten werden Gemüse und Obst sowie Kräuter angebaut und später in der Küche verarbeitet. Auch aus dem eigenen Garten bringen manche Schüler/innen Obst oder Gemüse mit (Mammutschule Ahlen o. J.).

Projektbeispiel „Lernen durch Genießen – Gesunde Ernährung aus Sehpferdchens Küche“ (Deutschland): Das Projekt wird in einem Stadtviertel von Hamburg–Heimfeld mit hoher Arbeitslosigkeit, in dem Migrantinnen und Migranten einen Bevölkerungsanteil von etwa 30 Prozent ausmachen, in der Kita „Sehpferdchen“ umgesetzt. Die Kita stellt den Kindern nicht nur gesundes Essen zur Verfügung, sondern gibt ihnen die Möglichkeit zur Mitarbeit und informiert über die verwendeten Lebensmittel. Bei den festen Tischgemeinschaften achten die Pädagoginnen und Pädagogen auch auf die Tischkultur. Für die Zwischenmahlzeiten werden gemeinsam Obststeller zubereitet (Gesundheitliche Chancengleichheit 2006; Lehmann et al. 2011).

Zielgruppe Gemeinschaftsverpfleger/innen

Bei Fortbildungen ist unter anderem das Setting zu berücksichtigen, in dem die Gemeinschaftsverpfleger/innen tätig sind. So haben sich Veranstaltungen für Schulbuffetbetreiber/innen nach Ende des Schulbetriebs ab 16 Uhr oder in den Schulferien bewährt (Styria vitalis, 23. 4. 2014). Das schulische „Klima“ bzw. die Ansichten der unterschiedlichen Stakeholder sind von Bedeutung für die Umsetzung und stellen bei Beteiligung aller Akteure Ressourcen für die weitere Projektgestaltung dar.

Als Hilfestellung im Alltag können Schulungsmappen an Verpflegungsbetriebe ausgegeben werden. Mancherorts gibt es zudem die Möglichkeit, Diätologinnen/Diätologen zur Überprüfung des Speiseplans nach bestimmten Fragestellungen (z. B. ob die Speisen kindgerecht sind) und für Anpassungsvorschläge heranzuziehen (Fokusgruppe 10. 9. 2014).

Projektbeispiel „Grüner Teller“ (ST): Im Projekt der Styria vitalis für Beschäftigte in der Gemeinschaftsverpflegung wird auch in organisatorischen Belangen auf die Bedürfnisse der Zielgruppe geachtet: So werden Informationen nicht über E-Mail versendet, sondern per Post oder über die Küchenleitung, da viele Beschäftigte keinen Zugang zu E-Mails haben. Zu den Fortbildungen sind nicht nur Küchenleiter/innen, sondern auch Köchinnen und Köche, Lehrlinge u. a. (teilweise) gemeinsam eingeladen. Zu Beginn herrscht mitunter Skepsis, doch nach kurzer Zeit sind die Kurse für gewöhnlich ausgebucht. Die Fortbildungen finden an neutralen Orten in der ganzen Steiermark statt. Dadurch wird vermieden, dass für einzelne Teilnehmenden Mehrarbeit anfällt oder jemand sich für Küche/Ausstattung etc. rechtfertigen muss. In den Vorträgen wird allzu wissenschaftliche Sprache vermieden. Generell sind die Fortbildungen sehr praxisorientiert ausgerichtet: Es gibt Gruppenarbeiten und viel Raum für Austausch, was bei den Teilnehmenden gut ankommt. Eine wichtige Erfahrung war bisher, dass die häufigen Probleme in allen Settings ähnlich sind (Styria vitalis, 23. 4. 2014).

Projektbeispiel „Unser Schulbuffet“ (Ö): Durch die Leitlinie „Schulbuffet“ des Bundesministeriums für Gesundheit wurden die Buffetbetreiber/innen im Zuge der Maßnahme verstärkt auf gesundheitsfördernde Alternativen aufmerksam. Fettreiche Wurstsorten wurden reduziert. Diese optimierte Auswahl für die Schüler/innen bietet auch jenen Vorteile, die aus kulturellen oder religiösen Gründen bestimmte Lebensmittel nicht essen – z. B. Schweinefleisch (AGES, 23. 5. 2014). Die anfängliche Befürchtung mancher Buffetbetreibenden, dass ein gesundheitsförderndes Warenangebot Umsatzeinbußen mit sich bringen könnte und die Schüler/innen vermehrt bei externen Geschäften einkaufen, hat sich kaum bestätigt. Tatsächlich erfolgten verstärkt Verschiebungen zwischen den Warengruppen (BMG/AGES o.J.).

Über die Maßnahme „Unser Schulbuffet“ wurden auch kostenlos individuelle Beratungen vor Ort am Schulbuffet angeboten. Dadurch konnten Buffetbetreibende die Beratungen wahrnehmen und gleichzeitig den Betrieb fortführen. Die mobilen Berater/innen erhielten wiederum die Möglichkeit, die Situation am Buffet real zu erleben. So konnten umsetzbare Tipps an die Buffetbetreibenden weitergegeben werden, die auf die jeweilige Pausen- und Verkaufssituation abgestimmt waren (Initiative „Unser Schulbuffet“ 2014).

Projektbeispiel „WiNKi“ („Wiener Netzwerk Kindergartenverpflegung“, W): Das größte Ziel der Maßnahme ist die Optimierung des Speisenangebots in allen Wiener Kindergärten. Sowohl für Lieferanten/Lieferantinnen der Kindergartenverpflegung als auch für jene, die für die Jausenbereitstellung zuständig sind, werden Maßnahmen angeboten. Die Etablierung von einheitlichen verpflichtenden Qualitätsstandards bzw. die Erarbeitung von Standardrezepten, die eine nährstoffoptimierte Versorgung gewährleisten, sollen für eine nachhaltige Optimierung im Verpflegungssystem von Kinderbetreuungseinrichtungen beitragen. Für die konkrete Umsetzung der einzelnen Maßnahmen wird für die Verpflegungsanbieter/innen eine individuelle Beratung und Unterstützung angeboten. Über einen Bildungskatalog werden die Schulungen bekannt gemacht (Fokusgruppe 10. 9. 2014).

Checkliste Zielgruppenorientierung

- ✓ Sind die Fortbildungen für Gemeinschaftsverpfleger/innen praxisorientiert gestaltet?
- ✓ Sind die Fortbildungen an das Setting angepasst, in dem die jeweiligen Gemeinschaftsverpfleger/innen tätig sind?
- ✓ Werden Beschäftigte aller Qualifizierungen über die Fortbildungen angesprochen und erreicht?
- ✓ Werden die Fortbildungen zeitlich an die Teilnehmenden angepasst?
- ✓ Gibt es wechselseitige Feedbackmöglichkeiten zwischen Gemeinschaftsverpflegerinnen/-verpflegern und Essensgästen bzw. Mittagsbetreuerinnen/-betreuern?
- ✓ Werden spezifische Bedürfnisse der Essensgäste berücksichtigt und die Menüpläne altersgerecht gestaltet?
- ✓ Werden bestehende Qualitätsstandards (z. B. Leitlinie Schulbuffet) der Gemeinschaftsverpflegung angewendet?
- ✓ Werden die vorhandenen Rahmenbedingungen (z. B. Budget, Räumlichkeiten) zur Gestaltung des Speiseplans für die jeweilige Zielgruppe (Kinder, Jugendliche, Erwachsene oder Senioren und Seniorinnen etc.) berücksichtigt?
- ✓ Sind die Preise so gestaltet, dass auch sozioökonomisch benachteiligte Menschen gesunde Mahlzeiten konsumieren können?

3.4 Partizipation der Akteure des Settings

Partizipation der Akteure bedeutet, dass alle Zielgruppen (Entscheidungsträger/innen und andere Akteure, aber auch Vertreter/innen der Zielgruppe, an die sich die Projektmaßnahme letztendlich richtet) in den verschiedenen Phasen beteiligt sind. Sie alle sollen die Möglichkeit haben, sich in Entscheidungsprozesse einzubringen, die wesentlichen Projektschritte mitzugestalten und darüber hinaus sich aktiv an der Projektplanung und -umsetzung zu beteiligen.



Allgemeine Empfehlungen
Kapitel 2.4

Erfolgsfaktoren für Partizipation von Akteuren im Setting

Damit das Speisen- und Getränkeangebot in einzelnen Settings nachhaltig verbessert werden kann, müssen alle Akteure der Gemeinschaftsverpflegung aktiv und partizipativ in die Prozesse der Umgestaltung von Speiseplänen und Küchenabläufen eingebunden werden. Ihre Expertise ist wichtig, damit bei der Projektumsetzung auf die vorhandenen Ressourcen und Bedingungen Rücksicht genommen werden kann. In Form von Weiterbildungsveranstaltungen, Vernetzungsmaßnahmen und Beratungsleistungen durch externe Fachpersonen kann dann optimiert werden.

Eine besonders innovative Möglichkeit der Partizipation bietet die Zwischenverpflegung in Schulen über den Schulkiosk einer Schülerfirma – hierzu können Informationen und Informationsmaterialien auf der Homepage des deutschen Infodienstes „aid“ eingesehen werden.¹⁰

Die aktive Einbindung der Wirtinnen und Wirte, die im ländlichen Raum häufig für die Mittagsverpflegung von Kindergärten und Volksschulen zuständig sind, kann die Überzeugungsarbeit für ein gesünderes Speisenangebot erleichtern. Die Vorteile müssen für die Anbieter der Gemeinschaftsverpflegung klar ersichtlich und die Wirtschaftlichkeit überzeugend sein (Fokusgruppe 10. 9. 2014).

Ebenso können Freizeitpädagoginnen und -pädagogen in die Prozesse rund um gesunde Verpflegung mit einbezogen werden. Auch die Einladung zu Elternabenden bietet sich an, da die Pädagoginnen und Pädagogen durch die Betreuung der Kinder oft guten Kontakt zu den Eltern aufbauen und über die Bedürfnisse sowohl von Eltern und Kindern mitunter sehr gut Bescheid wissen (Fokusgruppe 10. 9. 2014).

10

<http://shop.aid.de/3597/Schuelerfirmen-Schulkiosk-fuer-die-Zwischenverpflegung> [26.08.2014]

Projektbeispiel Grüner Teller (ST): Fortbildungen für Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen werden für verschiedene Ausbildungs- und Bildungsniveaus angeboten (bildungsschichtensible Weiterbildung). Darüber hinaus wird Partizipation erreicht, indem Kundinnen und Kunden Rückmeldungen an die Gemeinschaftsverpflegungsbetriebe geben und somit deren Entwicklung ein Stück weit mitgestalten können. Die Zielgruppe wird zur praktischen Umsetzung von gesundem Essen und Trinken in der Gemeinschaftsverpflegung befähigt (Grüner Teller o. J.).

Projektbeispiel „Schule + Essen = Note 1“ (Deutschland): Im Schulzentrum Bad Pyrmont wird Partizipation durch die Installation eines Mensaausschusses gelebt: Hier werden alle Akteure eingebunden, darunter Jugendparlament, Eltern, Schulleitung und Verwaltung. Der Ausschuss war stark an der Planung der neuen Mensa beteiligt und setzt die Maßnahmen nun gemeinsam um (Schule + Essen = Note 1 o. J.).

Projektbeispiel „Gemeinsam gesund in Oberwart“ (B): Das Modellprojekt ermöglichte in einigen Schulen eine Buffetumstellung. Die Schüler/innen hatten die Möglichkeit, im Rahmen von Schulprojekten an der Anpassung des Buffets mitzuwirken. Sie arbeiteten im Unterricht an der Produktentwicklung und dem Produktmarketing, was eine hohe Akzeptanz des „neuen“ Schulbuffets bei der Zielgruppe bewirkte. Zudem wurde eine enge Kooperation mit den Gemeinschaftsverpflegungsdiensten unter externer fachlicher Begleitung gepflegt (FH Burgenland, 11. 4. 2014).

Projektbeispiel „Bildung is[s]t gut!“ (Deutschland): Unter dem Motto „Bildung is[s]t gut!“ wurde für mehr als 500 teilnehmende Schüler/innen eine neue Mittagsverpflegung entwickelt: Nach dem Cook-and-Chill-Prinzip werden die Speisen in der Großküche zu 85 Prozent vorbereitet. Anschließend werden sie in der Schule fertiggestellt. Sieben Stationen stehen den Kindern zur Auswahl. So bereiten Schüler/innen an der Frontcooking-station täglich in einem Wok ein frisches Gericht vor den Mensabesucherinnen und -besuchern zu. Für den Mensadienst ist jede Woche eine andere Klasse mit deren Klassenlehrer/in verantwortlich. Die Eltern können sowohl beim Mensadienst als auch über einen Verein mithelfen. Für den Mensadienst erfolgt eine Einschulung. Die Schüler/innen und Eltern sind unter anderem für die Aufsicht im Mensaraum und die Unterstützung des Küchenteams zuständig. Ein zweimal jährlich abgehaltenes Familienessen soll die Eltern vom Mensakonzept und von der Mithilfe im Verein überzeugen (Deutscher Präventionspreis o.J.).

Projektbeispiel „Unser Schulbuffet“ (Ö): Buffetbetriebe wurden bei diversen Veranstaltungen, wie regionalen Stammtischen, Jahrestagung und Sommerakademie, mit einbezogen und der Austausch unter den Betreiber/innen gefördert. Anregungen oder Wünsche seitens der Zielgruppe wurden aufgenommen und wenn möglich umgesetzt. Die „Leitlinie Schulbuffet“ selbst wurde in einem partizipativen Prozess zusammen mit relevanten Stakeholdern aus den Bereichen Schulgesundheit und Gesundheitsförderung sowie unter Einbeziehung der Zielgruppe erstellt (Initiative „Unser Schulbuffet“ 2014).

Checkliste Partizipation

- ✓ Werden alle beteiligten Akteure von Beginn an mit eingebunden (z. B. Entscheidungsträger/innen, Mitarbeiter/innen, Schüler/innen, Elternverein)?
- ✓ Werden zusätzliche Belastungen für die Beteiligten durch die Mitarbeit im Projekt verhindert?
- ✓ Werden die Möglichkeiten ausgeschöpft, die primäre Zielgruppe (z. B. Kinder und Jugendliche, Senioren/Seniorinnen) in den Projektablauf einzubeziehen (z. B. Gründung einer Schülerfirma, Befragung zum geplanten Schulrestaurant, Mitentscheidung bei der Sortimentgestaltung)?
- ✓ Werden Angehörige (z. B. Eltern) in ernährungsbezogene Maßnahmen involviert (Gibt es beispielsweise Möglichkeiten der Zusammenarbeit für Eltern und Kinder wie ein jährliches Familienessen mit gemeinsamem Kochen im Kindergarten / in der Schule)?
- ✓ Werden die Akteure des Settings ermutigt, eigene Ideen einzubringen und sich an der Gestaltung ihrer Lebenswelt zu beteiligen? Welche Möglichkeiten gibt es dafür?

3.5 Vernetzung und Nachhaltigkeit

Vernetzung

Gesundheitsförderungsprojekte verlangen nach Vernetzung mit relevanten Partnern und Partnerinnen und streben Kooperationen auf verschiedenen Ebenen an. Entscheidungsträger/innen sollen aktiv angesprochen und einbezogen werden. Angestrebt werden soll auch die Zusammenarbeit mit übergeordneten Programmen und nationalen Netzwerken oder die Anknüpfung an eine Public Health Policy.



Ein Beispiel, das vor allem Kindergärten und Volksschulen im ländlichen Raum betrifft, ist die Vernetzung mit den jeweiligen Bürgermeisterinnen/-meistern. Hier gilt es Bewusstsein dafür zu schaffen, dass Eltern die Auswahl einer Betreuungs- oder Schuleinrichtung auch nach dem Speisenangebot treffen. Attraktive Verpflegungsmöglichkeiten erhöhen daher auch ein Stück weit die Attraktivität einer Gemeinde als Wohnort für Familien. Auch die Präsenz der Bürgermeisterin / des Bürgermeisters bei Elternabenden erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass die für die Mittagsverpflegung zuständigen Wirtinnen und Wirte einer entsprechenden Einladung zur Teilnahme folgen. Zudem sind in manchen Gemeinden die Bürgermeister/innen für die Beauftragung der Verpflegung zuständig. Zu den Aufgaben von Gesundheitsförderung in der Gemeinschaftsverpflegung gehört also, Bewusstsein für die Bedeutung gesunder und schmackhafter Ernährung zu schaffen und Argumentationsgrundlagen für entsprechende Entscheidungen und Veränderungen vorzubereiten (Fokusgruppe 10. 9. 2014).

Allgemeine Empfehlungen
Kapitel 2.5

Projektbeispiel Grüner Teller (ST): Durch die regelmäßigen Vernetzungstreffen sowie im Rahmen der geplanten Fortbildungsveranstaltungen werden „Voneinander Lernen“ und Erfahrungsaustausch zwischen den Projektteilnehmer/innen (Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen) untereinander und zwischen Good-Practice-Betrieben/-Einrichtungen und Projektteilnehmer/innen und anderen Kooperationspartnern/-partnerinnen (diverse Organisationen, Einrichtungen und Firmen, wie Direkt-Vermarkter, Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer, Landwirtschaftskammer, regionale Anbieter) ermöglicht und unterstützt (Grüner Teller o. J.).

Projektbeispiel „Schulbuffet ok“ (ST): Im Zuge des Projekts kooperiert Styria vitalis mit der Initiative „Unser Schulbuffet“ des BMG und bietet eine Plattform für Austausch zwischen den Schulen. Die Erfahrung zeigt, dass seitens der Buffetbetreiber/innen oft große Motivation für Veränderungen vorhanden ist und eine stärkere Einbindung in den Schulalltag gewünscht wird. Dabei ist die Kommunikation zwischen Betreibern/Betreiberinnen und Schule zentral, um die oft ähnlichen Wünsche und Vorstellungen beider Seiten zu erkennen und in die Maßnahmenplanung einfließen zu lassen.

Projektbeispiel „Gemeinsam essen“ (V): Über das Projekt laufen vielfältige Kooperationen, die sich als entscheidender Faktor für den Projekterfolg erwiesen haben: Schulen werden verstärkt von Anbietern regionaler Lebensmittel angesprochen, deren Produkte sogar in einzelnen Fällen an die nationalen Empfehlungen angepasst werden. So wurde im Zuge des Projektes von „Vorarlberg Milch“ der Zuckergehalt in sämtlichen Frucht-Milchprodukten unter zwölf Gramm pro Deziliter gesenkt (Stöckler 2014a).

Nachhaltigkeit

Verhältnisorientierte Maßnahmen und damit einhergehende Veränderungen im Alltag werden oft besser angenommen, wenn sie von verhaltensorientierten Projekten begleitet werden. Dadurch kann die nachhaltige Veränderung der Verhältnisse unterstützt werden. Voraussetzung ist dabei immer, dass dem zuständigen Personal (z. B. Lehrpersonal, Angestellten im Kindergarten) ausreichend (v. a. zeitlicher) Spielraum für die Bearbeitung dieser Themen zur Verfügung steht. Dafür benötigt es eine klare Entscheidung der zuständigen Institutionen (Schulleitung, Kindergartenleitung, Kantinenleitung). Wertschätzung und Anerkennung, die den Beteiligten für ihr Engagement entgegengebracht werden, ermutigen in zähen Phasen eines Projekts zum Durchhalten.

Langfristig wirksame Veränderungen können auch über die Anpassung von Ausbildungskonzepten erreicht werden. Im nachfolgenden Projektbeispiel aus Vorarlberg wurden etwa die Curricula für künftige Köchinnen/Köche optimiert. Die Zusammenarbeit mit den Verbänden verschiedener Berufsgruppen kann die Anpassung von Lehr- oder Schulungsinhalten erleichtern und einem großen Teil der Zielgruppe zugänglich machen. In den fachspezifischen berufsbildenden mittleren und höheren Schulen sowie den Berufsschulen stellt die **Sensibilisierung für Ernährung als Gesundheitsthema** eine wichtige Investition in die Ausbildung dar. In der Steiermark wurden Curricula für Tageseltern dahingehend angepasst, dass fortan ernährungsbezogene Maßnahmen wie REVAN („Richtig essen von Anfang an“) berücksichtigt werden. Für Betriebe stellen Betriebsvereinbarungen eine Möglichkeit zur langfristigen Sicherung der eingeführten Veränderungen

dar. Auch im Setting Kindergarten wird Essen und Trinken nach wie vor oft als Projekt gesehen. Hier ist Überzeugungsarbeit zu leisten, damit Verpflegung im Sinne der Chancengerechtigkeit als elementarer Bestandteil der Kindergartenstruktur gesehen wird (Fokusgruppe 10. 9. 2014).

Projektbeispiel „MehrWERT für Körper und Geist“ (V): Das Projekt der Landesberufsschule Schloss Hofen in Lochau setzte bei den künftigen Entscheidungsträgerinnen/-trägern der Gemeinschaftsverpflegung und Gastronomie an und betrachtet die Schüler/innen als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Von Beginn an war geplant, andere Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung an den neuen Rezepten und Strategien zur Vermarktung gesunder Speisen und Getränke teilhaben zu lassen. Über ein „PC-Küche-Rezeptprogramm“ wurde eine Rezeptdatenbank erstellt. Zudem wurde auf Grundlage der beliebten Weiterbildungen eine spezielle Weiterbildungsreihe für Köchinnen und Köche der Gemeinschaftsverpflegung entwickelt, die nun landesweit angeboten wird (Ponier/Stöckler 2012).

Projektbeispiel „Lernen durch Genießen – Gesunde Ernährung aus Sehpferdchens Küche“ (Deutschland): In der Heimfelder Kita „Sehpferdchen“ bei Hamburg wird das Konzept „Lernen durch Genießen“ umfassend in den Alltag integriert, wodurch die Ernährungsgewohnheiten der Kinder und Eltern nachhaltig verändert werden konnten. Ihre veränderten Ernährungsgewohnheiten oder -vorlieben wirken sich auch auf die Familien aus und zeigen damit nachhaltige Wirkung (Gesundheitliche Chancengleichheit 2006; Lehmann et al. 2011).

Projektbeispiel „Unser Schulbuffet“ (Ö): Die Verankerung der mobilen Beratung auf Länderebene konnte in der Steiermark, dem Burgenland und in Wien durch Kooperationen mit Organisationen der Gesundheitsförderung gesichert werden. In der Steiermark wird mit Styria vitalis, im Burgenland mit der Burgenländischen Gebietskrankenkasse und in Wien mit der Wiener Gesundheitsförderung GmbH kooperiert. (Initiative „Unser Schulbuffet“ 2014).

Checkliste Vernetzung und Nachhaltigkeit

- ✓ Erfolgt die Vernetzung mit Wirtschaftstreibenden, Vereinen, Gemeinde-/Bezirksvertretung und anderen Einrichtungen wie Partnerschulen?
- ✓ Werden Kooperationspartner über Neuerungen und Projektentwicklungen informiert?
- ✓ Erfolgen langfristige Kooperationen, die den Bezug regionaler und saisonaler Lebensmittel sicherstellen und starken Preisschwankungen entgegenwirken?
- ✓ Sind die gesundheitsfördernden/ernährungsbezogenen Maßnahmen so geplant, dass sie nachhaltige Veränderungen in Struktur und Prozessen des Settings bewirken z. B. Verankerung im Leitbild der Organisation, Änderung der Einkaufsrichtlinien oder Betriebsvereinbarungen.
- ✓ Werden Strategien erarbeitet, wie die wesentlichen Maßnahmen auch nach Projektende fortgeführt werden können?

4 Hindernisse und Tipps

Tipps zur IST-Analyse

- ✓ Wurden alle Akteure von Anfang an in angemessenem Ausmaß mit einbezogen (Entscheidungsträger/innen, Team, Akteure des Settings)?
- ✓ Soll die Vernetzung bzw. Kooperation mit anderen Einrichtungen erfolgen bzw. was wären die Ziele einer solchen Zusammenarbeit?
- ✓ Erfolgt eine realistische Einschätzung des Zeit- und Organisationsaufwands der Maßnahmen, v. a. bei strukturellen Veränderungen? Wurde genügend Zeit für die IST-Analyse eingeplant?
- ✓ Passt die Maßnahme zur Situation im Setting?
- ✓ Gibt es eine eindeutige Zustimmung im Team?
- ✓ Gibt es eine klare Kommunikation innerhalb des Verpflegungsbetriebs über Planung, finanziellen Rahmen, Dauer, Zuständigkeiten und Zwischenergebnisse?
- ✓ Sind die notwendigen Qualifikationen bei den Beschäftigten oder den Kooperationspartnerschaften gegeben?
- ✓ Wurde die Möglichkeit externer Unterstützung (v. a. finanziell, organisatorisch) bei der Umsetzung in Betracht gezogen (z. B. „mobile Coaches“ im Rahmen der Initiative „Unser Schulbuffet“) bzw. besteht Zugang zu relevantem Wissen (z. B. aus Fortbildungen oder Partnerbetrieben)?
- ✓ Laufen zu viele Vorhaben im Betrieb gleichzeitig?
- ✓ Ist genügend (v. a. zeitlicher) Spielraum für Projektplanung und -ablauf vorhanden und eingeplant?
- ✓ Sind die Projektabläufe so flexibel, dass auf veränderte Gegebenheiten/Bedürfnisse reagiert werden kann?
- ✓ Sind die Räumlichkeiten funktional ausgestattet (Küche, Speisenausgabe, Essbereich)?
- ✓ Sind die Räumlichkeiten so gestaltet, dass Beschäftigte und Gäste sich wohlfühlen und der Lärmpegel möglichst niedrig gehalten wird?
- ✓ Ist die zeitliche und organisatorische Gestaltung der Gemeinschaftsverpflegung dem Setting und den Bedürfnissen der Essensgäste sowie der Verpfleger/innen angepasst?
- ✓ Werden verfügbare Außenbereiche genutzt?

Tipps zur Umsetzung

- ✓ Umstellungen sollten in kleineren Schritten vollzogen werden. Getränke-Umstellungen nehmen Schülerinnen und Schülern z. B. besser an, wenn sie über die Sommerferien geplant und im neuen Schuljahr statt während des laufenden Betriebs umgesetzt werden.
- ✓ Konkrete Rahmenvorgaben sind effektiver als das Erteilen von Verboten.
- ✓ Gerade Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen sind häufig damit konfrontiert, dass Eltern gewisse Lebensmittel (z. B. Milchprodukte) für ihre Kinder ablehnen und mit einer Allergie bzw. Unverträglichkeit des Kindes begründen. In der Praxis hat es sich bewährt, eine ärztliche Diagnose bzw. Bestätigung für die Allergie bzw. Unverträglichkeit anzufordern. (Fokusgruppe 10. 9. 2014)
- ✓ Es empfiehlt sich, die Tierart bei Fleischspeisen zu kennzeichnen und eine Alternative zu Schweinefleisch anzubieten. In der Leitlinie Schulbuffet wird geraten, für jede Fleischspeise eine vegetarische Alternative anzubieten. (Fokusgruppe 10. 9. 2014).
- ✓ Um alle Zielgruppen zu erreichen, kann es hilfreich sein, Informationsbroschüren/Folder und Veranstaltungen wie etwa Workshops mehrsprachig anzubieten.

Tipps und nützliche Tools zu Projektumsetzung, Methoden der Partizipation und der Überprüfung der Nachhaltigkeit von Projekten finden sich in der Publikation „Gesundheitsförderung in Gemeinden Stadtteilen und Regionen – von der Idee zur Umsetzung“ (Auer et al. 2014). Vertiefende Informationen finden sich in den allgemeinen Empfehlungen zur Umsetzung von Chancengerechtigkeit in der Gesundheitsförderung.

Tabelle 4.1:
Link- und Materialliste

Organisation / Land Web	Web-Link	Anmerkung
BMG	http://unerschulbuffet.at/	Initiative „Unser Schulbuffet“
BMG	http://www.bmg.gv.at/cms/home/attachments/6/4/0/CH1047/CMS1313558884746/leitlinie_schulbuffet_final_201108121.pdf	Leitlinie Schulbuffet
BMG	http://www.bmg.gv.at/cms/home/attachments/4/5/3/CH1048/CMS1348749794860/oeb12.pdf	Österreichischer Ernährungsbericht 2012
BMG	http://unerschulbuffet.at/service/marketing/	Marketing- und Begleitmaterialien
BMG	http://unerschulbuffet.at/handbuch/rezepte/	Rezeptsammlung
BMG	http://unerschulbuffet.at/handbuch/	Handbuch
Burgenland	http://www.burgenland.at/gesundheits-soziales-arbeit/gesundheits-gesunde-kindergaerten/	„Gesunde Kindergärten im Burgenland“ 2014 u. a. Schwerpunkt Gemeinschaftsverpflegung
Gesundheitsland Kärnten	http://www.gesundheitsland.at/default.aspx?pagetype=main&Slid=20	„Gesunde Küche“
Initiative »Tut gut!«	www.gesundesnoe.at/content/projekte/angebote/gemeinsam%20besser%20essen/Gemeinsamessen.php	„Gemeinsam besser essen“
Amt der OÖ. Landes- regierung	http://www.gesundegemeinde.ooe.gv.at/xchg/SID-35939596-3DB49172/hs.xsl/5172_DEU_HTML.htm	„Gesunde Küche“
Gesundheitsfonds Steiermark	http://www.gesundheitsportal-steiermark.at/Seiten/Projekt1.aspx	„Gemeinsam Essen“
Gesundheitsfonds Steiermark	http://www.gemeinsam-geniessen.at/	„Gemeinsam g'sund genießen“
Styria vitalis	http://styriavitalis.at/marken-zertifikate/gruene-kueche-2/	„Grüne Küche“: Auszeichnungskriterien für die Gemeinschaftsverpflegung
Styria vitalis	http://www.gruenerteller.at/downloads/	Grüner Teller: Zahlreiche Downloads wie Rezeptsammlungen
Styria vitalis	www.gruenerteller.at	Von Styria vitalis vergebenes Label, das Angebote in Kantinen und Buffets kennzeichnet, die „den Kriterien einer schmackhaften und ausgewogenen Küche entsprechen.“
Gesundheitsfonds Steiermark	http://www.gemeinsam-geniessen.at/Seiten/Rezepte-spezial-fuer-Groeskuechen.aspx	Rezeptsammlung speziell für Großküchen mit zahlreichen vegetarischen und kindgerechten Rezepten
Gesundheitsfonds Steiermark	http://www.gemeinsam-geniessen.at/Seiten/Produkte-und-Anbieter.aspx	Informationen und Links zu Produkten und Anbieterinnen/Anbietern aus der Region bzw. aus Österreich
Gesundheitsfonds Steiermark	http://www.gemeinsam-geniessen.at/Documents/Service%20und%20Hilfe-1/Tipps%20und%20Tricks%2024.10.2013.pdf	„Tipps und Tricks für gesundes Essen mit Genuss in der Gemeinschaftsverpflegung“

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung Tabelle

Organisation / Land Web	Web-Link	Anmerkung
Gesundheitsfonds Steiermark	http://www.gemeinsam-geniessen.at/Documents/Service%20und%20Hilfe-1/Fortbildungen%20und%20Schulungen%20fuer%20Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen.pdf	Fortbildungen und Schulungen im Bereich der Gemeinschaftsverpflegung
Gesundheitsfonds Steiermark	http://www.gemeinsam-geniessen.at/Documents/Berufsleben-1/Kalender_28Seiten.pdf	Speziell auf das Berufsleben abgestimmter Kalender mit Tipps und Rezepten für gesunde Ernährung
Gesundheitsfonds Steiermark	http://gsund-essen.blogspot.co.at/	Blog mit gesunden Rezepten und Ernährungstipps
Gesundheitsfonds Steiermark	http://www.gemeinsam-geniessen.at/Seiten/Brosch%C3%BCren.aspx	Checklisten zur Gemeinschaftsverpflegung
Gesundheitsfonds Steiermark	http://www.gemeinsam-geniessen.at/Seiten/Presse-1.aspx?NavTermId=0e05109f-b719-4da3-d228-87c78af57e03	Tipps, Rezepte, Broschüren, Ratgeber,...
Tirol	http://www.ernaehrungsfuehrerschein.tsn.at	Tiroler Ernährungsführerschein für Volksschulen
Vorarlberg: aks Gesundheit	http://www.aks.or.at/wp-content/uploads/2014/02/2014-02-03-Leitlinie_Gemeinschaftsverpflegung_aks_Stckler_AufL_4_2012.pdf	Leitlinie für GV von Kindern & Jugendlichen
Vorarlberg: aks Gesundheit	http://www.aks.or.at/aks-angebote/gemeinsam-essen/	Leitfaden für das gemeinsame Essen in Schülerbetreuungen mit vielen praktischen Tipps
Vorarlberg	http://koerpergeist.wordpress.com	Endbericht zum Projekt „MehrWERT für Körper & Geist“
Öffentliches Gesundheitsportal Österreichs	https://www.gesundheit.gv.at/Portal.Node/ghp/public/content/gesunde-pause.html	Tipps zur gesunden Pause
gutessen consulting	http://www.gutessen.at/uploads/Schulfrucht-Brosch%C3%BCre_screen%281%29.pdf	Broschüre „Schulfruchtprogramm“ - finanzielle Unterstützung für Obst- und Gemüseangebote in Volksschulen
Deutsche Gesellschaft für Ernährung	https://www.dge-medienervice.de/gemeinschaftsverpflegung.html	Qualitätsstandards für die Gemeinschaftsverpflegung der Deutschen Gesellschaft für Ernährung
SIPCAN - Initiative für ein gesundes Leben.	http://www.sipcan.at/	Mit zahlreichen Tipps, Checklisten und Beteiligungsmöglichkeiten für Schulen und Betriebe
gutessen consulting	http://www.gutessen.at/schulverpflegung-2.html	Tipps zur Schulverpflegung und aktuellen Infos wie etwa zur Vitalküche in NÖ
KIG-Empfehlungen (Kinder im Gleichgewicht - Euregio Bodensee)	http://www.aks.or.at/wp-content/uploads/2014/02/2013-02-03-KIG-Empfehlungen-ESSEN-und-TRINKEN-in-Schulen_2-AufL.pdf	Empfehlungen zum Essen und Trinken in Schulen

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung Tabelle

Organisation / Land Web	Web-Link	Anmerkung
SV	https://www.sozialversicherung.at/portal27/portal/wgkkpor-tal/content/contentWindow?&contentid=10008.595991&action=b&cacheability=PAGE	Ernährungsfächer der Gebietskrankenkassen – Unterstützung bei der Umsetzung nachhaltiger Ernährungsprojekte im Lebensraum Schule
Fonds Gesundes Österreich	http://www.fgoe.org/presse-publikationen/downloads/bucher/kochen-mit-gemuse/2011-09-14.4576253409	Kochbuch „Kochen mit Gemüse. Saisonal – Regional – Frisch. Für Gemeinschafts-verpflegung und Gastronomie“
WIG	http://www.wig.or.at/fileadmin/user_upload/DOWNLOAD/WiNKi/VerpflegerInnen/Praxisleitfaden_Verpfleger.pdf	Leitfaden für Caterer, Selbstkocher, Tagesmütter und –väter
WIG	http://www.wig.or.at/fileadmin/user_upload/DOWNLOAD/WiNKi/Kindergaerten/Praxisleitfaden_Checkliste_Angebotsvergleich.pdf	Checkliste für Angebotsvergleiche von Verpflegern
WIG	http://www.wig.or.at/fileadmin/user_upload/DOWNLOAD/WiNKi/VerpflegerInnen/Leitfaden_zum_OEGE-Siegel_mittels_WiNKi-Auslobung.pdf	Leitfaden zur WiNKi Auslobung zur Erreichung des ÖGE-Gütesiegels (für Kindergartencaterer)
WIG	http://www.wig.or.at/fileadmin/user_upload/DOWNLOAD/WiNKi/VerpflegerInnen/Leitfaden_OEGE_Siegel.pdf	Leitfaden ÖGE Gütesiegel
WIG	http://www.wig.or.at/fileadmin/user_upload/DOWNLOAD/WiNKi/VerpflegerInnen/Nachhaltigkeitskonzept.pdf	Nachhaltigkeitskonzept
WIG	http://www.wig.or.at/fileadmin/user_upload/DOWNLOAD/WiNKi/VerpflegerInnen/Qualitaetsrichtlinien_AGME_Tagesmuetter_kleine_Kuechen_und_Selbsversorger_Version_1.pdf	Qualitätsrichtlinien für kleine Küchen, Selbstversorgerinnen und –versorger, Tagesmütter und –väter
WIG	http://www.wig.or.at/fileadmin/user_upload/DOWNLOAD/WiNKi/VerpflegerInnen/Qualitaetsrichtlinien_AGME_Selbsversorger_und_mittlere_Kuechen__2-5_Version_1.pdf	Qualitätsrichtlinien Selbstversorgerinnen und –versorger und mittlere Küchen
WIG	http://www.wig.or.at/fileadmin/user_upload/DOWNLOAD/WiNKi/VerpflegerInnen/Qualitaetsrichtlinien_AGME_Grosskuechen__groesser_5__Version_1.pdf	Qualitätsrichtlinien für Großküchen ohne QM-System
WIG	http://www.wig.or.at/fileadmin/user_upload/DOWNLOAD/WiNKi/Kindergaerten/WINKI_kochen_mit_kindern_web.pdf	Praktische Tipps zum Thema „Essen und Trinken im Kindergarten“ sowie saisonale Rezepte für Pädagoginnen/Pädagogen
WIG	http://www.wig.or.at/fileadmin/user_upload/DOWNLOAD/WiNKi/VerpflegerInnen/Qualitaetsrichtlinien_AGME_Grosskuechen_mit_QM-System_Version_1.pdf	Qualitätsrichtlinien für Großküchen zertifizierten QM-System
ÖGE Österreichische Gesellschaft für Ernährung	http://www.oege.at/index.php/oege-zertifizierte-verpflegung	Gütezeichen für nährstoffoptimierte Speisenqualität in der Gemeinschaftsverpflegung

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung Tabelle

Organisation / Land Web	Web-Link	Anmerkung
REVAN	http://www.richtigessenvonanfangan.at/Aktuelles/Informationsgrafik-Ernaehrung-des-Saeuglings-im-ersten-Lebensjahr http://www.richtigessenvonanfangan.at/Aktuelles/Informationsgrafik-Ernaehrung-des-Saeuglings-im-ersten-Lebensjahr-Tuerkisch http://www.richtigessenvonanfangan.at/Aktuelles/Informationsgrafik-Ernaehrung-des-Saeuglings-im-ersten-Lebensjahr-Bosnisch-Kroatisch-Serbisch	Informationsgrafik zur Ernährung des Säuglings im ersten Lebensjahr (in Deutsch, Türkisch, Bosnisch/Kroatisch/Serbisch)
REVAN	http://www.richtigessenvonanfangan.at/content/download/330/1779/file/Broschuere_Richtige_Ernaehrung_von_Anfang_an_Schwangerschaft_Stillzeit.pdf	Rezeptbroschüre Richtig Essen von Anfang an – Schwangerschaft und Stillzeit
REVAN	http://www.richtigessenvonanfangan.at/content/download/3250/18574/file/Stillen%20-%20ein%20guter%20Beginn_2012korr.pdf	Informationsbroschüre für Mütter und Väter zu Stillen (auch in Türkisch und Bosnisch/Kroatisch/Serbisch)
REVAN	http://www.richtigessenvonanfangan.at/content/download/2402/13406/file/AGES_Schwangerschaft_Folder_2012.pdf	Folder zu Infektionen durch Nahrungsmittel in der Schwangerschaft (auch in Türkisch und Bosnisch/Kroatisch/Serbisch)
SGKK	johanna.ziegler@sgkk.at	Baby isst mit. Materialien zu Ernährung für Deutsch-Lernende (können über die angegebene E-Mail Adresse angefordert werden)
SGKK	http://baby-isst-mit.at/de/rezepte/yusufs-rezepte/yusufs-rezepte.html	Rezepte für Schwangere in unterschiedlichen Sprachen
Styria vitalis	http://styriavitalis.at/information-service/ideenpool/	Themenfeld gesundes Essen
Frühe Hilfe Modellprojekt Deutschland	http://www.fruehehilfen.de/serviceangebote-des-nzf/materialien/publikationen/nest-material/filtermodul/	Aufbereitete Materialien (Arbeitsblätter), die sich an Eltern richten und u. a. auf die Ernährung abzielen
Gesundheitsfonds Steiermark	http://www.gemeinsam-geniessen.at/Documents/Elternbrief%20-%20Was%20soll%20in%20die%20Jausenbox.pdf	Dieser Brief kann von Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen direkt ausgegeben werden oder auch als Muster für eigene Elterninformationen dienen. Ziel ist es, die Eltern für eine gesundheitsförderliche Jause zu sensibilisieren.
Gesundheitsfonds Steiermark	http://www.gemeinsam-geniessen.at/Documents/Muster%20Jausenplan-Speiseplan%20Kindergarten.pdf	Basierend auf den „Mindeststandards in der Gemeinschaftsverpflegung“ wurden Vorschläge für ein abwechslungsreiches Jausenbuffet sowie für ein abwechslungsreiches Mittagessen erarbeitet. Diese können in die Einrichtung übernommen werden oder aber zur Anregung dienen.
Gesundheitsfonds Steiermark	http://www.gemeinsam-geniessen.at/Seiten/Kundinnenfragebogen.aspx	Musterfragebogen für Befragung von Kundinnen und Kunden von Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen zur Ergänzung der Kundenbindungs- bzw. Qualitätssicherungsmaßnahmen sein.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung Tabelle

Gesundheitsfonds Steiermark	http://www.gemeinsam-geniessen.at/Documents/Strichliste%205-Tages-Speiseplan.pdf	Anforderungen aus den „Mindeststandards in der Gemeinschaftsverpflegung“ wieder, die durch den Blick auf den Speiseplan überprüfbar sind
--------------------------------	---	--

Quelle und Darstellung: GÖG

Teil 2: Allgemeine Empfehlungen zur Umsetzung von Chancen- gerechtigkeit in der Gesundheits- förderung

Inhalt

1	Sozioökonomische Merkmale und Gesundheit.....	39
2	Allgemeine Empfehlungen zur Umsetzung	41
2.1	Ressourcenorientierung und Empowerment	42
2.2	Setting- und Determinantenorientierung	43
2.3	Zielgruppenorientierung.....	46
2.3.1	Zugang zur Zielgruppe.....	48
2.3.2	Zielgruppenspezifische Kommunikationsmethoden und Interventionsformen.....	51
2.4	Partizipation der Akteure des Settings.....	54
2.5	Vernetzung	57
2.6	Nachhaltigkeit der Veränderungen	58
3	Hindernisse und Tipps	60
3.1	Projektplanung.....	60
3.2	Gesundheitsbedarf und Bedürfnisse der Zielgruppe	60
3.3	Vertrauensbildende Schritte	61
3.4	Evaluation und Dokumentation	61
4	Methodik und Suchstrategie.....	63
5	Literatur	67
	ANHANG.....	73

1 Sozioökonomische Merkmale und Gesundheit

Gesundheit wird durch eine Vielfalt von individuellen, sozialen, sozioökonomischen und gesellschaftlichen Faktoren beeinflusst: den sogenannten **Gesundheitsdeterminanten**. Dazu gehören allgemeine Bedingungen der sozioökonomischen, kulturellen und physischen Umwelt, Lebens- und Arbeitsbedingungen, soziale und kommunale Netzwerke, Faktoren individueller Lebensweisen, Alter, Geschlecht und Erbanlagen (Fonds Gesundes Österreich 2005).

Sozioökonomische Faktoren wie Bildung, Einkommen und Beschäftigungsstatus sind im Zusammenhang mit gesundheitlicher Chancengerechtigkeit von besonderer Bedeutung (Anzenberger et al. 2014). Der Begriff „Gesundheitsdeterminanten“ drückt aus, dass die Verhältnisse, in denen wir leben und arbeiten, unsere Gesundheit stark bestimmen, während durch das eigene Verhalten nur ein kleiner Teil der Gesundheit beeinflusst werden kann. Dem Beitrag, den andere (Politik-)Bereiche zur Gesundheit leisten, wird mit dem gesundheitspolitischen Ansatz „**Health in All Policies**“ (Gesundheit in allen Politikfeldern) Rechnung getragen. Gemäß diesem Konzept wird der Einfluss analysiert, den andere Sektoren mit ihren jeweiligen Zielen und Prioritäten auf die Gesundheit ausüben, um eine gesundheitsförderliche Gesamtpolitik gestalten zu können (Haas et al. 2012).

Ein Bericht der Statistik Austria und des Bundesministeriums für Gesundheit, in dem Daten der Gesundheitsbefragung 2006/2007 analysiert werden, zeigt den Einfluss sozioökonomischer Merkmale (Einkommen, Bildung, Tätigkeit, Migrationshintergrund) auf den Gesundheitszustand und das Gesundheitsverhalten (Habl 2014; Klimont et al. 2008). Ein eindeutiger Zusammenhang zwischen sozioökonomischen Merkmalen und Gesundheit zeigt sich auch in internationalen Studien (Anzenberger et al. 2014; WHO Regional Office for Europe 2014).

Insgesamt zeigen die Daten der Gesundheitsbefragung 2006/2007 den großen Einfluss sozioökonomischer Faktoren sowohl auf den Gesundheitszustand als auch das Gesundheitsverhalten:

So beurteilen **Personen mit Armutsrisiko** (mit weniger als 60 % des Medianeinkommens) ihren Gesundheitszustand seltener mit gut oder sehr gut (70 %) als Personen in der einkommensstärksten Gruppe (mit mehr als 150 % des Medianeinkommens: 84 %). Personen in der Armutsrisikogruppe haben außerdem ein erhöhtes Risiko für das Auftreten von chronischen Erkrankungen und Gesundheitsproblemen wie z. B. Angstzuständen und Depressionen, Arthrose, Arthritis, Gelenksrheumatismus und Migräne. In Bezug auf das Gesundheitsverhalten zeigen die Daten, dass Männer der Armutsrisikogruppe ein 1,5-fach erhöhtes Adipositas-Risiko im Vergleich zu Männern der höchsten Einkommensgruppe haben. Auch steigt sowohl die Impfbereitschaft als auch die Bereitschaft zur Teilnahme an bestimmten Vorsorgeuntersuchungen (z. B. Gesundenuntersuchung, PAP-Abstrich) mit der Höhe des Äquivalenz-Einkommens (Klimont et al. 2008).

Bei **Arbeitslosen** zeigt sich ein ähnliches Bild, insbesondere bei Frauen: Nur 57 Prozent der arbeitslosen Frauen beschreiben ihren Gesundheitszustand als gut oder sehr gut, bei erwerbstätigen Frauen sind es 86 Prozent. Bei Arbeitslosen ist zudem die Prävalenz von Depressi-

onen bei Männern 7,6-fach und bei Frauen 4,4-fach erhöht. Signifikante Unterschiede zwischen Erwerbstätigen und Arbeitslosen in der Häufigkeit von Adipositas sind nur bei Frauen zu erkennen (22 % bei arbeitslosen Frauen vs. 9 % bei erwerbstätigen Frauen). (Klimont et al. 2008)

Auch das **Bildungsniveau** korreliert stark mit dem Gesundheitszustand und dem Gesundheitsverhalten: So haben Männer mit Pflichtschulabschluss im Vergleich zu höher gebildeten ein 1,5-fach erhöhtes Risiko, an Wirbelsäulenbeschwerden zu leiden, und ein 2,7-fach erhöhtes Risiko für Arthrose, Arthritis und Gelenksrheumatismus. Frauen mit Pflichtschulabschluss haben ein dreifach erhöhtes Risiko, an Diabetes zu erkranken, gegenüber Frauen mit höherer Schulbildung. Auch beim Gesundheitsverhalten zeigen sich deutliche Bildungsdifferenzen. Die Häufigkeit von Adipositas ist bei niedrigem Bildungsniveau deutlich erhöht: Frauen mit Pflichtschulbildung haben im Vergleich zu jenen mit höherer Ausbildung ein 2,8-faches Risiko, adipös zu sein, Männer ein 1,7-faches Risiko. Zudem ist mit steigendem Bildungsniveau eine steigende Impfbereitschaft assoziiert, bei der Inanspruchnahme von Vorsorgeuntersuchungen zeigt sich ein ähnliches Bild (Klimont et al. 2008).

Personen mit Migrationshintergrund fühlen sich gesundheitlich seltener gut oder sehr gut als Personen ohne Migrationshintergrund: Bei Männern ohne Migrationshintergrund besteht eine mehr als doppelt so hohe Wahrscheinlichkeit, sich gesundheitlich gut oder sehr gut zu fühlen, wie bei Migranten aus Ex-Jugoslawien oder der Türkei. Dementsprechend berichtet diese Gruppe häufiger über chronische Erkrankungen. Für Frauen mit Migrationshintergrund ist im Vergleich zu Frauen ohne Migrationshintergrund die Wahrscheinlichkeit beinahe dreimal so hoch. Männer mit Migrationshintergrund haben ein 1,8-fach erhöhtes Risiko, adipös zu sein, bei Frauen ist es mehr als doppelt so hoch. Bei Männern aus Ex-Jugoslawien und der Türkei besteht ein doppelt so hohes Risiko für tägliches Rauchen als bei jenen ohne Migrationshintergrund. (Klimont et al. 2008)

2 Allgemeine Empfehlungen zur Umsetzung

„Chancengerechtigkeit in Bezug auf Gesundheit bedeutet einen gerechten und fairen Zugang zu den Ressourcen für Gesundheit, damit alle Menschen die gleichen Möglichkeiten zur Entwicklung und Erhaltung ihrer Gesundheit haben“ (Fonds Gesundes Österreich 2005). Hier wird auf einem positiven Gesundheitsbegriff aufgebaut: „Gesundheit ist nicht in erster Linie die bloße Abwesenheit von Krankheit. Im Rahmen der Weltgesundheitsorganisation WHO hat sich ein Verständnis durchgesetzt, wonach Gesundheit positiv definiert wird: Gesundheit als umfassendes körperliches, seelisches und soziales Wohlbefinden“ (Fonds Gesundes Österreich 2005).

Für Österreich hat der FGÖ **Qualitätskriterien** für Gesundheitsförderungsprojekte definiert, in denen die Grundprinzipien der Gesundheitsförderung mit Indikatoren unterlegt werden (siehe Anhang). Weitere wichtige Grundlagen für Gesundheitsförderungsaktivitäten sind die Schweizer Qualitätskriterien¹¹, die Leitbegriffe der Gesundheitsförderung der deutschen Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung¹² und die Good-Practice-Kriterien des Kooperationsverbunds gesundheitliche Chancengleichheit (Gesundheitliche Chancengleichheit o.J.-a). Letztere Good-Practice-Kriterien für Gesundheitsförderung bei sozioökonomisch Benachteiligten sind: (vgl. auch Anhang) Konzeption, Selbstverständnis, Zielgruppe, Innovation und Nachhaltigkeit, wirksames Multiplikatorenkonzept, niederschwellige Arbeitsweise, Partizipation der Zielgruppe, Empowerment, Settingsansatz, integriertes Handlungskonzept/Vernetzung, Qualitätsmanagement und Qualitätsentwicklung, Dokumentation/Evaluation und günstiges Kosten-Nutzen-Verhältnis (Gesundheitliche Chancengleichheit o.J.-a). Eine Liste mit Leitlinien und Empfehlungen zur Chancengerechtigkeit in der Gesundheitsförderung findet sich in Tabelle 5.1 im Anhang.

Der Aufbau des folgenden Kapitels orientiert sich an den Qualitätskriterien des Fonds Gesundes Österreich als zentrale Stelle für Gesundheitsförderung in Österreich (vgl. auch Anhang). Ergänzend wurden Leitlinien und Empfehlungen aus Deutschland, der Schweiz und Großbritannien herangezogen (vgl. Kapitel 4). In diesem Kapitel werden die Qualitätskriterien vertiefend mit Erläuterungen und Anwendungsbeispielen zum Schwerpunkt gesundheitliche Chancengerechtigkeit dargestellt.

Gesundheitliche Chancengerechtigkeit ist eine Querschnittsmaterie, die sich in unterschiedlichen Ausprägungen in allen Qualitätskriterien wiederfindet. Im Folgenden werden jene Aspekte genauer beleuchtet, die für das **Ziel „gesundheitliche Chancengerechtigkeit“** von besonderer Relevanz sind. Die Zuordnung von Praxisbeispielen (gelb unterlegt) zu den Qualitätskriterien basiert auf den Indikatoren des FGÖ und der Checkliste zu Beispielen guter Praxis in Angeboten der Gesundheitsförderung (Gesundheitliche Chancengleichheit o.J.-a). Überschneidungen sind unumgänglich und spiegeln wieder, dass sich Chancengerechtigkeit wie ein roter Faden durch

11
<http://www.quint-essenz.ch/de> Zugriff 17.12.2013

12
<http://www.leitbegriffe.bzga.de/> Zugriff 17.12.2013

die gesamte Gesundheitsförderung zieht. Die Berücksichtigung von Chancengerechtigkeit ist daher essentiell für ein Gesundheitsförderungsprojekt und von Anfang an einzuplanen (bei Zielsetzung, Auswahl der Zielgruppen, Auswahl des Setting, Auswahl der Aktivitäten).

Die folgenden Unterkapitel bieten für je ein Qualitätskriterium eine Begriffsdefinition (Hintergrund), die Anforderungen an Gesundheitsförderungsprojekte zur Erreichung des Kriteriums (Ausgangslage) sowie Beispiele und praktische Tipps (Erfolgsfaktoren).

2.1 Ressourcenorientierung und Empowerment

Hintergrund

Ein zentraler Aspekt der Gesundheitsförderung ist, persönliche, soziale und strukturelle Ressourcen zu stärken (Fonds Gesundes Österreich 2013) und durch die Entwicklung von individuellen und gemeinsamen Handlungsstrategien zu Selbständigkeit und Selbstbestimmtheit insbesondere in Bezug auf Gesundheit zu befähigen (Lis et al. 2011). Empowerment ist ein wichtiger Schritt, um Chancengerechtigkeit zu erreichen (Pfluger et al. 2009). Ziel dieses Prozesses ist es, die Stärken und Ressourcen der Zielgruppe(n) weiterzuentwickeln, u. a. damit Gefühle von „Machtlosigkeit“ überwunden werden können (Pfluger et al. 2009).

Ausgangslage

Der Empowerment-Ansatz soll Menschen dazu befähigen, gesundheitliche Kompetenzen und Handlungsspielräume zu entwickeln. Dies gelingt nur, wenn Gefühle der Gleichgültigkeit oder Machtlosigkeit überwunden werden und Selbstbewusstsein und Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten wachsen (Gold/Lehmann 2012).

Dafür müssen vorhandene Ressourcen genutzt werden: strukturelle Ressourcen für die Gesundheitsförderung wie Institutionen und Qualifizierungen (z. B. veränderte Kommunikationsmethoden bei Lehrerinnen und Lehrern), soziale Ressourcen wie Netzwerke und soziale Bindungen, persönliche Ressourcen wie Gesundheitskompetenz oder persönliche Erfahrungen (Fonds Gesundes Österreich 2013).

Häufig wird zwischen individuellem und gemeinschaftsbezogenem Empowerment unterschieden. Individuelles Empowerment meint die Fähigkeit einer einzelnen Person, Entscheidungen zu treffen und Kontrolle über das eigene Leben zu haben. Gemeinschaftsbezogenes Empowerment meint die Fähigkeit von Individuen, an Einfluss und Kontrolle zu gewinnen über jene gesellschaftlichen Bedingungen, die über verschiedene Settings (z. B. Arbeitswelt, Konsum- und Freizeitwelten) Gesundheit beeinflussen, und mehr Einfluss auf die Lebensqualität in ihrer Gemeinschaft ausüben zu können (Fonds Gesundes Österreich 2005).

Empowerment ist ein wesentlicher Bestandteil der Settingorientierung (siehe Kapitel 2.2) und der Zielgruppenorientierung (siehe Kapitel 2.3).

Erfolgsfaktoren

Empowerment-Ansätze wirken dann, wenn sie an den **Stärken und Ressourcen der Zielgruppe** ansetzen und mit diesen respektvoll und professionell umgehen. Dazu sollen die vorhandenen Ressourcen (z. B. erweiterte Familiennetze) einbezogen werden und das bestehende Engagement der Zielgruppe (z. B. von Schlüsselpersonen) honoriert werden (Pfluger et al. 2009). Hierzu empfehlen sich – in Sinne der Nachhaltigkeit – Methoden der **Selbstorganisation** (Gesundheitliche Chancengleichheit o.J.–a). Wichtig ist es hier auf **kollektive Prozesse** abzielen, indem Zielgruppen instrumentelle Hilfen zur Stärkung ihrer Handlungsfähigkeiten (z. B. Räume) zur Verfügung gestellt werden (Gesundheitliche Chancengleichheit o.J.–a).

Die Partizipation der Zielgruppe (vgl. [Kapitel 2.4](#)) bereits in der Planung von Maßnahmen hilft, Stärken und Ressourcen vorab zu identifizieren und in der weiteren Planung zu beachten. Um die Ressourcen der Zielgruppe nutzen zu können, ist es wichtig, ihre gesundheitsbezogenen **Wünsche und Bedürfnisse** zu berücksichtigen (Lis et al. 2011).

Ressourcenorientierung bei der Betreuung von Kindern setzt voraus, dass Ressourcen vorhanden sind, die gestärkt werden können. Gerade sozioökonomisch benachteiligte Kinder weisen hier häufig Defizite auf, denen idealerweise bereits im frühesten Alter – etwa entlang dem Konzept der Frühen Hilfen – begegnet werden sollte.

Eine zentrale Ressource ist **Resilienz**: Resilienz bezeichnet die psychische Widerstandsfähigkeit, die Menschen in belastenden Umständen/Situationen schützt. Menschen mit hoher Resilienz wissen um wirksame Strategien, um mit Krisen fertig zu werden. Umfassende resilienzfördernde Maßnahmen, die sogenannte Schutzfaktoren herausbilden bzw. stärken sollen, setzen auf drei Ebenen an und sprechen die gesamte Lebens- und Erfahrungswelt von Kindern an: Neben den personalen und familiären Schutzfaktoren scheinen für die Gesundheitsförderung im Kindergarten vor allem die sozialen Schutzfaktoren bedeutend, die vom erweiterten Umfeld der Kinder außerhalb der unmittelbaren familiären Lebenswelt beeinflusst werden (Lyssenko et al. 2010).

Projektbeispiel „Frühe Hilfen“: Sie zielen darauf ab, die Eltern in ihren Gesundheits- und Erziehungskompetenzen – aber auch hinsichtlich ihrer gesundheitlichen und sozialen Lebenssituation – so zu unterstützen, dass „[...] eine verlässliche Versorgung der Kinder und sichere und liebevolle Bindung zwischen Eltern und Kindern als Grundstein für deren gesundes Aufwachsen [...]“ sichergestellt ist (Haas et al. 2013b).

2.2 Setting- und Determinantenorientierung

Hintergrund

Gesundheitsförderung laut Ottawa Charta zielt darauf ab, die Lebenswelten (Settings) der Zielgruppen gesundheitsfördernd zu gestalten, d. h. die Verhältnisse (wie z. B. das Arbeitsumfeld) und nicht nur das Verhalten eines Einzelnen positiv zu beeinflussen / zu verändern (Pfluger et al.

2009). Eine positive Veränderung der Lebenswelten hat unter anderem das Ziel, gesünderes Verhalten der Betroffenen zu erleichtern.

In der Gesundheitsförderung hat sich der Setting- oder Lebenswelt-Ansatz bewährt. Dieser Ansatz hat zum Ziel, einen gesundheitsförderlichen Lebensstil unter Berücksichtigung ungleicher verhältnisbedingter Gesundheitschancen zu fördern. Beim Setting-Ansatz wird Gesundheit primär durch die Entwicklung „gesunder Lebenswelten“ unterstützt, die Gesundheitsförderung gilt also nicht dem Einzelnen, sondern der Gemeinschaft (Gold/Lehmann 2012). Ziel ist es, jeweils in einem Setting (z. B. Schule, Kindergarten, Stadtteil) die **Strukturen** und den **Alltag „gesünder“** zu gestalten. Gleichzeitig soll die Zielgruppen die Erfahrung machen, dass sie die Gestaltung ihrer Umwelt positiv beeinflussen kann (Gesundheitliche Chancengleichheit o.J.–a). Dies soll dazu führen, dass Strukturen nachhaltig verbessert werden und über den Abschluss eines Projektes hinaus erhalten bleiben.

Ausgangslage

Laut Qualitätskriterien des FGÖ ist die nachhaltige gesundheitsfördernde Veränderung von Strukturen und Prozessen im Setting wesentlich für eine erfolgreiche Gesundheitsförderung, weil so die gesundheitsrelevanten Lebensbedingungen der ausgewählten Zielgruppe nachhaltig verbessert werden (Fonds Gesundes Österreich 2013; Gesundheitliche Chancengleichheit o.J.–a). Wesentlich dafür ist, die Zielgruppe klar zu definieren und das Setting so zu wählen, dass die definierte Zielgruppe (insbesondere gesundheitlich benachteiligte Menschen) erreicht wird (Fonds Gesundes Österreich 2013).

Die Qualitätskriterien des FGÖ empfehlen, dass eine Gesundheitsförderungsmaßnahme immer eine oder mehrere Gesundheitsdeterminanten (positiv) beeinflussen soll. Die Angebote sollen sich an jene Orte und sozialen Zusammenhänge richten, an denen die Zielgruppe alltäglich lebt, lernt und arbeitet (Gesundheitliche Chancengleichheit o.J.–a).

Nicht jede im Setting durchgeführte Maßnahme verwirklicht automatisch den Setting-Ansatz. Dient das Setting lediglich als Zugang zur Zielgruppe und zielt nur auf Veränderung des individuellen Verhaltens (z. B. Informationsveranstaltungen in Schulen), kann dies sogar zur Verstärkung gesundheitlicher Ungleichheit führen (Gold/Lehmann 2012). Häufig fühlen sich gesundheitlich (und insb. sozioökonomisch) benachteiligte Gruppen und Individuen durch verhaltensbezogene Gesundheitsbotschaften nur noch stärker belastet, wenn sie diese aufgrund ihrer Lebensverhältnisse nicht umsetzen können. Deshalb sollten Maßnahmen/Angebote, mit denen eine Zielgruppe erreicht werden soll, nicht vorrangig auf individuelles Verhalten, sondern auf kollektive Verhältnisse und die gemeinschaftliche Gestaltung von Lebenswelten abzielen (Gold/Lehmann 2012).

Da Angebote und Projekte nach dem Setting-Ansatz einen hohen organisatorischen Aufwand erfordern, besteht in der Praxis die Gefahr, den Setting-Ansatz zugunsten individueller Prävention bzw. verhaltensorientierter Maßnahmen zu vernachlässigen (Gold/Lehmann 2012).

Erfolgsfaktoren für die Umsetzung

Für einen erfolgreichen Setting-Ansatz sind unter anderem folgende weitere Qualitätskriterien zu berücksichtigen (siehe dazu auch FGO-Projektguide und Abbildung 1 im Anhang):

- » aktive Einbeziehung aller Akteure im Setting (vgl. Partizipation 2.4) und
- » Kompetenzstärkung (Empowerment) aller Beteiligten (vgl. Empowerment 2.1) (Gold/Lehmann 2012).

Ein Zugang zu Zielgruppen über die Lebenswelten ist besonders dafür geeignet, auch gesundheitlich (insb. sozioökonomisch) Benachteiligte zu erreichen, ohne sie als solche zu stigmatisieren, da nicht beim einzelnen Individuum angesetzt wird (Gold/Lehmann 2012). Zugang ist jedoch nur der erste Schritt des Setting-Ansatzes und die **gesundheitsfördernde Gestaltung der Lebenswelt** steht im Mittelpunkt.

Projektbeispiel „Gemeinsam Gehen“: Im steirischen Netzwerk der „gesunden Gemeinden“ folgt die Umsetzung gemeindeorientierter Gesundheitsförderung einem Neun-Punkte-Programm, das einen systematischen Prozess zur Veränderung der Strukturen sicherstellt¹³. Im steirischen Projekt „Gemeinsam Gehen“ wurde zum Beispiel mit der Zielgruppe der über 65-Jährigen eine Sozialraumanalyse (inklusive Sozialraumbegehung) durchgeführt. Dabei wurde darauf geachtet, wie fußgängerfreundlich die Gehwege zu den wichtigen Orten (z. B. Gemeindeamt, Bank, Arzt, soziale Treffpunkte) sind und wie die Infrastruktur dieser Orte ausgestattet ist (z. B. Beleuchtung, Toiletten, bauliche Barrieren) sind. Ziel ist, durch eine fußgängerfreundliche Gestaltung der Sozialräume langfristig mehr körperliche Aktivität zu erreichen. Darüber hinaus wurden ehrenamtliche, soziale Begleitdienste eingerichtet, die ältere Menschen bei ihren täglichen Besorgungen begleiten (Styria vitalis 2001).

Um ein Setting gesundheitsfördernd zu gestalten, kann es sinnvoll sein, die bestehenden **Kommunikationsstrukturen und Entscheidungsprozesse** zu analysieren und zu verbessern (Gesundheitliche Chancengleichheit o.J.-a). Dazu können Methoden der Organisationsentwicklung (wie Arbeitsgruppen oder aktivierende Befragung) verwendet werden (Gesundheitliche Chancengleichheit o.J.-a). Wichtig ist hier jedenfalls eine frühe Einbindung der Zielgruppe (weitere Methoden zur Partizipation siehe Kapitel 2.4).

Projektbeispiel: Im Leitfaden „Schritt für Schritt zur gesundheitsfördernden Schule“ (Dietscher 2001) wird als erster Schritt empfohlen, eine Entscheidung der Schulgemeinschaft für das Konzept bzw. für gesundheitsförderliche Veränderungen zu erzielen, damit von Anfang an Unterstützung von der Schulleitung bzw. von möglichst vielen Personen gegeben ist.

Hilfreich kann es ebenfalls sein, vorab eine **Stakeholder-Analyse** durchzuführen und die relevanten Stakeholder des Settings (insbesondere die Führungsebene) früh einzubinden

13

Mehr Informationen unter http://www.styriavitalis.at/cms/Gesunde_Gemeinde/Gesunde_Gemeinde/3,1,0,0.html

(Gold/Lehmann 2012). Dies ist besonders bei Gesundheitsförderung im kommunalen Bereich wichtig und herausfordernd, da in diesem komplexen Setting keine klaren bzw. keine umfassenden Organisationsstrukturen bestehen, weil unterschiedliche Zuständigkeitsbereiche (z. B. Verkehr, Parkanlagen etc.) vorliegen (Gold/Lehmann 2012).

Weitere Tipps und nützliche Tools dazu finden sich in der Publikation „Gesundheitsförderung in Gemeinden Stadtteilen und Regionen – von der Idee zur Umsetzung“ (Auer et al. 2014).

Projektbeispiel „Wir setzen Zeichen“ (ÖÖ): Das Programm zur kommunalen Suchtprävention und Gesundheitsförderung orientiert sich an den lokalen Gegebenheiten, indem nach dem Beschluss des Gemeinderats – mit Hilfe von lokalen Recherchen, Gesprächsrunden und Interviews – ein Präventionsprofil erarbeitet und darauf aufbauend ein Maßnahmenplan erstellt wird.¹⁴

Projektbeispiel „Baby Friendly Hospital Initiative“: Ein wichtiger Erfolgsfaktor dieser Initiative ist die Einbindung und Schulung des gesamten Personals, da das Projekt auf einer Änderung der Praxis und Kultur in der Geburtshilfe abzielt.

Jedes Setting kann gesundheitsförderlicher gestaltet werden; bei der Auswahl des Settings ist auf den Aspekt der Chancengerechtigkeit zu achten, d. h. es sollten jene Settings bevorzugt werden, in denen sozioökonomisch Benachteiligte besonders gut erreicht werden können. Als gesundheitsfördernde Settings kommen unter anderem in Betracht: Gemeinden oder Stadtteile, Kindergärten, Kultureinrichtungen, Kinder- und Jugendhäuser, religiöse Gemeinschaften (Kirchen, Moscheen), Bürgerzentren, Schulen, Betriebe, Einrichtungen des Gesundheitswesens oder der Altenpflege (Vienken 2010).

Im Bereich der betrieblichen Gesundheitsförderung erzielen jene Maßnahmen den höchsten Effekt, die direkt bei stark (gesundheitlich oder sozioökonomisch) belasteten Beschäftigungsgruppen ansetzen (Gold/Lehmann 2012).

2.3 Zielgruppenorientierung

Hintergrund

„Durch den ‚Zielgruppenansatz‘ unterstreicht die Gesundheitsförderung die Notwendigkeit der Anpassung ihrer Methoden und Maßnahmen an die Bedürfnisse und Ausgangsbedingungen der jeweiligen Zielgruppen. Das heißt, dass gesundheitsfördernde Maßnahmen für verschiedene Zielgruppen unterschiedlich gestaltet sein müssen. Grundlage dafür sind zunächst umfassende Analysen hinsichtlich der Frage, bei welchen Zielgruppen durch empirische Daten ein besonderer

14

Mehr unter

http://www.praevention.at/upload/products/WSZ_Broschuere_print.pdf?PHPSESSID=63befb6dd714b468324fe1118a1fd70e

Bedarf für gesundheitsfördernde Maßnahmen belegt ist. Von diesen Analysen leitet sich ab, welche Zielgruppen erreicht werden soll(en), sowie fundiertes Wissen über diese Zielgruppen und deren Lebenswelt. Partizipative Aspekte, also die Beteiligung der Zielgruppe an der Planung und Durchführung aller Maßnahmen, beginnend bei der Bedarfserhebung, können bei diesen Überlegungen eine wichtige Rolle spielen.“ (Fonds Gesundes Österreich 2005)

Für eine effektive und effiziente Gesundheitsförderung ist es also notwendig, die Bedarfslagen und Ressourcen der Zielgruppe(n) zu kennen, damit Aktivitäten und Methoden auf ihre Ressourcen, Werte, Interessen und Bedarfe ausgerichtet werden können (Fonds Gesundes Österreich 2013; Gesundheitliche Chancengleichheit o.J.-a).

Eine Herausforderung in der Gesundheitsförderung ist, die Zielgruppen über bestehende Projekte zu informieren bzw. ihnen die Projekte zugänglich zu machen. Die Lebensbedingungen von gesundheitlich benachteiligten Gruppen erschweren nicht nur ihre Alltagsbewältigung, sondern oft auch die zeitlichen und finanziellen Möglichkeiten, an Maßnahmen wie z. B. Workshops teilzunehmen.

In der Arbeit mit **Personen mit Migrationshintergrund** ist zu berücksichtigen, dass sich diese in sehr unterschiedlichen Lebenssituationen befinden können und häufig, aber nicht zwangsläufig einer benachteiligten Bevölkerungsgruppe angehören. Oft ist ihre Situation durch mangelnde Deutschkenntnisse, Berufe in gesundheitsbelastender Umgebung und fehlende schulische Bildung geprägt, es gibt aber durchaus auch jene, die im Herkunftsland eine gute Ausbildung abgeschlossen haben und nun keinen beruflichen Anschluss finden können (Anzenberger et al. 2014). Zudem muss berücksichtigt werden, dass es in vielen Kulturkreisen nicht üblich ist, über bestimmte Themen in gemischten Gruppen zu sprechen (Palecek 2007).

Eine Analyse zu ausgrenzungsgefährdeten Migrantinnen zeigt wiederum, dass isoliert lebende Frauen nicht nur wenige Berührungspunkte zum öffentlichen Leben haben, sondern auch Beratungsangebote wenig oder gar nicht in Anspruch nehmen (Knipper/Bilgin 2009). Die Gründe können fehlende Kenntnis über Angebote, schlechte Deutschkenntnisse und eingeschränkte Mobilität sein. Frauen haben besonders häufig im ländlichen Raum ein Mobilitätsproblem, wo öffentlicher Verkehr nur eingeschränkt angeboten wird oder zu teuer ist (Frauengesundheitszentrum Frieda Ried 24. 4. 2014).

Als besonders schwer zu erreichende Zielgruppen werden **Alleinerzieher/innen, chronisch kranke Frauen und Frauen mit Behinderungen, sozioökonomisch benachteiligte Österreicher/innen sowie Jugendliche mit Migrationshintergrund genannt** (Frauenassistenz FEM Süd 10. 2. 2014, Frauengesundheitszentrum Frieda Ried 24. 4. 2014).

Zielgruppen für zielgruppensensible Maßnahmen können aber auch nach anderen Kriterien definiert werden: z. B. bereits erkrankte Personen, Raucher/innen oder übergewichtige Menschen. Zu bedenken ist dabei, dass **gesundheitlich benachteiligte Gruppen** sehr heterogen sein können (Ammann/Gross 2011).

Es gilt daher, diese vielfältigen Unterschiede bei der Bewerbung und Gestaltung eines Angebots (bei der Wahl von Sprache, Ort, Erreichbarkeit, Zeit, Kostenbeiträgen etc.) zu berücksichtigen. „Dabei kann unterschieden werden in primäre/direkte Zielgruppen, das sind jene, die von den Maßnahmen profitieren sollen (z. B. Schüler/innen, Mitarbeiter/innen, Bürger/innen) als auch indirekte Zielgruppen bzw. Multiplikatorinnen und Multiplikatoren (oder auch Brückenbauer/innen); letztere sind Personen oder Institutionen, die eine Transferfunktion im Umsetzungsprozess haben. Sie unterstützen die Etablierung der Maßnahmen in der Praxis und erhöhen deren Reichweite. Sie leiten beispielsweise Informationen an mehrere Personen weiter und multiplizieren sie dadurch (z. B. Lehrer/innen, Betriebsrätinnen und Betriebsräte, Gemeinderätinnen und Gemeinderäte).“ (Fonds Gesundes Österreich 2005).

Bei Zielgruppenorientierung geht es einerseits darum, Zugänge zu den relevanten Zielgruppen (z. B. über Schlüsselpersonen) zu erreichen (siehe 2.3.1) und andererseits das Angebot lebensweltbezogen und damit zielgruppenorientiert zu gestalten (siehe 2.3.2) (Ammann/Gross 2011).

2.3.1 Zugang zur Zielgruppe

Ausgangslage

Eine Herausforderung in der Gesundheitsförderung ist es, die relevanten Zielgruppen über bestehende Projekte zu informieren bzw. ihnen diese zugänglich zu machen. Der nach wie vor häufig genutzte Ansatz von „Komm-Strukturen“ und Angebote, die auf Wissensvermittlung abzielen, sind stark mittelschichtorientiert und wirken ausgrenzend gegenüber Personen, die z. B. Barrieren zu klassischen Bildungsangeboten haben (Ammann/Gross 2011). Diese Barrieren können Sprachbarrieren, aber auch fehlende „Bildungsgewohnheiten“ oder negative Erfahrungen mit der eigenen Schulzeit sein (Ammann/Gross 2011).

Erfolgsfaktoren für die Umsetzung

Zugangswege und Kommunikationsmethoden unterscheiden sich je nach Zielgruppe, d. h. es kann im Rahmen eines Gesundheitsförderungsprojektes notwendig sein, die ausgewählten Zielgruppen in Subgruppen zu unterteilen und für diese zielgerichtete (z. B. geschlechtsspezifische) Methoden zu entwickeln.

Die explizite Eingrenzung auf eine Zielgruppe (z. B. Übergewichtige) kann zusätzlich stigmatisieren. Daher ist ein Setting-Zugang zu präferieren. Gegebenenfalls können mehrere Zielgruppen gemeinsam oder breitere Themen angesprochen werden.

Projektbeispiel „Donna Ma Donna“: Ziel war, ältere Frauen mit riskantem Medikamentenkonsum zu erreichen, dazu wurden allgemein ältere Frauen zum Thema Gesundheit und Wohlbefinden angesprochen (Ammann/Gross 2011).

Wesentlich bei der Erreichung von gesundheitlich Benachteiligten ist ein persönlicher, **aufsuchender und niederschwelliger Charakter** des Angebots direkt in der vertrauten Lebenswelt (z. B. Moschee, Schule) der jeweiligen Zielgruppe (Ammann/Gross 2011).

Projektbeispiel FEM: Das Institut für Frauen- und Männergesundheit, bestehend aus den Frauengesundheitszentren FEM und FEM Süd und dem Männergesundheitszentrum MEN spricht Frauen und Männer persönlich an, um seine Vorträge und Beratungsgespräche zu bewerben. Orte, an denen persönlich über die Angebote informiert wird, sind z. B. Schwimmbäder, Moscheen, Kulturvereine, Gebietskrankenkasse, Märkte, Straßen, Sozialhilfezentren, Friseurläden oder Supermärkte. Nach zwei bis drei Jahren aufsuchender Arbeit hat sich die Beratungsstelle etabliert, nun gibt es bereits eine wirkungsvolle Mundpropaganda (FEM Süd, 10. 02. 2014).

Zum Erreichen von Migrantinnen, unter denen es aufgrund des kulturellen Hintergrunds nicht oder wenig üblich ist, zu öffentlichen Informationsveranstaltungen zu gehen, kann deren Wohnung ein passendes Setting sein.

Projektbeispiel „Gesundheit kommt nach Hause“: In diesem Programm (in Wien und Niederösterreich) werden Mütter mit Migrationshintergrund und sehr niedrigem sozioökonomischen Status von geschulten Müttern aus demselben Kultur- und Sprachkreis im Kindergarten oder auf dem Spielplatz etc. angesprochen und – wenn sie interessiert sind und einwilligen – in Folge in ihrer Wohnung aufgesucht, wo bei regelmäßigen Treffen eine Vermittlung gesundheitsförderlicher Inhalte und Empfehlungen zu deren Umsetzung erfolgt.¹⁵

Zum Ansprechen der Zielgruppe können als vermittelnde Instanzen Schlüsselpersonen oder Multiplikatorinnen oder Multiplikatoren hinzugezogen werden.

Schlüsselpersonen kommen häufig direkt aus dem Gesundheitsbereich (z. B. Allgemeinmediziner/innen oder Hebammen), aber auch aus öffentlichen oder religiösen Organisationen. Beispiele für freiwillige Schlüsselpersonen sind Pensionistinnen oder Pensionisten mit einschlägigen Berufserfahrungen aus dem sozialen oder pflegerischen Bereich wie Pfleger, Krankenschwester oder auch Köchin (Ammann/Gross 2011).

Der Einsatz von **Multiplikatorinnen/Multiplikatoren** direkt aus der Zielgruppe (insbesondere bei Personen aus demselben Herkunftsland) hat sich als effektiv erwiesen (Pfluger et al. 2009). Ihnen wird einerseits Vertrauen entgegengebracht, andererseits wird ihre Kompetenz anerkannt (Pfluger et al. 2009). Diese Personen, Gruppen und/oder Institutionen können ein Projekt wirkungsvoll unterstützen (integriertes Handlungskonzept/ Vernetzung), indem sie die Reichweite erhöhen, die Umsetzung unterstützen oder zum Aufbau neuer Strukturen beitragen.

Projektbeispiel „MiMi“ (Mit Migranten für Migranten, Deutschland): Gut integrierte Migrantinnen und Migranten aus 15 Sprachgruppen wurden in diesem Projekt von Fachleuten des Gesund-

15

Mehr unter <http://www.gekona.at/>

heitswesens geschult, um muttersprachliche Informationen (z. B. über das deutsche Gesundheitssystem und öffentliche Präventions- und Vorsorgeangebote) unter ihren Landsleuten zu verbreiten. Die Informationsveranstaltungen fanden z. B. in Moscheen, Schulen und Freizeit-Heimen statt.

Projektbeispiel „MammaMia“ (OÖ): Bei diesem Projekt werden Mütter mit unterschiedlichem Migrationshintergrund als Moderatorinnen geschult, damit sie Gesprächsrunden mit Müttern aus jeweils ihrem Sprachkreis in der Muttersprache organisieren und moderieren können.¹⁶

Projektbeispiel „Gemeinsam gesund in Oberwart“: In das vom FGÖ beauftragte Modellprojekt wurden auch die Kindergärten der teilnehmenden Gemeinden mit einbezogen. Ziel war es, einkommensschwache und bildungsferne Bevölkerungsgruppen im Rahmen des Schwerpunktes Herz-Kreislauf-Gesundheit zu erreichen. Als besonders erfolgreich für das Erreichen der Zielgruppen stellte sich der Multiplikatorenansatz heraus. Multiplikatorinnen/Multiplikatoren kommen aus dem Umfeld der Zielgruppen, kennen die Probleme und Ressourcen und haben in der Regel einen erleichterten Zugang zu den Zielgruppen. Grundsätzlich scheint ein Mix aus Multiplikatorinnen/Multiplikatoren und Expertinnen/Experten für die Durchführung der Interventionen sinnvoll (FH Burgenland, 11. 04. 2014).

Mögliche Zugänge zu schwer erreichbaren Gruppen bieten auch **gemeinsame Interessen** und die Orte, wo diese gepflegt werden, wie z. B. Schachspiel oder Backgammon im Park (Ammann/Gross 2011). Relevant können alle **Vereine oder Systeme** sein, wo sozioökonomisch benachteiligte Personen stark vertreten sind, wie z. B. Gewerkschaften oder Sportvereine (Stuker et al. 2008). Zugänge zu den Zielgruppen können auch **lokale Strukturen** wie Stadtplanung (z. B. Grätzel-Initiativen) oder Sozialarbeit bieten.

Wenn Medien über Präventionsprojekte informieren sollen, dann sind **zielgruppenspezifische Medien** wie z. B. muttersprachliche Zeitungen oder Gratiszeitungen einzubeziehen. Insbesondere muttersprachliche Fernsehsendungen haben häufig große Reichweiten (Pfluger et al. 2009; Stuker et al. 2008). Als Medium für jüngere Zielgruppen bietet sich das Internet an, wobei auch hier auf jene Seiten zurückgegriffen werden sollte, die bereits von der Zielgruppe genutzt werden (Pfluger et al. 2009). Insgesamt gilt aber „Mundpropaganda ist viel wichtiger als der perfekte Flyer“ (Lis et al. 2011, 15).

Projektbeispiel „Gemeinsam gesund in Oberwart“ (B): Im Modellprojekt wurden regionale Medien wie Radiosendungen und Zeitungen in die Öffentlichkeitsarbeit eingebunden. Wichtig ist hier eine regelmäßige Kooperation zwischen der Projektleitung und den Medien (FH Burgenland, 11. 04. 2014).

Wenn ein „Komm-Ansatz“ für Angebote gewählt wird, sollte er **niederschwellig** – d. h. zeitlich und räumlich offen – gestaltet sein, sodass die Angebote leichter erreicht werden können

16

Mehr unter <http://www.praevention.at/seiten/index.php/nav.18/view.549/level.3/>

(Gesundheitliche Chancengleichheit o.J.–a). Zugangsschwierigkeiten der Zielgruppe sollten berücksichtigt und Barrieren möglichst gering gehalten werden. Zu möglichen Hindernissen zählen Kosten, Wartezeiten, Anfahrtszeiten, Räumlichkeiten und Anmeldeformalitäten (Gesundheitliche Chancengleichheit o.J.–a). Eventuell kann es sinnvoll sein, wenn Angebote anonym in Anspruch genommen werden können; zumindest sollte genau überlegt werden, welche persönlichen Daten für die Anmeldeformalitäten wirklich notwendig sind und was abschreckend wirken könnte. Die zeitliche Gestaltung sollte der Zielgruppe angemessen sein: Angebote für berufstätige Frauen sollten abends oder, wenn möglich, direkt am Arbeitsplatz stattfinden, für arbeitslose Frauen am Vormittag. Alleinerzieherinnen sollte am besten über die passende Zeit selbst befragt werden, z. B. in Mutter–Kind–Zentren oder Supermärkten (FEM Süd, 10. 02. 2014).

Die Berücksichtigung von **Jahreszeiten und religiösen** Festen kann die Erreichbarkeit von Zielgruppen verbessern. Angebote während der Schulferien können z. B. von Müttern nur bedingt genutzt werden, die Sommerferien werden von Menschen mit Migrationshintergrund häufig dafür genutzt, in die Herkunftsländer zu reisen (Lis et al. 2011). Als Ausgangspunkte bieten sich z. B. Fastenmonate an, andererseits sind bestimmte Festtage (z. B. Weihnachten und Fasching sowie das Zucker– und Opferfest) weniger geeignet (Lis et al. 2011).

Projektbeispiel „Healthy Ramadan“ (Großbritannien): Präventionsprojekte des NHS nutzen den Ramadan als Chance, Rauchstopp–Angebote für Muslime zu bewerben, und bieten zahlreiche Tipps, den Ramadan gesundheitsförderlich zu gestalten und als Startpunkt für eine Lebensstil–anpassung zu nutzen (NHS Livewell 2012).

2.3.2 Zielgruppenspezifische Kommunikationsmethoden und Interventionsformen

Ausgangslage

Neben den Zugangswegen (siehe Kapitel 2.3.1) sind auch **Inhalt und Form** an die Bedürfnisse der Zielgruppe anzupassen (NICE National Institute for Health and Clinical Excellence 2007; Pfluger et al. 2009). Die bloße Verbreitung von schriftlichen Informationen bei heterogenem Zielpublikum (Sprache, Bildungsgrad), das Abhalten von Informationsveranstaltungen oder Zeigen von Präventionsfilmen ohne persönliche Gespräche haben sich nicht bewährt (Pfluger et al. 2009).

Erfolgsfaktoren

Partizipation (siehe Kapitel 2.4) ist ein Schlüssel, um Inhalte und Form von Präventionsmaßnahmen gemäß den Bedürfnissen der Zielgruppen zu gestalten (Lehmann et al. 2011).

Zu Erreichung der Zielgruppen ist ein jeweils **zielgruppensensibler Ansatz** zu wählen. Dieser kann beispielsweise geschlechts– oder kultursensibel sein. Bei einem kultursensiblen Zugang ist auf folgende Aspekte zu achten: Nutzung vorhandener Ressourcen der Gemeinschaft, Verständ–

nis der Zielgruppe, Barrieren der Zielgruppe, kultursensitive Informationen, Rücksichtnahme auf kulturelle und religiöse Normen (NICE National Institute for Health and Clinical Excellence 2012).

Projektbeispiel „rundumsund“ (W): Das Bekochen von Familienmitgliedern stellt bei Frauen mit Migrationshintergrund häufig die Hauptquelle für Anerkennung dar; Verhaltensänderungen müssen diesen sozialen Kontext mitberücksichtigen. (F.E.M Institut für Frauen- und Männergesundheit o.J.)

In vielen Projekten hat sich ein **aufsuchender Zugang** als effektiv bei schwer erreichbaren Zielgruppen herausgestellt. Wichtig ist es, dass die Beratungspersonen Kompetenz und Offenheit gegenüber anderen Lebenswelten haben, **Respekt und Wertschätzung** aufbringen bzw. entsprechend geschult werden. Zu vermeiden ist ein paternalistisches Verhalten oder „victim blaming“ (d. h. dem Gegenüber die Schuld an der eigenen Lage zuzuschreiben) (Possert 2007). Hier kann es helfen, wenn die Beratungspersonen selbst aus der relevanten Zielgruppe rekrutiert werden. Unrealistische Ziele und ein zu starker Fokus auf das Negative sind häufige Fallstricke in der Gesundheitsförderung, die insbesondere gesundheitlich Benachteiligte abschrecken (Possert 2007).

Der Einsatz von geschulten „Gesundheitsberatern“ hat sich zur Erreichung von sozioökonomisch Benachteiligten bewährt (Ammann/Gross 2011).

Projektbeispiel Frühe-Hilfen-Netzwerke (Ö): Diese arbeiten mit geschulten Personen aus verschiedenen Berufsgruppen (Familienhebammen, aber auch Kinderkrankenschwestern etc.), die die Familien (meist) nach der Geburt besuchen, um einerseits allgemeine Informationen über diverse Unterstützungsangebote zu vermitteln und andererseits spezifischen Unterstützungsbedarf zu identifizieren und bei Bedarf konkrete Hilfe- oder Förderleistungen zu vermitteln. Diese Hausbesuche werden sehr gerne angenommen, da die Eltern gerade nach der Geburt eines Babys froh sind, wenn sie keine zusätzlichen Termine außerhalb wahrnehmen müssen. Hausbesuche bieten zusätzlich den Vorteil, die gesamte Familie einbinden zu können.

Projektbeispiel: Gesundheit kommt nach Hause – siehe 2.3.1

Projektbeispiel: Mamma Mia – siehe 2.3.1

Viele Maßnahmen in der Gesundheitsförderung stellen den Aspekt der Wissensvermittlung in den Vordergrund und vernachlässigen die Dimension der Verhaltensänderung (Ammann/Gross 2011). Hier können Phasen des Umlernens und kleine mittelfristige Ziele helfen (F.E.M Institut für Frauen- und Männergesundheit o.J.). **Praktische Aspekte**, z. B. lernen, wie gesunde Ernährung in den (sozialen) Alltag integriert werden kann, können ebenso erfolgsentscheidend sein wie **soziale Verstärkungsmechanismen**.

Projektbeispiel „rundumsund“: In tabellarischer Form werden fettärmere Alternativen zu beliebten Nahrungsmitteln gegeben wie z. B. Grillhuhn statt Backhuhn oder Wassereis statt Cremeeis (F.E.M Institut für Frauen- und Männergesundheit o.J.).

Informeller Austausch oder Aktivitäten **in Kleingruppen** haben sich als effektivere und effizientere Methode zur Förderung von gesundheitsförderlichen Verhaltensänderungen bei schwer erreichbaren Zielgruppen herausgestellt als großflächige Präventionsarbeit (Ammann/Gross 2011).

Projektbeispiel „Femmes Tische“ (Schweiz): Das Projekt sieht Tischgespräche zu Hause bei einer Gastgeberin mit Migrationshintergrund und mit einer muttersprachlich und themenspezifisch geschulten Moderation vor. Neben der interaktiven Bearbeitung von (teilweise tabuisierten) gesundheitsrelevanten Themen und entsprechendem Erfahrungsaustausch besteht auch das Ziel, lose Netzwerkbeziehungen (z. B. Nachbarschaft, Bekanntschaften) zu stärken und die Netzwerke der teilnehmenden Frauen zu erweitern (Ammann/Gross 2011).

Projektbeispiel „FamilienBande – Was geht ab?!“ (S): In diesem Projekt zeigte sich ebenfalls, dass die Herkunft des Moderators / der Moderatorin eines „ElternTisches“ eine Schlüsselfunktion für die Erreichbarkeit von Eltern mit niedrigem Sozialstatus hat. (Kral et al. 2011)¹⁷

Nicht nur das Format, sondern auch die Sprache und die Form der Informationsaufbereitung können häufig Barrieren darstellen (Stuker et al. 2008). Der ausschließliche Einsatz von Dolmetschern hat sich nicht bewährt (FEM Süd; 10. 02. 2014). Eine zielgruppenspezifische Aufbereitung der Informationen geht über die Übersetzung in die Muttersprachen hinaus und muss auf die **Alltagssprache** mit Alltagsbeispielen der Zielgruppe ausgerichtet sein (Stuker et al. 2008). So soll die Sprache leicht verständlich und ohne Fremdwörter oder „moderne Trendbegriffe“ sein (Lis et al. 2011). Ein sensibler Umgang mit der Themenwahl und der gewählten Terminologie ist essentiell (Possert 2007).

Projektbeispiel „rundumgesund“ (W): Da stark übergewichtige Personen häufig den Begriff „Sport“ negativ assoziieren, ist es ratsam, statt dessen den Begriff „Bewegung“ zu verwenden (F.E.M Institut für Frauen- und Männergesundheit o.J.)

Ferner ist auf eine zielgruppenspezifische Symbolik/**Ästhetik** der Informationsmaterialien Wert zu legen (Stuker et al. 2008). Hier sind Materialien auch in Bezug auf ihre migrationspezifische Gender-Tauglichkeit (entsprechen die vermittelten Bilder der jeweiligen Lebenswelt der Männer bzw. Frauen in der Zielgruppe) kritisch zu hinterfragen (Stuker et al. 2008). Insgesamt sind andere Formen der Kommunikation als schriftliche Informationsmaterialien wie Bilder, Musik oder Filme hilfreich und effektiv (Pfluger et al. 2009).

Projektbeispiel „Donna Nonna Ma Donna“ (Schweiz): Im Projekt wurde mit der Zielgruppe eine Zeitschrift im Boulevardstil (inklusive Interviews mit einer Schlagersängerin und Kreuzworträtsel) entwickelt, die der Ästhetik und Lebenswelt der Zielgruppe (ältere Damen) entsprach. ¹⁸

17

Weitere Information auch unter <http://www.emcdda.europa.eu/themes/best-practice/examples>

18

http://www.bernergesundheits.ch/download/belladonna_1.pdf Zugriff 17.12.2013

Werden **Inhalt, Sprache und Ästhetik** nicht den Bedürfnissen der Zielgruppe angepasst, kann dies zu Stigmatisierung, Tabuisierung oder Frustration führen.

Projektbeispiel „Ernährung, die bewegt – für Mutter und Kind“ (W): Im Projekt des Frauengesundheitszentrum wird darauf geachtet, in Ästhetik und Beispielen die Zielgruppe anzusprechen. So wird in den Broschüren der Kalorienverbrauch für langsames Gehen bei einer Person mit 100kg (und nicht mit „Normalgewicht“) angegeben (Arbeitsgemeinschaft Gesundheitserziehung o.J.). In dem Projekt wird auch ein geschlechtssensibler Umgang mit Bewegung gepflogen, z. B. indem darauf hingewiesen wird, dass Mädchen durch den Leistungsvergleich in Sportstunden den Spaß an der Bewegung verlieren können und daher weniger kompetitive Sportarten besser geeignet sein können.

Projektbeispiel „rundungsund“ (W): Die Projektumsetzer empfehlen bei der Planung von Bewegungsprojekten, sich in die Zielgruppe (Übergewichtige) zu versetzen, indem die Projektdurchführenden die geplanten Übungen vorab selbst mit einem schweren Rucksack ausführen (F.E.M Institut für Frauen- und Männergesundheit o.J.).

Projektbeispiel Netzwerk Familie (V): Das Projekt organisiert regelmäßig ein Treffen für begleitete Eltern (Mütterhock). Dabei geben Fachleute einen fachlichen Input, der in der Sprache und Aufbereitung an die Zielgruppe angepasst ist; der Zeitpunkt wird auf die Bedürfnisse von Eltern mit Babys abgestimmt (später Nachmittag, d. h. nach Mittagsschlaf und vor dem Abendessen); Kinderbetreuung wird organisiert.

Es kann auch nützlich sein, **kleine Schritte** der Verhaltensänderung zu propagieren und bereits kleine Schritte als Erfolg zu werten. Es geht also um eine flexible „Sowohl- als-auch-Haltung“.

Projektbeispiel „rundungsund“ (W): Im Wiener Projekt wurde eine Methodensammlung zu Gesundheitsförderung bei Übergewicht und Adipositas erstellt, in der darauf verwiesen wird, dass bereits eine Umstellung von einem 10-prozentigen Joghurt auf ein 3,5-prozentiges Joghurt im Sinne einer schrittweisen Veränderung als Erfolg zu werten ist (F.E.M Institut für Frauen- und Männergesundheit o.J.).

2.4 Partizipation der Akteure des Settings

Hintergrund

Der partizipative Ansatz beruht darauf, dass „Wohlbefinden und somit auch Gesundheit nur subjektiv definiert werden können“ und die Vermittlung von Information durch Fachleute vor allem zu einer Befähigung der Zielgruppe beitragen soll, „selbstbewusst über ihr Gesundheitsverhalten zu bestimmen und aktiv gegen die sozialen und politischen Faktoren vorzugehen, die ihre Gesundheitschancen beeinträchtigen“ (Wright et al. 2010). Partizipation gewährleistet, dass Gesundheitsförderungsaktivitäten gut auf Bedürfnisse der Zielgruppen abgestimmt sind.

Partizipation ist auch eine Voraussetzung für die Nachhaltigkeit von Gesundheitsförderungsprojekten (Fonds Gesundes Österreich 2005).

Wright et al. unterscheiden verschiedene Stufen der Partizipation: als Vorstufen der Partizipation werden die reine **Information** der Zielgruppe, die **Anhörung** der Zielgruppe und die **Einbeziehung** einzelner ausgewählter Personen aus der Zielgruppe zur unverbindlichen Beratung gesehen (Wright et al. 2010). Die formale und verbindliche Einbeziehung, also tatsächliche Partizipation, erfolgt als Mitbestimmung bei der Abstimmung von verschiedenen Aspekten von Maßnahmen mit teilweise übertragener Entscheidungskompetenz oder in Form einer gleichberechtigten Partnerschaft mit Entscheidungsmacht. In verschiedenen Phasen eines Projekts sind unterschiedliche Formen von Partizipation sinnvoll und möglich. (Fonds Gesundes Österreich 2005)

Ausgangslage

Partizipation der Zielgruppe bedeutet nicht nur Teilnahme, sondern auch aktive **gleichberechtigte** Teilhabe (Entscheidungskompetenz) bei allen wesentlichen Fragen der Lebensgestaltung (Lis et al. 2011). Die Zielgruppe soll befähigt werden, ihre eigenen Bedürfnisse zu formulieren und Wünsche, Ideen und Vorstellungen bei der Planung, Umsetzung und Durchführung gesundheitsfördernder Aktivitäten einzubringen. Partizipation ist ein Entwicklungsprozess, bei dem die Zielgruppe zunehmend Kompetenzen gewinnt, um aktiv Einfluss auf Entscheidungen nehmen zu können. Dieser Prozess kann sehr zeit- und ressourcenintensiv sein, weswegen häufig nur eine unverbindliche „Schein-Partizipation“ zugelassen wird. Solche rein formale Mitbestimmung kann das Ziel der Stärkung der Ressourcen und Empowerment konterkarieren. Eine gut geplante und durchgeführte Partizipation kann hingegen dazu führen, dass durch positive Erfahrungen und soziale Kontakte (die in partizipativen Prozessen erworben werden) das Selbstbewusstsein gestärkt wird – und dies gesundheitsfördernd wirkt.

Erfolgsfaktoren

Partizipation sollte in **allen Projektphasen** erfolgen (Stuker et al. 2008), d. h. bereits in der **Planung** und in der Materialerstellung.

Projektbeispiel „Healthy & Vital“ (Niederlande): Ein Projekt in den Niederlanden adaptierte ein bestehendes evidenzbasiertes Kursangebot, um Personen mit türkischem Migrationshintergrund zu erreichen. Dazu wurden mit Hilfe von Fokusgruppengesprächen die Materialien adaptiert: z. B. die Ernährungsempfehlungen und die empfohlenen Bewegungsarten (Volkstanz statt Radfahren). Außerdem wurde aufgrund der Ergebnisse eines Pilotprojektes und einer Fokusgruppe von Expertinnen/Experten aus dem Wohlfahrts- und Sozialbereich (die bereits jahrelang mit der Zielgruppe arbeiteten) das Kursangebot überarbeitet: den Großeltern wurde eine wichtige Rolle zugeteilt und auf eine verstärkte persönliche Kontaktaufnahme umgestellt – anstatt bisher üblicher Werbung über Zeitungsinserate. (Ammann/Gross 2011)

Partizipation in allen Projektphasen (Planung, Durchführung, Leitung und Evaluation) hat den positiven Nebeneffekt, dass Zugangsbarrieren abgebaut bzw. gar verhindert werden können (Pfluger et al. 2009).

Projektbeispiel „Gesund leben und älter werden in Eving“ (Deutschland): Um vor Projektbeginn Barrieren und Hindernisse für ältere Menschen zu identifizieren, wurde eine Befragung der Zielgruppe durchgeführt. Basierend drauf wurden Angebote entwickelt, die den Kriterien der Zielgruppe entsprachen: Die angebotenen Kurse wurden rechtzeitig vor der Dunkelheit abgeschlossen, damit der Heimweg bei Tageslicht möglich war; die Angebote waren gut erreichbar und barrierefrei zugänglich; es wurden gleichgeschlechtliche Übungsleiter eingesetzt und die Kurse wurden in Deutsch und Türkisch angeboten (Lis et al. 2011).

Als bewährte **Methoden** der Partizipation werden – je nach Partizipationsstufe – teilnehmende Beobachtungen, systematisches Erfassen von Anliegen der Zielgruppe, Blitzbefragungen, Fokusgruppen, angeleitete Arbeitsgruppen, Open Space und ähnliche Techniken (World Cafe, Zukunftswerkstatt) sowie Nutzerbeiräte genannt. Die Umsetzung von Partizipation trifft auf verschiedenste Hürden; sie lassen sich in persönliche und professionelle Grenzen der Projektmitarbeiter/innen, Grenzen der Projektorganisationsform, institutionelle Grenzen, Grenzen der Ziel-Personen und politische Grenzen gruppieren (Wright et al. 2010). Tipps und nützliche Tools zu Projektumsetzung, Methoden der Partizipation und der Überprüfung der Nachhaltigkeit von Projekten finden sich in der Publikation „Gesundheitsförderung in Gemeinden Stadtteilen und Regionen – von der Idee zur Umsetzung“ (Auer et al. 2014) sowie unter <http://www.partizipation.at/methoden.html>.

Projektbeispiel „Schritt für Schritt zur gesundheitsfördernden Schule“: Im Leitfaden wird zur systematischen Erfassung von Schwachstellen bzw. jenen Themen, bei denen Handlungsbedarf gegeben ist, eine Ist-Analyse empfohlen. So sollen Lehrer/innen, Schüler/innen und Eltern zusammenarbeiten und die unterschiedlichen Sichtweisen einfließen (Dietscher 2001).

Projekteispiel „Alls im Grüana“ (Vbg): Beim Modellprojekt wurden Jugendliche von Anfang an eingebunden, von der Entwicklung des Projektnamens und Logos (2 Workshops) über die Erfassung der Bedürfnisse von Jugendlichen mittels Photo-Voice-Methode, die Beurteilung bestehender Angebote von Gesundheitsdienstleistungen durch eine Jury aus Jugendlichen und Fachleuten bis zur Entwicklung von „Produkten“ (Workshops für die Ausbildung von Peers und von diesen umgesetzte Workshops für Jugendliche). Durch die Partizipation der Jugendlichen und eine breite institutionelle Zusammenarbeit wird eine größere Ideenvielfalt erreicht, ein gemeinsames Lernen ermöglicht (das sich im Sinne einer Reflexion unmittelbar auswirken und zu Verbesserungen der bestehenden Angebote führen kann) und eine hohe Akzeptanz erreicht. Um Partizipation besonders erfolgreich umsetzen zu können, ist jedoch ein Spielraum im Konzept notwendig, der eine rasche Umsetzung neuer Ideen ermöglicht (Marent 2013).

2.5 Vernetzung

Hintergrund

„Dieser heute in vielen Bereichen populäre Begriff beschreibt auch eine wesentliche Strategie der Gesundheitsförderung. Einerseits spricht er das Verhältnis von AkteurInnen der Gesundheitsförderung zueinander an: Vernetzen bedeutet unter anderem, systematisch Erfahrungen auszutauschen, gemeinsam zu lernen, Synergien und Ressourcen optimal zu nutzen und durch die Zusammenarbeit neues Wissen zu schaffen. Es geht aber auch um die Vermittlung zwischen und Vernetzung der unterschiedlichen Politikbereiche, um eine gesundheitsfördernde Gesamtpolitik zu erreichen.“ (Fonds Gesundes Österreich 2005)

Ausgangslage

Da Gesundheitsförderung stets auch die Verhältnisse der Betroffenen einbeziehen soll, ist eine Kooperation zu Partnerinnen und Partnern aus anderen Sektoren/Politikbereichen außerhalb des Gesundheitsbereichs unumgänglich, um die Effizienz und die Reichweite der Maßnahmen zu erhöhen (Ammann/Gross 2011; Gesundheitliche Chancengleichheit o.J.-a; Pfluger et al. 2009). Auch die Einbindung von zivilgesellschaftlichen Institutionen ist meist sinnvoll.

Erfolgsfaktoren

Intersektorale Kooperation kann durch ein **Projektteam mit unterschiedlichen fachlichen Hintergründen** erleichtert werden (Lis et al. 2011). Um Gesundheitsförderung sektoren- und ressortübergreifend zu thematisieren und zu verankern, können Gesundheitskonferenzen, Stadtteilkonferenzen und Fachtagungen veranstaltet werden (Lehmann et al. 2011). Die Einbindung von Kooperationspartnern aus Politik, Verwaltung und Praxis sollte in allen Projekt-schritten (bei Planung, Umsetzung und gegebenenfalls Überarbeitung) gegeben sein (Lehmann et al. 2011).

Projektbeispiel Netzwerk Familie (Vorarlberg): Die Erfahrungen zeigen, dass Vernetzung einen wesentlichen Erfolgsfaktor darstellt (um die Zielgruppe zu erreichen) und dass an dieser laufend gearbeitet werden muss. Dies gelingt durch persönliche Kontaktaufnahme (die gerade in Bereichen mit hoher Personalfuktuation immer wieder notwendig ist), die Organisation von Fachveranstaltungen (z. B. als Kombination von Abend- und Vormittagstermin und die Anerkennung als Fortbildung inklusive entsprechender Fortbildungspunkte) sowie durch die Verbreitung von Informationsmaterial (z. B. Give-aways für Dienstleister/innen zur Erinnerung an Netzwerk Familie). Besonders wichtig ist es auch, von Anfang an zu vermitteln, dass eine Kooperation wichtig und notwendig ist, und das potentielle Netzwerk bereits in die Konzeption einzubinden.

2.6 Nachhaltigkeit der Veränderungen

Ausgangslage

„Der Begriff der Nachhaltigkeit wird von der WHO erstmals im Dokument „Gesundheit 21: Das Rahmenkonzept ‘Gesundheit für alle, für die Europäische Region der WHO‘ aufgegriffen. Mit diesem Titel wird starke Nähe zum Weltprogramm der Nachhaltigen Entwicklung, Agenda 21, ausgedrückt. In Anlehnung an deren Leitspruch „global denken – lokal handeln“ kann man auch in der Gesundheitsförderung zwischen Nachhaltigkeit auf gesellschaftlicher Ebene (= Makro-Ebene) und auf Projektebene (= Mikro-Ebene) unterscheiden.

Nachhaltigkeit auf der gesellschaftlichen Ebene bezieht sich demnach auf das Ausmaß, in dem eine politische Strategie oder ein nationales Programm eine optimale Ausbalancierung wirtschaftlicher, ökologischer, sozialer und gesundheitlicher Ziele erreicht.

Nachhaltigkeit auf der Projektebene beinhaltet zunächst die Frage, ob die optimierten Strukturen, Prozesse und Verhaltensweisen über die Projektdauer hinaus Bestand haben (statische Nachhaltigkeit). Wichtig für die Aufrechterhaltung von Veränderungen ist, dass Vorkehrungen getroffen werden, dass die Innovationen auch an sich ändernden Bedingungen angepasst werden (dynamische Nachhaltigkeit).

Nachhaltigkeitsplanung auf Projektebene bedeutet, dass bereits zu Projektbeginn über den Zeithorizont des Projektes hinaus geplant werden muss. Nachhaltigkeit wird aber auch dadurch gesichert, dass Methoden, Wissen und Erfahrungen des Projektes so gestaltet und aufbereitet werden, dass diese auch für andere Organisationen und Zielgruppen anwendbar sind und so Transferierbarkeit (Verbreitung) eingeplant wird.“ (Fonds Gesundes Österreich 2005)

Hintergrund

Nachhaltigkeit als Merkmal von Maßnahmen bezieht sich auf deren Zukunftsfähigkeit. Dies beinhaltet zunächst die Frage, ob die erwünschten Strukturen, Prozesse und Verhaltensweisen über die Maßnahmendauer hinaus Bestand haben (statische Nachhaltigkeit). Des Weiteren meint Nachhaltigkeit auch die Transferierbarkeit (Verbreitung) und den Nutzen des Projektes für andere Organisationen und Zielgruppen.

Erfolgsfaktoren

Konkrete Nachhaltigkeitsstrategien sollten bereits zu Projektbeginn berücksichtigt werden. Es ist daher wesentlich, von Anfang an Überlegungen zur Nachhaltigkeit ausreichend zu operationalisieren. Besondere Bedeutung kommt dabei den Aspekten der Langzeitwirkung und Fortsetzungsfähigkeit zu. Einzelaktionen und „Strohfeuer-Projekte“ verunsichern alle Beteiligten (insbesondere auch Stakeholder und Ehrenamtliche) und sollen daher generell vermieden werden

(Possert 2007). Eine Checkliste mit einer Auflistung von Faktoren, die die Nachhaltigkeit fördern können findet sich im FGÖ-Projektguide¹⁹.

Folgende Fragen zur Nachhaltigkeit sollten sich Projektplaner stellen:

- » Welche Schritte habe ich in Bezug auf Nachhaltigkeit gesetzt / welche plane ich? Wo soll die Maßnahme am Projektende stehen?
- » Wie soll es nach Projektende weitergehen? Wodurch wird gewährleistet, dass die geschaffenen Strukturen, Prozesse und Verhaltensweisen über die Maßnahmendauer hinaus Bestand haben?
- » Wie stelle ich sicher, dass die durch Ihre Maßnahme eingeführten Innovationen, Tools, Strukturen, Aktivitäten etc. dynamisch weiterentwickelt und an veränderte Bedingungen angepasst werden? Wodurch werden Impulse für die eigenständige Weiterentwicklung gesetzt?
- » Welchen Nutzen können andere Organisationen und Zielgruppen aus der Maßnahme ziehen, und wie können sie daraus lernen?

Projektbeispiel FEM (W): Das Institut für Frauen- und Männergesundheit (FEM, FEM Süd und MEN) legte von Anfang an Wert auf die Schulung von Multiplikatorinnen und Mutiplikatoren und schulte z. B. in den Spitälern einzelne Hausarbeiterinnen als Gesundheitsmultiplikatorinnen. Dies führt zu einem nachhaltigen Kontakt und Austausch. (FEM-Süd, 10. 02. 2014)

19

http://info.projektguide.fgoe.org/fileadmin/redakteure/downloads/hilfestellungsdownloads/Checkliste_Nachhaltigkeit.pdf

3 Hindernisse und Tipps

3.1 Projektplanung

Eine Projektplanung sollte stets mit einer Ist-Analyse/Bedarfsanalyse beginnen. Hier sind insbesondere die Bedürfnisse der Zielgruppe zu erheben und welche Institutionen oder Gruppierungen bereits Zugänge zu den relevanten Gruppen haben.

In einem ersten Schritt wird analysiert welche **Akteure** bereits im gewählten Setting aktiv sind oder Zugang haben. Diese Akteure sollten von Anfang an eingebunden werden (z. B. über eine Steuerungsgruppe), da sie bereits über Erfahrungen mit den Zielgruppen verfügen (Lis et al. 2011). Die Bestandsanalyse soll ebenfalls erfassen, **welche Angebote und Zugangswege** bereits existieren, um an diesen anzuknüpfen und keine parallelen Strukturen zu schaffen (Lis et al. 2011). Vor Projektbeginn sollte an sich bereits klar sein, welche Schwierigkeiten bei der Erreichung der Zielgruppe auftreten können.

Bei der Projektplanung ist zu berücksichtigen, dass der Zugang zu schwer erreichbaren Gruppen **zeit- und ressourcenintensiv** ist, d. h. bei der Planung sollten dem Auftraggeber nicht in den ersten paar Monaten bereits erste Umsetzungsergebnisse, sondern eher Zwischenergebnisse zur Erreichung der Zielgruppe versprochen werden. Außerdem ist eine angemessene Entlohnung von Multiplikatorinnen/Multiplikatoren oder Schlüsselpersonen einzuplanen (Pfluger et al. 2009).

Die Einbindung der Zielgruppe bzw. von Personen mit bereits bestehendem Zugang zur Zielgruppe (z. B. aus dem Sozialbereich oder Vereinen) sollte bereits in der Planungsphase insbesondere bei der Erstellung der Materialien erfolgen. (So sollten z. B. Ernährungsempfehlungen mit Hilfe der Zielgruppe auf die Essgewohnheiten der Zielgruppe abgestimmt werden.) Die entwickelten Materialien und die geplanten Zugänge sollen in einer Pilotphase getestet und eine Adaptierungsphase eingeplant werden.

Gesundheitsförderung soll stets die Verhältnisse und Gesundheitsdeterminanten berücksichtigen, stößt hier aber leider auch oft an ihre Grenzen. Viele Einflussfaktoren auf die Gesundheit wie z. B. Lehrpläne können nicht im Rahmen eines Gesundheitsförderungsprojektes erreicht werden, sondern benötigen größere strategische Ansätze wie Health in All Policies. Eine **realistische Projektplanung** ist daher – insbesondere für die Gesundheit der Teammitglieder – wichtig.

3.2 Gesundheitsbedarf und Bedürfnisse der Zielgruppe

Partizipation ist ein zentrales Instrument, um die Gesundheitsbedürfnisse der Zielgruppe zu erfassen. Es ist jedoch ebenfalls nützlich und zielführend, vor Projektbeginn die Ausgangslage der Zielgruppe über öffentlich zugängliche Statistiken abzubilden. So kann aus Sozialberichten,

Gesundheitsberichten²⁰, wissenschaftlicher Literatur etc. die Ausgangslage der Zielgruppe erfasst werden.

Projektbeispiel FEM/MEN (W): Das Institut für Frauen- und Männergesundheit (FEM, FEM Süd und MEN) erhebt zu Beginn jedes Projektes die Wünsche und Vorstellungen ihrer Zielgruppe mit Hilfe von Befragungen oder Fokusgruppen. Selbst wenn ein bereits etabliertes Projekt in einem neuen Setting durchgeführt wird, wird dieser Schritt wiederholt, da er eine wichtige vertrauensbildende Maßnahme darstellt. Der hohe Zeitaufwand dafür trifft bei den Projektfinanzierenden häufig auf Unverständnis, dennoch lohnt sich der Schritt durch das entstehende Vertrauen und den Zugang zur Zielgruppe. (FEM Süd, 10.02.2014)

3.3 Vertrauensbildende Schritte

Beim Zugang zu schwer erreichbaren Zielgruppen ist es sehr wichtig, von Anfang an vertrauensbildende Aktivitäten zu setzen. Dazu zählen ein wertschätzender Umgang mit Personen, aber auch ein sensibler Umgang mit Daten und das Bewusstsein, dass Datenschutz aufgrund von eventuellen negativen Obrigkeitserfahrungen ein wichtiges und sensibles Thema ist. Dies ist insbesondere bei Evaluationen zu bedenken, wenn eine Verknüpfung von Evaluationsergebnissen vorgesehen ist.

Zur Vertrauensbildung trägt außerdem personelle Kontinuität bei (Lis et al. 2011; Pfluger et al. 2009).

Wenn Gesundheitsförderungsexpertinnen/-experten die Wohnungen der Zielpersonen aufsuchen, sollte im Vorfeld eine schriftliche Ankündigung mit einem Foto erfolgen (Ammann/Gross 2011).

3.4 Evaluation und Dokumentation

„Evaluation und Dokumentation werden zur Qualitätsentwicklung im Angebot umgesetzt. Sie dienen dazu, die Arbeitsabläufe zu strukturieren und zu unterstützen und die formulierten Ziele im Projektverlauf zu überprüfen. Die *Dokumentation* bildet die Inhalte und Ergebnisse der Arbeitsprozesse ab (z. B. durch Besprechungsprotokolle, Veranstaltungsdokumentationen oder die Sammlung erstellter Materialien) und macht sie auch nach längerer Zeit oder für Außenstehende transparent. Die *Evaluation* nutzt die dokumentierten Informationen, analysiert und bewertet diese vor dem Hintergrund der gesetzten Ziele“ (Gesundheitliche Chancengleichheit o.J.-a).

Angebote der Gesundheitsförderung sollten vor allem gesundheitlich benachteiligte Bevölkerungsgruppen erreichen, um gesundheitliche Chancengerechtigkeit zu fördern. Bereits in der

²⁰
<http://www.goeg.at/de/Bereich/GB-Archiv.html>

Planung sollte daran gedacht werden, dass die Nachvollziehbarkeit des gesamten Projektverlaufs gewährleistet ist. Sämtliche Daten und Belege sind zu sammeln, um den Projektverlauf und die Erfolge hinsichtlich der Erreichung gesundheitlich benachteiligter Bevölkerungsgruppen für Außenstehende nachvollziehbar zu machen (Gesundheitliche Chancengleichheit o.J.-a).

Evaluation und Dokumentation sind ein wichtiger Aspekt in der Gesundheitsförderung und vertiefende Informationen dazu finden sich z.B. in einer Einführung von der Weltgesundheitsorganisation (Rootman et al. 2001). Der FGÖ bietet im Rahmen des Seminarprogramms „Gesundheitsförderung Bildungsnetzwerk“ regelmäßig Fortbildungen zu Evaluation in der Gesundheitsförderung an²¹.

21
<https://weiterbildungsdatenbank.fgoe.org/>

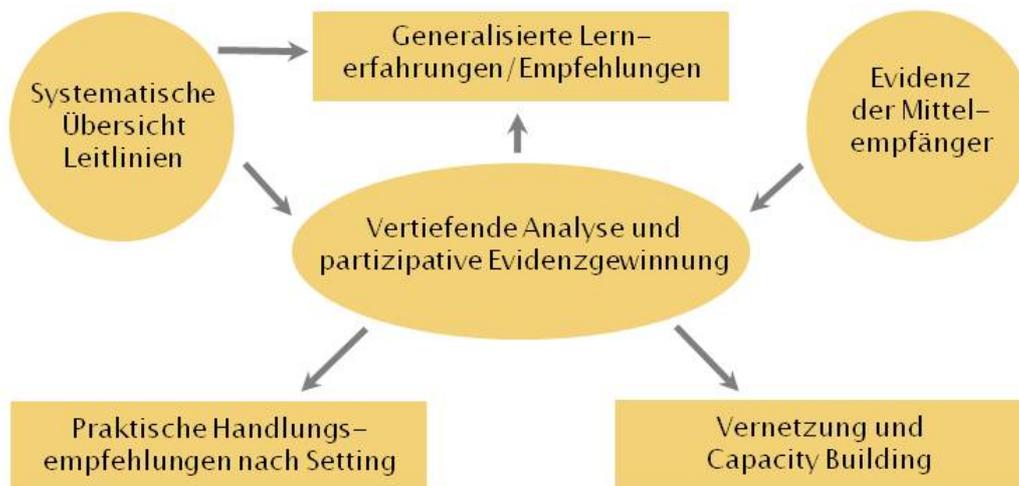
4 Methodik und Suchstrategie

Vorliegende Empfehlungen wurden über die sogenannten „Vorsorgemittel“ der Bundesgesundheitsagentur finanziert. Ziel war es, die bei den Mittelempfängern der Vorsorgestrategie zum Thema Chancengerechtigkeit in der Gesundheitsförderung aufgebaute Expertise systematisch zu erfassen, um das Wissen und die Evidenz langfristig zu sichern und für andere Maßnahmen nutzen zu können. Aufgrund der Schwerpunktthemas „Ernährung“ in der ersten Periode der Vorsorgestrategie wurde diesem Aspekt besondere Beachtung gewidmet. Dafür wurden die Lernerfahrungen in Bezug zu wissenschaftlich aufbereiteten Erkenntnissen gesetzt und daraus Empfehlungen für zukünftige Gesundheitsförderungsinterventionen mit Schwerpunkt auf gesundheitlicher Chancengerechtigkeit abgeleitet.

Das Projekt basiert auf einem iterativen Prozess der Evidenzgewinnung aus Literatur und Erfahrungswissen. Erfahrungen wurden sowohl von den Gesundheitsförderungsexpertinnen/-experten der Bundesländer als auch von den (derzeitigen wie zukünftigen) Umsetzern/Umsetzerinnen der Maßnahmen im Rahmen der Vorsorgemittel eingeholt. Dieser Ansatz wurde gewählt, damit die Lernerfahrungen aus den vorsorgemittelfinanzierten Projekten nachhaltig zur Verfügung stehen. Außerdem stehen Erfahrungen aus der Gesundheitsförderung kaum in medizinisch orientierten Literaturdatenbanken zur Verfügung (Haas et al. 2013a).

Das Projekt sah eine Partizipation der Gesundheitsförderungsexpertinnen und Gesundheitsförderungsexperten der Bundesländer im Allgemeinen und der (derzeitigen wie zukünftigen) Umsetzer/innen der Maßnahmen im Rahmen der Vorsorgemittel im Spezifischen vor. Das Projekt gliederte sich in vier Arbeitsschritte, wobei zuerst nach bestehenden Leitlinien und Empfehlungen zur Förderung von Chancengerechtigkeit in der Gesundheitsförderung gesucht wurde und daraus wurden allgemeine Empfehlungen erarbeitet, um auf zukünftige Projekte in der Gesundheitsförderung und Prävention zu Chancengerechtigkeit in anderen Settings bzw. bei anderen Zielgruppen angewendet werden zu können (Arbeitsschritt 1 und 4). Im Mittelpunkt stand die Förderung der Chancengerechtigkeit zum Thema Ernährung in den Settings Kindergarten und Gemeinschaftsverpflegung sowie für die Zielgruppe Schwangere (Arbeitsschritt 2 und 3). Diese Settings bzw. Zielgruppe wurden schwerpunktmäßig im Rahmen der ersten Vorsorgemittelperiode adressiert.

Ablauf der Arbeitsschritte



1. Systematische Übersicht über (Meta-)Leitlinien und Empfehlungen zur gesundheitlichen Chancengerechtigkeit in Gesundheitsförderung und Prävention

Es wurde eine systematische Literaturrecherche und eine Handsuche auf relevanten Seiten und bei ausgewählten Institutionen²² zu evidenzbasierten Leitlinien und Empfehlungen zur Einbindung sozial benachteiligter Gruppen in Gesundheitsförderungs- und Präventionsprogrammen nach Settings, zum Thema Ernährung und auf Metaebene (z. B. „Kriterien guter Praxis in der Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten“ des BZgA) durchgeführt (siehe auch Suchstrategie).

2. Aufbereitung der Evidenz aus den verpflichtenden Jahresberichten 2011 bis 2013 der Mittelempfänger zu Prozess- und Ergebnisevaluation sowie Lernerfahrungen der Mittelempfänger

In einem zweiten Schritt wurden die dargestellten Lernerfahrungen und Ergebnisse aus den Zwischenberichten systematisch herausgearbeitet und auch den Empfehlungen aus Schritt 1 gegenüber gestellt werden. Hierzu wurden insbesondere die aktuellsten Jahresberichte und die darin enthaltenen Beschreibungen der Lernerfahrung in den relevanten Kapiteln herangezogen. Darüber hinaus wird mit jeder Projektleitung der Vorsorgemaßnahmen ein qualitatives Interview (größtenteils persönlich) über Lernerfahrungen (erfolgreiche wie gescheiterte Strategien, Herausforderungen, Chancen, Hürden etc.) bei der Maßnahmenumsetzung in Bezug auf Zielgruppenerreichung und Chancengerechtigkeit durchgeführt.

22

www.gesundheitliche-chancengerechtigkeit.de, www.fgoe.org, <http://thecommunityguide.org>

3. Vertiefende Analyse und partizipative Evidenzgewinnung nach Setting

Fokusgruppen zu den jeweiligen Settings wurden eingerichtet, in denen alle Maßnahmenumsetzer des jeweiligen Settings vertreten waren. In diesen Fokusgruppen leiteten die Projektumsetzer auf Basis des Austauschs ihrer Lernerfahrungen und der Reflexion der Lernerfahrungen und der aufbereiteten Ergebnisse aus Arbeitsschritt 1 und 2 Rückschlüsse und Empfehlungen ab. Fokusgruppen fanden zu den Settings Kindergarten und Gemeinschaftsverpflegung sowie für die Zielgruppe Schwangere statt.

Abschließend erfolgte in diesem Arbeitsschritt die Zusammenführung der Lernerfahrungen zum Thema Förderung der Chancengerechtigkeit in den einzelnen Settings durch die GÖG.

4. Generalisierung der Lernerfahrung und Empfehlungen: „Empfehlungen Chancengerechtigkeit in der Gesundheitsförderung“

Die erste Version der allgemeinen Empfehlungen wurde mit den Fokusgruppenleiterinnen/-leitern diskutiert und in Folge überarbeitet (vgl. [Anhang](#)). Im Abschluss wurden die allgemeinen Empfehlungen mit allen Projektumsetzern diskutiert bei einem Vernetzungstreffen am 10.09.2014 (vgl. [Anhang](#)) und in eine Letztfassung übergeführt werden.

Suchstrategie

Die systematische Literatursuche wurde im Dezember 2013 und Jänner 2014 durchgeführt. Folgende Suchstrategien wurden für die systematische Literatursuche in den Referenz-Datenbanken PubMed, Cochrane, CRD, PsycInfo und Eric zum Thema Schwangere und Gemeinschaftsverpflegung verwendet:

Zielgruppe Schwangere

Suchstrategie 1

```
Search (((((((((((("Health Status Disparities"[Mesh] OR "Poverty"[Mesh]) OR "Social Class"[Mesh]) OR "Socioeconomic Factors"[Mesh]) OR "Social Environment"[Mesh]) OR "Unemployment"[Mesh]) OR "Social Determinants of Health"[Mesh]) OR "Social Problems"[Mesh]) OR "Social Justice"[Mesh]) OR "Healthcare Disparities"[Mesh]) OR "Health Services Accessibility"[Mesh]) OR "Health Services Needs and Demand"[Mesh]) OR "Social Conditions"[Mesh]) OR "Vulnerable Populations"[Mesh]) AND (((((((("Program Development"[Mesh] OR "Program Evaluation"[Mesh]) OR "Public Policy"[Mesh]) OR "Health Policy"[Mesh]) OR "Policy Making"[Mesh]) OR ("Guidelines as Topic"[Mesh] OR "Practice Guidelines as Topic"[Mesh])) OR "Health Planning Guidelines"[Mesh]) OR "Health Promotion"[Mesh]) OR ("Public Health"[Mesh] OR "Public Health Surveillance"[Mesh] OR "Public Health Practice"[Mesh]))) AND (((("Prenatal Nutritional Physiological Phenomena"[Mesh]) OR "Maternal Nutritional Physiological Phenomena"[Mesh])
```

Suchstrategie 2

Search (((("Pregnancy"[Mesh] OR "Pregnant Women"[Mesh])) AND (((((((((((("Health Status Disparities"[Mesh] OR "Poverty"[Mesh] OR "Social Class"[Mesh] OR "Socioeconomic Factors"[Mesh] OR "Social Environment"[Mesh] OR "Unemployment"[Mesh] OR "Social Determinants of Health"[Mesh] OR "Social Problems"[Mesh] OR "Social Justice"[Mesh] OR "Healthcare Disparities"[Mesh] OR "Health Services Accessibility"[Mesh] OR "Health Services Needs and Demand"[Mesh] OR "Social Conditions"[Mesh] OR "Vulnerable Populations"[Mesh]) AND (((((((("Program Development"[Mesh] OR "Program Evaluation"[Mesh] OR "Public Policy"[Mesh] OR "Health Policy"[Mesh] OR "Policy Making"[Mesh] OR ("Guidelines as Topic"[Mesh] OR "Practice Guidelines as Topic"[Mesh])) OR "Health Planning Guidelines"[Mesh] OR "Health Promotion"[Mesh] OR ("Public Health"[Mesh] OR "Public Health Surveillance"[Mesh] OR "Public Health Practice"[Mesh])))))))) AND ("Diet"[Mesh] OR ("Nutritional Sciences"[Mesh] OR "Nutritional Status"[Mesh] OR "Nutrition Policy"[Mesh]))

Setting Gemeinschaftsverpflegung

Search (((((((((((("Program Development"[Mesh] OR "Program Evaluation"[Mesh] OR "Public Policy"[Mesh] OR "Health Policy"[Mesh] OR "Policy Making"[Mesh] OR ("Guidelines as Topic"[Mesh] OR "Practice Guidelines as Topic"[Mesh])) OR "Health Planning Guidelines"[Mesh] OR "Health Promotion"[Mesh] OR ("Public Health"[Mesh] OR "Public Health Surveillance"[Mesh] OR "Public Health Practice"[Mesh])))))))) AND ("Health Status Disparities"[Mesh] OR "Poverty"[Mesh] OR "Social Class"[Mesh] OR "Socioeconomic Factors"[Mesh] OR "Social Environment"[Mesh] OR "Unemployment"[Mesh] OR "Social Determinants of Health"[Mesh] OR "Social Problems"[Mesh] OR "Social Justice"[Mesh] OR "Healthcare Disparities"[Mesh] OR "Health Services Accessibility"[Mesh] OR "Health Services Needs and Demand"[Mesh] OR "Social Conditions"[Mesh] OR "Vulnerable Populations"[Mesh]) AND ("Food Services"[Mesh] OR "Food Service, Hospital"[Mesh])

5 Literatur

- Ammann, Eva; Gross, Corina (2011): Schwer erreichbare und benachteiligte Zielgruppen. Institut für Sucht- und Gesundheitsförderung
- Anzenberger, Judith; Bodenwinkler, Andrea; Breyer, Elisabeth (2014): Migration und Gesundheit. ÖBIG – Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen, Bundesministerium für Gesundheit, Arbeiterkammer Wien, Wien
- Arbeitsgemeinschaft Gesundheitserziehung (o.J.): Ernährung, die bewegt – für Mutter und Kind. Wegweiser zum gesunden Lebensstil. Broschüre, Institut für Frauen- und Männergesundheit, Frauengesundheitszentrum F.E.M., Wien
- Auer, Maria; Bäck, Margaretha; Hofer, Kathrin; Neuhold, Bianca; Gangl, Daniela; Amort, Frank M.; Fonds Gesundes Österreich (2014): Gesundheitsförderung in Gemeinden, Stadtteilen und Regionen – von der Idee zur Umsetzung. Reihe WISSEN Bd. 11. Fonds Gesundes Österreich / Gesundheit Österreich GmbH
- BMG/AGES (o.J.): Evaluierung Initiative "Unser Schulbuffet". Gesamtbericht. BMG
- Bundesministerium für Gesundheit (2011): Leitlinie Schubuffet. Empfehlungen für ein gesundheitsförderliches Speisen- und Getränkeangebot an österreichischen Schulbuffets. BMG, Wien
- Bundesministerium für Gesundheit (2013): Kinder- und Jugendgesundheitsstrategie.
- Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung BZgA; Blümel (Red.), Stephan (2011): Leitbegriffe der Gesundheitsförderung und Prävention
- Glossar zu Konzepten, Strategien und Methoden. Hg. v. Blümel, Stephan; Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Neuausg. Aufl., Verl. für Gesundheitsförderung, Gamburg
- Cremer, Monika (2010): Qualitätskriterien für Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Primärprävention von Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen. Gesundheitsförderung konkret, Bd. 13. Hg. v. BZgA, Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Köln
- Deutscher Präventionspreis (o.J.): Präventionspreis 2004–2010. Fritz–Winter–Gesamtschule, Ahlen [Online]. Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Bundesministerium für Gesundheit in Themenpartnerschaft mit dem Institut für Hygiene und Öffentliche Gesundheit der Universität Bonn. http://www.deutscher-praeventionspreis.de/praeventionspreis/2010/preistraeger/fritz_winter_gesamtschule_ahlen.php [Zugriff am 19.11.2014]
- Dietscher, Christina (2001): Schritt für Schritt zur gesundheitsfördernden Schule – Ein Leitfaden für LehrerInnen und SchulleiterInnen. Hg. v. Generationen, Bundesministerium für soziale Sicherheit und, Wien

- Elmadfa, Ibrahim et. al. (Hg.) (2012): Österreichischer Ernährungsbericht 2012. Hg. v. (AGES), Institut für Ernährungswissenschaften und Österreichischer Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH. Bundesministerium für Gesundheit, Wien
- F.E.M Institut für Frauen- und Männergesundheit (o.J.): Methodensammlung zu Gesundheitsförderung bei Übergewicht und Adipositas Institut für Frauen- und Männergesundheit F.E.M., Wien
- Fonds Gesundes Österreich (2005): Glossar [Online]. Gesundheit Österreich GmbH / FGÖ. <http://www.fgoe.org/gesundheitsfoerderung/glossar> [Zugriff am 02.01.2014]
- Fonds Gesundes Österreich (2013): Qualitätskriterien der Gesundheitsförderung des Fonds Gesundes Österreich. Gesundheit Österreich GmbH, Wien
- Gemeinsam genießen (2014): Gemeinsam g'sund genießen. Checklisten [Online]. Gesundheitsfonds Steiermark. <http://www.gemeinsam-genuessen.at/Seiten/Brosch%C3%BCren.aspx> [Zugriff am 7. 1. 2015]
- Gesundheitliche Chancengleichheit (2006): Lernen durch Genießen – Gesunde Ernährung aus Sehpferdchens Küche. <https://www.gesundheitliche-chancengleichheit.de/good-practice/lernen-durch-genuessen/>
- Gesundheitliche Chancengleichheit (o.J.-a): Checkliste zu Bereichen guter Praxis in Angeboten der Gesundheitsförderung/ Prävention bei sozial Benachteiligten. <http://www.gesundheitliche-chancengleichheit.de/gesundheitsfoerderung-im-quartier/aktiv-werden-fuer-gesundheit-arbeitshilfen/teil-5-erfahrungen-nutzen/qualitaetskriterien-der-gesundheitsfoerderung-bei-sozial-benachteiligten/>
- Gesundheitliche Chancengleichheit (o.J.-b): Gute Praxis konkret: Empowerment bei Kindern und Jugendlichen [Online]. Gesundheit Berlin-Brandenburg e.V.
- Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA). <https://www.gesundheitliche-chancengleichheit.de/gesundheitsfoerderung-bei-kindern-und-jugendlichen/gute-praxis/empowerment/> [Zugriff am 09.12.2014]
- Gold, Carola; Lehmann, Frank (Hg.) (2012): Gesundes Aufwachsen für alle! Anregungen und Handlungshinweise für die Gesundheitsförderung bei sozial benachteiligten Kindern, Jugendlichen und ihren Familien. Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Gesundheitsförderung Konkret 17/2012. Köln
- Grüner Teller (o. J.): Grüner Teller [Online]. Styria vitalis. <http://www.gruenerteller.at/> [Zugriff am 19.11.2014]
- Haas, Sabine; Busch, Martin; Kerschbaum, Johann; Türscherl, Elisabeth; Weigl, Marion (2012): Health in All Policies am Beispiel der Kinder- und Jugendgesundheit (Wissen 9). GÖG/FGÖ. Gesundheit Österreich/Geschäftsbereich Fonds Gesundes Österreich, Wien
- Haas, Sabine; Breyer, Elisabeth ; Knaller, Christine ; Weigl, Marion (2013a): Evidenzaufbereitung in der Gesundheitsförderung. Anleitung. Gesundheit Österreich GmbH, Wien

- Haas, Sabine; Pammer, Christoph; Weigl, Marion; Winkler, Petra; Brix, Martina; Knaller, Christine (2013b): Ausgangslage für Frühe Hilfen in Österreich. Wissenschaftlicher Ergebnisbericht. Gesundheit Österreich GmbH / Geschäftsbereich ÖBIG. Im Auftrag der Bundesgesundheitsagentur, Wien
- Habl, Claudia (2014): Armut und Gesundheit. In: Handbuch Armut in Österreich. Hg. v. Dimmel, Nikolaus; Schenk, Martin; Stelzer-Orthofer, Christine, StudienVerlag, Innsbruck – Wien – Bozen: 240–267
- Hofmann, Felix ; Flaschberger, Edith ; Felder-Puig, Rosemarie (2013): Wirkungen schulischer Gesundheitsförderung auf soziale Ungleichheit bei Schüler/inne/n. LBIHPR Forschungsbericht. Ludwig Boltzmann Gesellschaft GmbH, Wien
- Initiative „Unser Schulbuffet“ (2014): Inputs zum Endbericht Handlungsempfehlungen zur Chancengerechtigkeit in der Gesundheitsförderung [Online]. Bundesministerium für Gesundheit
- Klimont, Jeannette; Ihle, Petra; Baldaszi, Erika; Kytir, Joseph (2008): Sozio-demographische und sozio-ökonomische Determinanten von Gesundheit. Bundesministerium für Gesundheit, Wien
- Knipper, Michael; Bilgin, Yasar (2009): Migration und Gesundheit. Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin
- Lehmann, Frank; Köster, Monika; Brandes, Sven; Bräunling, Stefan; Geene, Raimund; Kaba-Schönstein, Lotte; Kilian, Holger; Linden, Susanne; Wehen, Mira; Reker, Natascha (2011): Kriterien guter Praxis in der Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten. Ansatz – Beispiele – Weiterführende Information. Gesundheitsförderung konkret, Bd. 5. Hg. v. Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung BZgA, 5. Aufl., Köln
- Lis, Katharina; Olbermann, Elke; von Koenen, Cordula; Wisniewski, Gabriele (2011): Gesundheitsförderung für ältere Menschen in sozial benachteiligten Lebenslagen im Setting Stadtbezirk. Ein Leitfaden mit praktischen Handlungsempfehlungen. Institut für Gerontologie, Dortmund
- Lyssenko, Lisa; Franzkowiak, Peter; Bengel, Jürgen; (2010): Resilienz und Schutzfaktoren [Online]. BZgA, Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. <http://www.leitbegriffe.bzga.de> [Zugriff am 06.05.2014]
- Mammutschule Ahlen (o. J.): Gesunde Schule [Online]. <http://www.mammutschule-ahlen.de/34.html> [Zugriff am 19.11.2014]
- Marent, Karl-Heinz (2013): Jugend trifft Gesundheit. Endbericht.
- Marmot, Michael; Atkinson, Tony; Bell, John; Black, Carol; Broadfoot, Patricia; Cumberlege, Julia; Diamond, Ian; Gilmore, Ian; Ham, Chris; Meacher, Moller; Mulgan, Geoff (2010): Fair Society, Healthy Lives. The Marmot Review. Strategic Review of Health Inequalities in England post-2010.

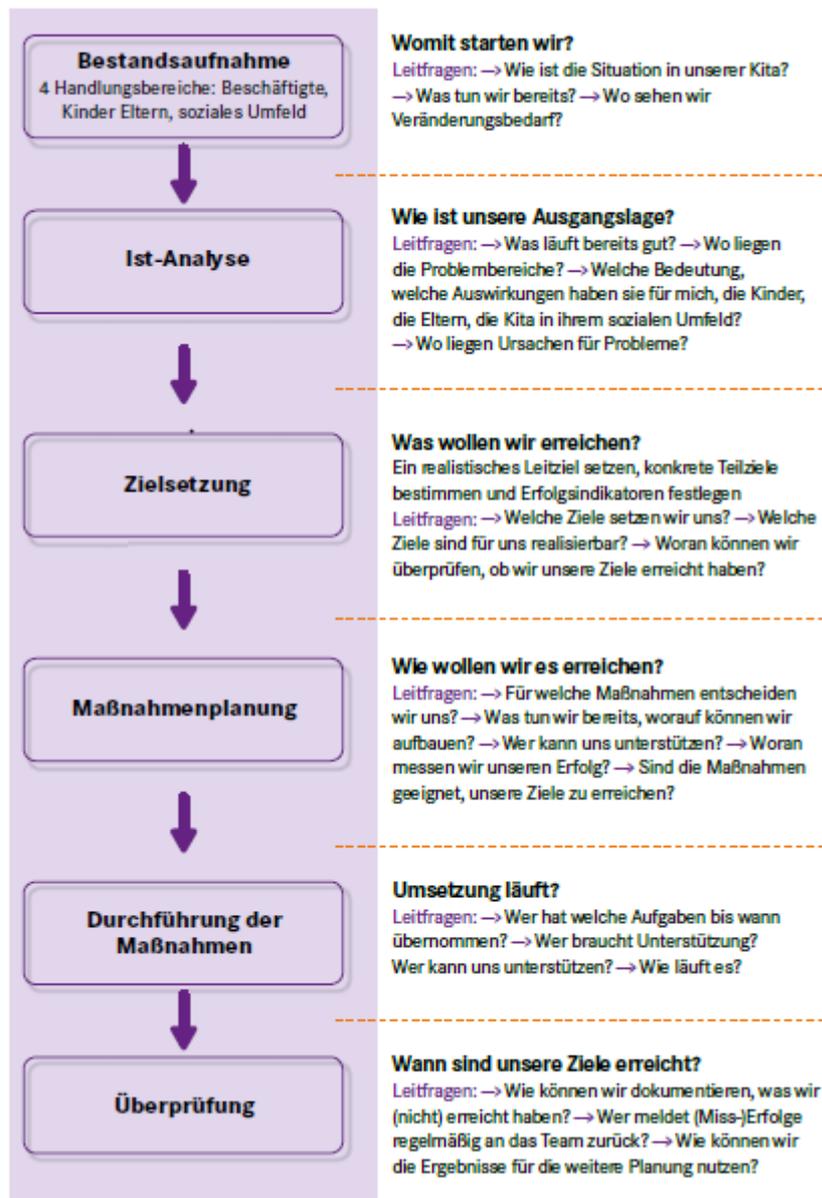
- NAP.e (2012): Nationaler Aktionsplan Ernährung inkl. Maßnahmenübersicht und Planung 2012, BMG, Wien
- NHS Livewell (2012): NHS [Online].
<http://www.nhs.uk/Livewell/Healthramadan/Pages/quitsmoking.aspx> [Zugriff am 17.12.2013]
- NICE National Institute for Health and Clinical Excellence (2007): Behaviour change. Quick reference guide. NICE public health guidance 6. National Institute for Health and Clinical Excellence, London
- NICE National Institute for Health and Clinical Excellence (2012): Obesity: working with local communities. National Institute for Health and Clinical Excellence, London
- Palecek, Feyza (2007): Donna Mobile. In: Gesundheit und Integration – Ein Handbuch für Modelle guter Praxis. Hg. v. Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. 2. Aufl., Berlin: 159–162
- Pfluger, Thomas; Biedermann, Andreas; Gross, Corina (2009): Transkulturelle Prävention und Gesundheitsförderung in der Schweiz.
- Ponier, Wolfgang; Stöckler, Angelika (2012): MehrWERT für Körper und Geist. Endbericht
- Possert, Rainer (2007): Wohnen am Grünanger – eine erfolgreiche soziale Intervention für eine "vulnerable" Gruppe. In: Soziale Ungleichheit und Gesundheit Tagungsband der 9 Österreichischen Präventionstagung. Hg. v. Österreich, Fonds Gesundes, Wien: 27–30
- Richter-Kornweitz, Antje; Altgeld, Thomas (2011): Gesunde KITA für alle! Leitfaden zur Gesundheitsförderung im Setting Kindertagesstätte. 2. Auflage. Aufl., Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e.V., Hannover
- Rootman, Irving; Goodstadt, Michael; Hyndman, Brian; McQueen, David V.; Potvin, Louise; Springett, Jane; Ziglio, Erio (2001): Evaluation in health promotion. Principles and perspectives. WHO Regional Publications European Series, Bd. 92, World Health Organization
- Schule + Essen = Note 1 (o. J.): Schule + Essen = Note 1 Interview Schulzentrum Bad Pyrmont [Online]. Deutsche Gesellschaft für Ernährung e. V. (DGE) – Referat Gemeinschaftsverpflegung und Qualitätssicherung.
<http://www.schuleplussessen.de/qualitaetsstandard/zertifizierung/praxispaten/interview-bad-pyrmont.html> [Zugriff am 13.11.2014]
- Stöckler, Angelika (2014a): "Gemeinsam essen" in Vorarlberger Bildungseinrichtungen. Dritter Zwischenbericht. Bregenz
- Stöckler, Angelika (2014b): Leitlinie für die Gemeinschaftsverpflegung von Kindern und Jugendlichen. 5. Aufl.,

- Stuker, Rahel; Salis Gross, Corina; Schnoz, Domenic; Kayser, Anke (2008): Umfrage bei ausgewählten ExponentInnen der Migrationsbevölkerung und Fachpersonen mit Migrationshintergrund zu den Bereichen Tabak und Alkohol. Schweizerisches Rotes Kreuz, Bern
- Styria vitalis (2001): Gemeinsam Gehen [Online]. Styria vitalis.
<http://styriavitalis.at/information-service/projektarchiv/gemeinsam-gehen/> [Zugriff am 16.04.2015]
- Töscher, Sabine; Tropper, Maria (2011): Mindeststandards in der Gemeinschaftsverpflegung. Graz: Gesundheitsfonds Steiermark
- Vienken, Elke (2010): Soziallagenbezogene Gesundheitsförderung. Erfolgsversprechende Zugangswege zu Kindern, Jugendlichen und älteren Menschen. Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg, Stuttgart
- WHO Regional Office for Europe (2014): Review of social determinants and the health divide in the European Region: executive summary. WHO, Kopenhagen
- Wirl, Charlotte; Haas, Sabine; Knaller, Christine; Unger, Theresia (2010): Strategie der Verwendung der Vorsorgemittel. Bd. Zl. II/4619. Gesundheit Österreich GmbH / Geschäftsbereich ÖBIG, Wien
- Wright, Michael T.; Von Unger, Hella; Block, Martina (2010): Partizipation der Zielgruppe in der Gesundheitsförderung und Prävention. In: Partizipative Qualitätsentwicklung in der Gesundheitsförderung und Prävention. Hg. v. Wright, Michael T., Hans Huber Verlag, Bern: 35–52

ANHANG

Checkliste „Qualität“ für eine setting-orientierte Gesundheitsförderung

Abbildung 1:
Checkliste für eine settingorientierte Gesundheitsförderung



Quelle: Richter-Kornweitz/Altgeld (2011)

Weiterführende Links

Tabelle 5.1:
Links zu Leitlinien und Empfehlungen

Organisation / Land	Link	Anmerkung
Fonds Gesundes Österreich / Österreich	www.fgoe.org	Glossar und Projektguide zu Gesundheitsförderung
Public health services / Schweiz	www.transpraev.ch	Migrationssensitive und transkulturell kompetente Prävention und Gesundheitsförderung
Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit / Deutschland	http://www.gesundheitliche-chancengleichheit.de/	Modelle guter Praxis zu Chancengerechtigkeit und Good-Practice-Kriterien
Bundeszentralstelle für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) / Deutschland	http://www.leitbegriffe.bzga.de/	Leitbegriffe der Gesundheitsförderung
Gesundheitsförderung Schweiz (quint-essenz) / Schweiz	http://www.quint-essenz.ch/de/	Qualitätsentwicklung in Gesundheitsförderung und Prävention
Institut für Frauen- und Männergesundheit / Österreich	http://www.rundum-gesund.at/pdf/Methodenhandbuch.pdf	Methodensammlung zu Gesundheitsförderung bei Übergewicht und Adipositas

Quelle und Darstellung: GÖG

Tabelle 5.2:
Links zu Tools/Methoden

Organisation / Land	Link	Anmerkung
Wiener Gesundheitsförderung (WIG)	http://www.wig.or.at/Gender-Che.889.0.html	Gendercheck: Gendergerechtigkeit und Gendersensibilität von Maßnahmen, Projekten und Aktivitäten
Wiener Gesundheitsförderung (WIG)	http://www.wig.or.at/Downloads.72.0.html	Broschüre „Gesunde Ernährung schmeckt“, downloadbar in Deutsch, Türkisch, Bosnisch/Serbisch/Kroatisch
Wiener Gesundheitsförderung (WIG)	http://www.wig.or.at/Downloads.72.0.html	Broschüre „Bewegung im Alltag wirkt“, downloadbar in Deutsch, Türkisch, bosnisch/serbisch/kroatisch
Wiener Gesundheitsförderung (WIG)	http://www.wig.or.at/Downloads.72.0.html	Broschüre „Seelische Gesundheit macht stark“, downloadbar in Deutsch, Türkisch, Bosnisch/Serbisch/Kroatisch
Fonds Gesundes Österreich (FGÖ)	http://info.projektguide.fgoe.org/fileadmin/redakteure/downloads/hilfestellungsdownloads/Checkliste_Dokumentation.pdf	Checkliste für eine systematische und übersichtliche Projektdokumentation
Fonds Gesundes Österreich (FGÖ)	http://info.projektguide.fgoe.org/fileadmin/redakteure/downloads/hilfestellungsdownloads/Checkliste_Nachhaltigkeit.pdf	Checkliste mit einer Auflistung von Faktoren, die die Nachhaltigkeit fördern können.
Fonds Gesundes Österreich (FGÖ)	http://info.projektguide.fgoe.org/fileadmin/redakteure/downloads/hilfestellungsdownloads/Download_Basiswissen_Ziele.pdf	Beschreibung für die Festlegung von Projektzielen
Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT)	http://www.partizipation.at/methoden.html	Beschreibung von Methoden der Partizipation

Quelle und Darstellung: GÖG

Kriterien guter Praxis der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung²³

Kriterien guter Praxis für Programme

Die folgenden Kriterien sind der Checkliste des Good Practice-Auswahlprozesses für gesundheitsfördernde Programme entnommen. Wie auch bei der Auswahl der guten Praxisbeispiele müssen nicht sämtliche Kriterien vollständig erfüllt sein, sondern gute Praxis soll sich anhand einzelner Kriterien erweisen. Dabei muss jedes ausgewählte Programm zwingend den drei Einschluss- oder Muss-Kriterien entsprechen:

Einschlusskriterien

- **Konzeption, Selbstverständnis**

Das Programm basiert auf einer Konzeption, aus der ein klarer Zusammenhang mit der Gesundheitsförderung oder Prävention hervorgeht.

Wenn nein: Aus dem Programmkonzept geht der klare Zusammenhang mit der Gesundheitsförderung und Prävention nicht hervor, er lässt sich jedoch über die konkreten Arbeitsinhalte herstellen.

- **Zielsetzung und Zielebenen**

Im Rahmen des Programmkonzeptes werden Ziele zur Verminderung gesundheitlicher Ungleichheit formuliert.

Das Programm trägt durch den Aufbau gesundheitsfördernder Strukturen zur Verminderung gesundheitlicher Ungleichheit bei.

Das Programm trägt durch die Stärkung individueller Kompetenzen zur Verminderung gesundheitlicher Ungleichheit bei.

23

Hier handelt es sich um den Vollabdruck eines von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung Österreich herausgegebenen Dokuments. Es steht im Internet unter folgender Adresse kostenfrei zur Verfügung:
<http://www.gesundheitliche-chancengleichheit.de/good-practice/good-practice-kriterien/kriterien-fuer-good-practice-programme/>

- **Zielgruppenbezug**

Das Programm ist ausdrücklich auf sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen ausgerichtet oder bezieht Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ein, die mit sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen arbeiten.

Wenn nein: Das Programm ist nicht ausdrücklich auf sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen ausgerichtet oder bezieht Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die mit sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen arbeiten, nicht ein. Diese Gruppen werden aber ebenfalls vom Programm angesprochen.

Auf der Umsetzungsebene des Programms werden überwiegend sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen erreicht.

Es gibt nachvollziehbare Daten oder andere Belege wie z.B. Sozialraumanalysen und interne Dokumentationen, anhand derer für Außenstehende nachvollziehbar ist, in welchem Umfang und mit welchem Erfolg sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen erreicht werden können.

Das Programmkonzept berücksichtigt die besonderen geschlechtsspezifischen Bedarfe und Interessen von sozial benachteiligten Frauen und/ oder Männern bzw. Mädchen und/ oder Jungen.

Auswahlkriterien

- ✓ **Nachhaltigkeit**

Das Programm ist auf eine längerfristige Umsetzungsdauer von mindestens fünf Jahren ausgerichtet.

Die Umsetzung des Programms ist vollständig gesichert.

Wenn nein: Die Finanzierung der Programmumsetzung ist nicht vollständig gesichert, das Programmkonzept formuliert jedoch Mindeststandards für die Ressourcenausstattung.

Das Programm gibt vor, dass zur Umsetzung externe Ressourcen genutzt werden. Dazu zählen zum Beispiel der Aufbau von Kooperationen und Kofinanzierungen.

Es ist Ziel des Programms, Wirkungen zu erzeugen, die über die Dauer der Programmlaufzeit hinaus bestehen.

Es ist Ziel des Programms, den Fortbestand der durch das Programm initiierten Angebote oder Strukturen langfristig zu sichern.

✓ Partizipation

Partizipation der Zielgruppen

Die Zielgruppe wird bereits in der Planungsphase des Programms aktiv in die Gestaltung eingebunden.

Das Programm gibt Methoden sowie Zeitpunkte der Methodenanwendung in der Umsetzungsphase vor, welche die Zielgruppe aktiv in Willensbildungs-, Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse einbindet. Beispiele dafür sind Szenariowerkstätten, Bürgergutachten und Zukunftswerkstätten. Die Partizipation der Zielgruppe ist erklärtes Ziel des Programms.

Partizipation der Anwenderinnen und Anwender des Programms

Anwenderinnen und Anwender des Programms, z.B. auf der Leitungsebene in Kindertagesstätten, werden bereits in der Planungsphase des Programms aktiv in die Gestaltung eingebunden.

Es ist Ziel des Programms, den Anwenderinnen und Anwendern des Konzepts langfristig eine institutionalisierte Mitbestimmung bei der Programmgestaltung zu ermöglichen, z.B. über Beiräte.

✓ Abstimmung mit relevanten Systemen und Strukturen

Die Ziele und Vorgehensweisen des Programms wurden bereits in der Planungsphase mit relevanten Akteurinnen und Akteuren aus Politik, kommunaler oder sektoraler Verwaltung und Praxis abgestimmt und optimiert.

Das Programmkonzept sieht vor, dass auf Umsetzungsebene externe Ressourcen erschlossen werden.

In der Durchführungsphase des Programms wird die Abstimmung mit der Umsetzungsebene, z.B. über Beiräte, kontinuierlich fortgesetzt.

Das Programmkonzept sieht Kooperationen mit Partnerinnen und Partnern vor.

Durch das Programmkonzept werden proaktiv gesetzliche Regelungen unterstützt oder angestrebt.

✓ Qualitätsentwicklung

Das Programmkonzept formuliert Indikatoren zur Beurteilung seiner Qualität.

Das Programmkonzept formuliert Methoden zur Sicherung und Entwicklung der Qualität auf Umsetzungsebene.

Im Programmkonzept wird die angestrebte Wirksamkeit hergeleitet oder über vorliegende Evidenzen begründet („Promising“).

Das Programmkonzept sieht vor, dass jeweils eine verantwortliche Person zur Qualitätsentwicklung auf der Umsetzungsebene festgelegt wird.

Im Programmkonzept werden Indikatoren zur systematischen und kontinuierlichen Überprüfung und Verbesserung der Strukturqualität (Finanzmittel, Räume, Personal und anderes) auf Umsetzungsebene formuliert.

Im Programmkonzept werden Indikatoren zur systematischen und kontinuierlichen Überprüfung und Verbesserung der Prozessqualität, also der Art der Leistungserbringung auf Umsetzungsebene formuliert.

Im Programmkonzept werden Indikatoren zur systematischen und kontinuierlichen Überprüfung und Verbesserung der Ergebnisqualität, also der letztlich erreichten Effekte auf Umsetzungsebene formuliert.

✓ **Evaluation**

Es erfolgt eine Bewertung des Programmerfolges durch Gegenüberstellung von Zielen und Wirkungen des Programms. Dazu zählt zum Beispiel die vorgesehene und tatsächliche Reichweite des Programms.

Im Programmkonzept ist eine Änderung von Wissen, Einstellungen und Verhalten und der gesundheitsgerechteren Gestaltung der Verhältnisse, Alltagsabläufe und Lebensbedingungen vorgesehen.

Bei der Bewertung des Programmerfolgs steht die Überprüfung des Ziels "Verringerung gesundheitlicher Ungleichheit" im Vordergrund.

Bei der Bewertung des Programmerfolgs werden sowohl beabsichtigte als auch nicht beabsichtigte Wirkungen berücksichtigt.

Auf der Grundlage der Evaluationsergebnisse werden Abläufe und Ziele des Programms regelmäßig angepasst.

Die Evaluationsergebnisse werden öffentlich zugänglich gemacht.

✓ **Anwenderfreundlichkeit**

Das Antragsverfahren auf Umsetzung des Programms ist einfach gehalten und leicht zugänglich.

Die Anwenderinnen und Anwender des Programms werden während der Implementierung und Umsetzung von kompetenten Ansprechpartnerinnen oder Ansprechpartnern unterstützt.

Die Umsetzung des Programms wird durch ein Manual strukturiert.

✓ Übertragbarkeit

Bei der Planung des Programmkonzepts dienen bewährte Ansätze als Vorbild und Orientierung.

Das Programm enthält nachahmenswerte Bereiche, die sich auf andere Anwendungsfelder sowie deren Praxis ausweiten oder übertragen lassen.

Die im Rahmen des Programms gesammelten Erfahrungen, also die „Lessons Learned“, insbesondere Hürden und Stolpersteine, sind nachvollziehbar aufbereitet und werden öffentlich kommuniziert.

Teilnehmerlisten für Interviews und Fokusgruppen

Tabelle 3:
Liste der interviewten Personen

Organisation	Name	Datum
Frauenassistentz FEM Süd	Mag. Haider	10. 2. 2014
LBIHPR	Dr. Mag. Dietscher	17. 2. 2014
Avomed	Hanna Hörtnagl, Bsc.	21. 3. 2014
FH Burgenland	Prof. Dr. Mag. Erwin Gollner, MPH	11. 4. 2014
Amt der OÖ Landesregierung, Direktion Soziales und Gesundheit, Abteilung Gesundheit	Mag. Claudia Barth	11. 4. 2014
Frauengesundheitszentrum Frieda Ried	Mag. Karin Kreil	11. 4. 2014
Bgld. Landesregierung	Karina Wapp, MA	17. 4. 2014
Styria vitalis	Mag. Sabine Wallner, Mag. Katharina Schradt	23. 4. 2014
Vernetzungstreffen REVAN (Gruppeninterview)	Sarah Glatz, Verena Krammer, Katrin Krüger, Christine Scherer, Maria-Luise Ettmayer, Tina Ganser, Aygül Tankaz, Johanna Ziegler, Birgit Dieminger, Bernadette Bürger, Waltraud Eisner, Karin Grimschitz	24. 4. 2014
Netzwerk Familie ²⁴	Mag. Christine Rinner	28. 4. 2014
	Mag. Alexandra Wucher	30. 4. 2014
AGES	Mag. Christine Gelbmann	23. 5. 2014

Tabelle 4:
Fokusgruppe Chancengerechtigkeit / Schwerpunkt Kindergarten (Externe Teilnehmerinnen, 21. 5. 2014)

Organisation	Name
ARGEF	Petra Ruso
WIG	Margit Pachschwöll
OÖGKK	Maria Luise Ettmayer
Stöckler-Consulting	Angelika Stöckler
Gesundheitsfonds Steiermark	Sandra Marczik-Zettinig

24

Diese Interviews wurden im Zusammenhang mit einem anderen Projekt geführt, die Erfahrungen von Netzwerk Familie sollten jedoch auch hier einfließen.

Tabelle 5:

Vernetzungstreffen Vorsorgemittel / Schwerpunkt Chancengerechtigkeit in der Gemeinschaftsverpflegung und bei Schwangeren (Externe Teilnehmer/innen, 10. 9. 2014)

Organisation	Name
Land Oberösterreich	Mag. Claudia Barth
Gesundes Niederösterreich	Mag. Petra Braun, MA
Gesundes Niederösterreich	Mag. Irene Öllinger
AGES	Mag. Bernadette Bürger
BMG	Mag. Judith delle Grazie
AGES	Dr. Birgit Dieminger
LBI	Mag. Dr. Christina Dietscher
GKK Kärnten	Ing. Waltraud Eisner
GKK Oberösterreich	Mag. Maria Luise Ettmayer
AGES	Sonja Greisinger, MSc
GKK Burgenland	Nadine Gutleben, MA
REVAN NÖ	Mag. Ariane Hitthaller, MSc
AGES	Mag. Sophie Langer
GKK Tirol	Mag. Gunda-Maria Nestler
WIG	Margit Pachschröll, MA
REVAN NÖ	Mag. Petra Ruso
GKK Wien	Mag. Jana Sonnberger
GKK Wien	Ayguel Tankaz
Gesundheitsfonds Steiermark	Mag. Martina Karla Steiner
Land Burgenland	Karina Wapp, MA
GKK Salzburg	Johanna Ziegler, MSc
Avomed	Friedrich Lackner

Tabelle 6:

Fokusgruppe Handlungsempfehlungen zu Gemeinschaftsverpflegung (Externe Teilnehmer/innen, 10. 9. 2014)

Organisation	Name
Gesundes Niederösterreich	Mag. Petra Braun, MA
Gesundes Niederösterreich	Mag. Irene Öllinger
AGES	Sonja Greisinger, MSc
AGES	Mag. Sophie Langer
GKK Tirol	Mag. Gunda-Maria Nestler
Gesundheitsfonds Steiermark	Mag. Martina Karla Steiner
Land Burgenland	Karina Wapp, MA

Qualitätskriterien zur Planung und Bewertung von Projekten der Gesundheitsförderung²⁵

Gesundheitsförderung hat sich in den letzten Jahren in Österreich stetig weiterentwickelt und etabliert.

Damit einher geht auch eine steigende Professionalisierung: Umsetzer/innen und Auftraggeber/innen sind daran interessiert, Projekte erfolgreich umzusetzen, die Qualität und Wirksamkeit Ihrer Projekte und Programme aufzuzeigen und zu steigern.

Seit Beginn der 90er Jahre wurde in der WHO und auch in vielen Europäischen Ländern im Sinne der Qualitätssicherung an spezifischen Qualitätskriterien für Gesundheitsförderung gearbeitet.

DIE ORIENTIERUNG AN DEN QUALITÄTSKRITERIEN...

- » hilft wirksame Strategien aufzuzeigen und zu fördern
- » stärkt Evidenz-geleitete Gesundheitsförderung
- » unterstützt einen gezielteren Einsatz begrenzter Ressourcen
- » und hilft, besser auf den Bedarf der Zielgruppen einzugehen und sie besser zu erreichen.
- » hilft unwirksame Strategien zu vermeiden

Der FGÖ hat bei der Entwicklung seiner Qualitätskriterien Know How von bereits existierenden und gut erprobten Qualitätssicherungsinstrumenten (z. B. „quint-essenz“²⁶, „European Quality Instrument for Health Promotion“²⁷) aufgegriffen und diese in Kooperation mit dem LBI für Gesundheitsförderungsforschung weiterentwickelt.

25

Hier handelt es sich um des Vollabdruck eines im Jahr 2013 vom Fonds Gesundes Österreich herausgegebenen Dokuments (Fonds Gesundes Österreich 2013). Es steht im Internet unter folgender Adresse kostenfrei zur Verfügung:
<http://www.fgoe.org/der-fonds/infos/fact-sheet-201equalitatskriterien-zur-planung-und-bewertung-von-projekten-der-gesundheitsforderung201c-erschiene>

26

Gesundheitsförderung Schweiz (2007). Qualitätskriterien für Projekte. Qualitätskriterien. Quintessenz – Qualitätsentwicklung in Prävention und Gesundheitsförderung. Version: 5.0 / 30. 11. 2007 / <http://www.quint-essenz.ch>. (Stand 26. 02.2013)

27

European Project GettingEvidenceintoPractice, NIGZ, VIG (2005). European Quality Instrument for Health Promotion (EQUIHP). URL: <http://www.nigz.nl/gettingevidence> (Stand 26. 02.2013)

ANWENDUNGSBEREICHE:

Die Qualitätskriterien können von sowohl von Auftraggeber/innen als auch von Umsetzer/innen und Evaluator/innen von Gesundheitsförderungsprojekten verwendet werden, um...

- » Gesundheitsförderungsprojekte systematisch zu planen
- » sich an „good practice“ zu orientieren
- » Gesundheitsförderungsprojekte in verschiedenen Phasen systematisch zu reflektieren
- » Konzepte und Berichte von Gesundheitsförderungsprojekten einzuschätzen und zu bewerten
- » Stärken und Verbesserungspotenziale von Projekten zu identifizieren.

Der Fonds Gesundes Österreich bewertet Förderanträge auf Basis dieser Qualitätskriterien. Sie sind auch Grundlage für die Evaluation der geförderten Projekte.

Auf den folgenden Seiten sind die Qualitätskriterien des Fonds Gesundes Österreich für Projekte der Gesundheitsförderung im Detail dargestellt.

Zu Beginn finden Sie jene Qualitätskriterien, die sich auf die „Prinzipien der Gesundheitsförderung“ beziehen, den zweiten Teil bilden die „Qualitätskriterien zum Projektkonzept“. Schließlich werden „Voraussetzungen für die antragstellende Organisation“ dargestellt.

Die Qualitätskriterien sind auch im FGÖ-Projektguide (Fördermanagement-Tool des FGÖ) angeführt und spiegeln sich in dessen Fragestellungen wieder.

Die bei den Qualitätskriterien angegebenen Indikatoren dienen als Anhaltspunkte zur Überprüfung, ob ein Qualitätskriterium erfüllt ist.

1. Qualitätskriterien zu Grundprinzipien der Gesundheitsförderung

Die folgenden Qualitätskriterien beziehen sich auf die Grundprinzipien der Gesundheitsförderung, die bereits in der Ottawa Charta zur Gesundheitsförderung definiert wurden und auch in der aktuellen Gesundheitsförderungstheorie und -praxis angewendet und weiterentwickelt werden:

Die Grundprinzipien spielen eine übergeordnete Rolle, sollen im gesamten Projektverlauf angewendet werden und fließen daher auch in das Kapitel „2.1 Qualitätskriterien zum Projektkonzept“ ein.

Um einen Überblick über die gesamten Grundprinzipien und deren zugeordneten Qualitätskriterien und Indikatoren zu bieten, sind sie im folgenden Kapitel aber vorab komplett dargestellt.

1.1 Positiver, umfassender und dynamischer Gesundheitsbegriff

- » Das Projekt basiert auf einem positiven, umfassenden und dynamischen Gesundheitsbegriff.

Indikatoren

- » Gesundheit wird im Rahmen des Projekts als umfassendes körperliches, geistig-seelisches und soziales Wohlbefinden berücksichtigt.
- » Gesundheit wird im Rahmen des Projekts als dynamischer Prozess und als ein immer wieder herzustellendes Gleichgewicht verstanden, nicht als Zustand.
- » Das Projekt ist am Konzept der Salutogenese orientiert.

1.2 Gesundheitliche Chancengerechtigkeit

- » Im gesamten Projektverlauf wird auf die Förderung gesundheitlicher Chancengerechtigkeit geachtet. Folgende Aspekte sollen berücksichtigt werden:
 - Bildung, Einkommen, berufliche Position, soziale Herkunft
 - Migrationshintergrund, Wohnregion
 - Lebensalter, Gender, Familienstand
- » Die Maßnahmen sind für sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen leicht zugänglich (niederschwellig).

Indikatoren

- » Es liegt eine Frage- bzw. Problemstellung vor, die die gesundheitliche Chancengerechtigkeit explizit und systematisch behandelt.
- » Das Setting ist geeignet, gesundheitlich benachteiligte Menschen zu erreichen.
- » Die Wahl der Zielgruppe/n des Projekts ist auf die Förderung gesundheitlicher Chancengerechtigkeit ausgerichtet.
- » Die Zielsetzungen des Projekts streben die Förderung gesundheitlicher Chancengerechtigkeit explizit an.
- » Bei der Planung und Umsetzung der Aktivitäten und Methoden werden Aspekte gesundheitlicher Chancengerechtigkeit berücksichtigt.

1.3 Ressourcenorientierung und Empowerment

- » Das Projekt berücksichtigt bestehende
 - strukturelle Ressourcen für Gesundheitsförderung, wie Einrichtungen, Institutionen und Vereine, Strategien und Programme, Leitbilder, Finanzierungsquellen, Qualifikationen
 - soziale Ressourcen, wie Netzwerke, soziale Bindungen

- persönliche Ressourcen, wie Gesundheitskompetenz, Engagement und Erfahrung
- » Das Projekt zielt auf die Stärkung sozialer und persönlicher Ressourcen (Empowerment) ab.

Indikatoren

Ressourcenorientierung

- » Die strukturellen Ressourcen (wie Einrichtungen, Institutionen und Vereine, Strategien und Programme, Leitbilder, Finanzierungsquellen, Qualifikationen), sozialen Ressourcen (wie Netzwerke, soziale Bindungen) und personellen Ressourcen (wie Gesundheitskompetenz, Engagement, Erfahrung) des Settings werden beschrieben oder im Zuge des Projekts erhoben.
- » Bei der Planung und Umsetzung der Aktivitäten und Methoden werden die strukturellen, sozialen und persönlichen Ressourcen der Zielgruppe/n und des Settings berücksichtigt.
- » Es ist dargestellt, wie die im Setting vorhandenen strukturellen, sozialen und persönlichen Ressourcen nach Projektende zur Sicherung der Nachhaltigkeit der Aktivitäten genutzt werden.

Empowerment

- » Das Projekt zielt auf die Stärkung sozialer und persönlicher Ressourcen (Empowerment) ab.
- » Die Aktivitäten und Methoden sind auf die Stärkung von sozialen und persönlichen Ressourcen ausgerichtet.

1.4 Setting- und Determinantenorientierung

- » Das Projekt zielt auf die nachhaltige gesundheitsfördernde Veränderung von Strukturen und Prozessen im Setting ab (siehe auch Kapitel 3.1.8 „Nachhaltigkeit“).
- » Die Projektziele sind auf die Veränderung einer oder mehrerer Gesundheitsdeterminante/n ausgerichtet.
- » Die Aktivitäten und Methoden sind auf die Veränderung der im Projektziel festgelegten Gesundheitsdeterminanten ausgerichtet.

Indikatoren

Settingorientierung

- » Das Projekt ist auf die nachhaltige gesundheitsfördernde Veränderung von Strukturen und Prozessen im Setting ausgerichtet.
- » Das Setting, in dem das Projekt stattfindet, ist klar definiert und beschrieben.
- » Das Setting ist geeignet, gesundheitlich benachteiligte Menschen zu erreichen.
- » Das Setting ist geeignet, die definierte/n Zielgruppe/n zu erreichen.

Determinantenorientierung

- » In der Frage- und Problemstellung ist beschrieben und begründet, welche Gesundheitsdeterminanten im Projekt berücksichtigt werden.

- » Die Projektziele sind auf die Veränderung einer oder mehrerer Gesundheitsdeterminante/n ausgerichtet.
- » Die Aktivitäten und Methoden sind auf die Veränderung der im Projektziel festgelegten Gesundheitsdeterminanten ausgerichtet.

1.5 Zielgruppenorientierung

- » Das Projekt richtet sich an ausgewählte und zur Zielerreichung relevante Zielgruppen.
- » Die Zielgruppe/n ist/sind klar definiert und beschrieben. Folgende Aspekte sollen berücksichtigt werden:
 - » Bildung, Einkommen, berufliche Position, soziale Herkunft
 - » Migrationshintergrund, Wohnregion
 - » Lebensalter, Gender, Familienstand
- » Die Ressourcen, Werte, Interessen und Bedarfe der Zielgruppe/n sind beschrieben oder werden angemessen berücksichtigt.
- » Im Projektkonzept werden weitere Anspruchsgruppen (Stakeholder) definiert und beschrieben.

Indikatoren

- » Die Auswahl der Zielgruppe/n ist schlüssig begründet.
- » Die Ressourcen, Werte, Interessen und Bedarfe der Zielgruppe/n sind beschrieben oder werden im Zuge des Projekts erhoben.
- » Es ist klar beschrieben, wie die Zielgruppe/n erreicht werden soll/en und mit welchen Schwierigkeiten dabei zu rechnen ist.
- » Im Projektkonzept sind die Möglichkeiten der Partizipation der Zielgruppe/n dargestellt.
- » Die Aktivitäten und Methoden sind an die Ressourcen, Werte, Interessen und Bedarfe der Zielgruppe/n angepasst.
 - » Weitere Anspruchsgruppen (Stakeholder) sind angeführt.
 - » Ergebnisse und Erfahrungen des Projekts werden für die Zielgruppe/n und andere Akteur/innen adäquat und verständlich (in Kommunikationsstil und Medien) aufbereitet und nutzbar gemacht.

1.6 Partizipation der Akteure/Akteurinnen des Settings

- » Im Projektkonzept ist dargestellt, wie und auf welche Weise die Zielgruppe/n, Entscheidungsträger/innen und andere Akteur/innen des Settings in den verschiedenen Projektphasen beteiligt werden (Partizipation).

Indikatoren

- » Es sind für die Zielgruppe/n und weitere Anspruchsgruppen (Stakeholder) Möglichkeiten vorgesehen, sich in Entscheidungsprozesse einzubringen (Themen, Meinungen, Bedarfe).
- » Es sind für die Zielgruppe/n und weitere Anspruchsgruppen (Stakeholder) Möglichkeiten vorgesehen, wesentliche Projektschritte mitzuentcheiden.

- » Es sind für die Zielgruppe/n und weitere Anspruchsgruppen (Stakeholder) Möglichkeiten vorgesehen, sich aktiv an der Projektplanung und -umsetzung zu beteiligen.

1.7 Vernetzung

- » Das Projekt kooperiert mit relevanten Partnern/Partnerinnen.
- » Das Projekt ist im Hinblick auf die Zielsetzungen optimal vernetzt.
- » Entscheidungsträger/innen werden aktiv angesprochen und einbezogen.
- » Es findet Ressourcenbündelung/fachübergreifende Zusammenarbeit statt.
- » Das Projekt ist in ein übergeordnetes Programm, Netzwerk oder eine Public Health Policy eingebettet (z. B. Nationaler Aktionsplan Ernährung, Kindergesundheitsstrategie, Gesundheitsziele).

1.8 Nachhaltigkeit der Veränderungen

- » Im Projektkonzept ist vorgesehen, dass die Aktivitäten, Strukturveränderungen und Wirkungen auch nach Projektende fortbestehen (statische Nachhaltigkeit).
- » Im Projektkonzept sind Maßnahmen vorgesehen, die eine Anpassung der Aktivitäten an sich ändernde Rahmenbedingungen ermöglichen, ohne den Gesundheitsförderungs-Fokus zu verlieren (dynamische Nachhaltigkeit).
- » Es gibt konkrete Überlegungen, wie andere Zielgruppen oder Settings die Aktivitäten dauerhaft übernehmen können (Transferierbarkeit).
- » Das Projekt führt zu einer strukturellen Veränderung im jeweiligen System (z. B. Gesundheits-, Bildungs-, Wirtschaftssystem).
- » Im Projektkonzept sind Überlegungen angestellt, wie die Weiterfinanzierung der Projektaktivitäten nach Projektende sichergestellt werden kann.

Indikatoren

- » Im Projektkonzept sind Überlegungen angestellt, wie die Maßnahmen und Aktivitäten auch nach Projektende weiter geführt werden.
- » Im Projektkonzept sind Überlegungen angestellt, wie die Weiterfinanzierung der Projektaktivitäten nach Projektende sichergestellt werden kann.
- » Im Projektkonzept sind Überlegungen angestellt, wie Wirkungen und Ergebnisse auch nach Projektende fortbestehen.
- » Im Projektkonzept sind konkrete Überlegungen angestellt, wie andere Zielgruppen, Settings die Aktivitäten dauerhaft übernehmen können (Transferierbarkeit).
- » Die Maßnahmen zur Sicherung der Nachhaltigkeit werden im gesamten Projektverlauf reflektiert und evaluiert.

Hilfestellungen zur Planung und Evaluation von Nachhaltigkeit entnehmen Sie bitte der nachstehenden „Checkliste Nachhaltigkeit“.

CHECKLISTE NACHHALTIGKEIT

In der folgenden Checkliste finden Sie eine Auflistung von Faktoren, welche die Nachhaltigkeit fördern können. Beachten Sie, dass abhängig von den Zielen und Ressourcen eines Projekts nicht immer alle Faktoren zutreffen müssen.

Auf struktureller Ebene

- » Unterstützung des Projektes durch die Leitung bzw. Entscheidungsträger/innen
- » Integration von Gesundheitsförderung in Regelungen, Leitbilder, Managementsysteme
- » Sicherung einer Weiter- bzw. Regelfinanzierung
- » Verantwortliche Organisationseinheiten, Teams, Personen im Setting, die für das Fortbestehen sorgen
- » Integration von Gesundheitsförderung in Qualitätsmanagementmaßnahmen;
- » Einbettung in bestehende Programme oder Netzwerke
- » Hinzuziehen von externen Expert/innen für die Prozessbegleitung, wenn erforderlich
- » Externe Projektressourcen (z. B. Expert/innen, Prozessbegleitung) allmählich im Projektverlauf durch interne Ressourcen ersetzen

Auf Zielgruppenebene

- » Aufzeigen des Projektnutzens für Entscheidungsträger/innen und Zielgruppe/n
- » Motivatoren für ein Engagement verschiedener Personen/gruppen auch nach Projektende (z. B. Wertschätzung, Sichtbarkeit, Erfahrungen, Auszeichnungen,...)
- » Strategien, um Inanspruchnahme des durch das Projekt geschaffenen Angebotes attraktiv zu erhalten
- » Qualifizierung und Einsatz von geeigneten Multiplikatorinnen und Multiplikatoren
- » Vermittlung von gesundheitsrelevantem Wissen durch Fort- und Weiterbildung
- » Fähigkeit zur eigenständigen Weiterentwicklung von Aktivitäten
- » Selbständige Initiierung/Umsetzung von Aktivitäten nach Projektende
- » Regelmäßige Bedarfsanalysen mit den Zielgruppe/n und fortlaufende Evaluation der Aktivitäten auch nach Projektende

Für Transferierbarkeit und Roll out

- » Bereitstellung von Projekterfahrungen und Projektergebnissen für andere Zielgruppe/n und Settings
- » Einbeziehen von anderen potentiellen Nutzer/innen schon während des Projektes
- » Aktives Ansprechen und Einbeziehen von Entscheidungsträger/innen
- » Einbringen von Anliegen in relevante Entscheidungsgremien, Einführung von Policies oder Beeinflussung von politischen Entscheidungen

2. Qualitätskriterien zum Projektkonzept

Im folgenden Kapitel finden Sie alle Qualitätskriterien und Indikatoren zum Projektkonzept. Sie leiten durch die Projektplanung, von der Konzeption bis zur Verbreitung der Projektergebnisse. Die im Kapitel 1.1. dargestellten Qualitätskriterien und Indikatoren zu den Grundprinzipien der Gesundheitsförderung finden sich in den folgenden Subkapiteln wieder.

2.1 Projektbegründung

2.1.1 Bedarfsnachweis

- » Der Bedarf für das Projekt ist schlüssig begründet.

Indikatoren

- » Die Fachliteratur und andere mögliche Quellen für die fachliche Begründung sind recherchiert.
- » Der Bedarf für die geplanten Veränderungen ist erwiesen und dokumentiert (theoretisch/empirisch).
- » Die Komplementarität des Projekts zu bestehenden Projekten oder Angeboten bzw. eine schlüssige Begründung des zusätzlichen Bedarfs ist gegeben.

2.1.2 Beschreibung und Analyse der Problemstellung/Fragestellung

- » Das Projekt basiert auf einer systematischen Beschreibung und Analyse der angesprochenen Fragestellung/Problemstellung.
- » Die Ausgangslage des Projekts im gewählten Setting ist beschrieben.
- » Es liegt eine Frage- bzw. Problemstellung vor, die gesundheitliche Chancengerechtigkeit explizit und systematisch behandelt.
- » In der Frage- und Problemstellung ist beschrieben und begründet, welche Gesundheitsdeterminanten im Projekt berücksichtigt werden.

2.1.3 Lernen aus anderen Projekten

- » Erfahrungen aus anderen Projekten sind reflektiert und werden genutzt. Als Unterstützung finden Sie bei diesem Punkt im FGÖ-Projektguide die „Hilfestellung zur Recherche und Aufbereitung von Good Practice in der Gesundheitsförderung“.

Indikatoren

- » Es wurde recherchiert, ob es bereits (nationale und/oder internationale) Projekte mit ähnlichem Inhalt oder ähnlicher Vorgehensweise gegeben hat.
- » Die Stärken und Schwächen dieser Projekte sind identifiziert und werden bei der Projektplanung berücksichtigt.

- » Ergebnisse und Erfahrungen aus anderen Projekten sind bei der Projektsteuerung und –evaluation berücksichtigt.

2.2 Inhaltliche Projektplanung

2.2.1 Festlegung und Beschreibung des/der Settings

- » Das Setting, in dem das Projekt stattfindet, ist klar definiert und beschrieben.
- » Das Setting ist geeignet, gesundheitlich benachteiligte Menschen zu erreichen.
- » Die
 - strukturellen Ressourcen (wie Einrichtungen, Institutionen und Vereine, Strategien und Programme, Leitbilder, Finanzierungsquellen, Qualifikationen)
 - sozialen Ressourcen (wie Netzwerke, soziale Bindungen) und
 - persönlichen Ressourcen (wie Gesundheitskompetenz, Engagement, Erfahrung) des Settings werden beschrieben oder im Zuge des Projekts erhoben.
- » Das Projekt ist auf die nachhaltige gesundheitsfördernde Veränderung von Strukturen und Prozessen im Setting ausgerichtet.
- » Das Setting ist geeignet, die definierte/n Zielgruppe/n zu erreichen.

2.2.2 Festlegung und Beschreibung der Zielgruppe/n

- » Das Projekt richtet sich an ausgewählte und zur Zielerreichung relevante Zielgruppen.
- » Die Auswahl der Zielgruppe/n ist schlüssig begründet.
- » Die Zielgruppe/n ist/sind klar definiert und beschrieben. Folgende Aspekte sollen berücksichtigt werden:
 - Bildung, Einkommen, berufliche Position, soziale Herkunft
 - Migrationshintergrund, Wohnregion
 - Lebensalter, Gender, Familienstand
- » Die Wahl der Zielgruppe/n des Projekts ist auf die Förderung gesundheitlicher Chancengerechtigkeit ausgerichtet.
- » Die Ressourcen, Werte, Interessen und Bedarfe der Zielgruppe/n sind beschrieben oder werden im Zuge des Projekts erhoben und angemessen berücksichtigt.
- » Es ist klar beschrieben, wie die Zielgruppe/n erreicht werden soll/en und mit welchen Schwierigkeiten dabei zu rechnen ist. Im Projektkonzept werden weitere Anspruchsgruppen (Stakeholder) definiert und beschrieben.

2.2.3 Zielsetzung des Projekts

- » Die Projektziele sind wirkungsorientiert und s.m.a.r.t: d. h. spezifisch, mess-/überprüfbar, akzeptabel/attraktiv, realistisch, terminiert.
- » Die Ziele sind aus der Projektbegründung abgeleitet.

- » Die Zielsetzungen werden im Projektverlauf überarbeitet und präzisiert.
- » Die Zielsetzungen des Projekts streben die Förderung gesundheitlicher Chancengerechtigkeit explizit an.
- » Die Projektziele sind auf die Veränderung einer oder mehrerer Gesundheitsdeterminanten ausgerichtet.
- » Das Projekt ist auf die nachhaltige gesundheitsfördernde Veränderung von Strukturen und Prozessen im Setting ausgerichtet.
- » Das Projekt zielt auf die Stärkung sozialer und persönlicher Ressourcen (Empowerment) ab.

2.2.4 Festlegung und Begründung der Aktivitäten und Methoden

- » Die Aktivitäten und Methoden für eine effektive Intervention sind klar beschrieben und begründet.
- » Das Projekt ist auf die nachhaltige gesundheitsfördernde Veränderung von Strukturen und Prozessen im Setting ausgerichtet.
- » Die gewählten Aktivitäten und Methoden sind aus der Projektbegründung und den Projektzielen abgeleitet.
- » Bei der Planung und Umsetzung der Aktivitäten und Methoden werden Aspekte gesundheitlicher Chancengerechtigkeit berücksichtigt.
- » Die Maßnahmen sind für sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen leicht zugänglich (niederschwellig).
- » Bei der Planung und Umsetzung der Aktivitäten und Methoden werden die strukturellen, sozialen und persönlichen Ressourcen der Zielgruppe/n und des Settings berücksichtigt.
- » Die Aktivitäten und Methoden sind auf die Stärkung von sozialen und persönlichen Ressourcen ausgerichtet.
- » Die Aktivitäten und Methoden sind auf die Veränderung der im Projektziel festgelegten Gesundheitsdeterminanten ausgerichtet.
- » Im Projektkonzept ist dargestellt, wie und auf welche Weise die Zielgruppe/n, Entscheidungsträger/innen und andere Akteur/innen des Settings in den verschiedenen Projektphasen beteiligt werden (Partizipation).
 - Es sind für die relevanten Personengruppen Möglichkeiten vorgesehen, sich in Entscheidungsprozesse einzubringen (Themen, Meinungen, Bedarfe).
 - Es sind für die relevanten Personengruppen Möglichkeiten vorgesehen, wesentliche Projektschritte mitzuzentscheiden.
 - Es sind für die relevanten Personengruppen Möglichkeiten vorgesehen, sich aktiv an der Projektplanung und -umsetzung zu beteiligen.

2.3 Organisation und Steuerung des Projekts

2.3.1 Projektablauf und zeitliche Gliederung

- » Der Arbeitsplan des Projekts ist klar festgelegt und realistisch.
- » Das Projekt ist mittels Meilensteinen in mehrere Etappen gegliedert.

2.3.3 Projektaufbau und Rollen

- » Die Vorlage „Projekttrollenliste“ für den Projekttrollenplan ist verpflichtend zu verwenden. Die handelnden Personen, Gruppen und Gremien des Projekts sind identifiziert und dargestellt.
- » Rollen, Aufgaben und Verantwortlichkeiten aller Projektakteure/-akteurinnen sind klar und werden verbindlich geregelt.
- » Aspekte der gesundheitlichen Chancengerechtigkeit wurden bei der Zusammensetzung des Projektteams reflektiert und berücksichtigt.

2.3.3 Anforderungen und Qualifikationen

- » Der/die Projektleiter/in ist für seine/ihre Aufgaben ausreichend qualifiziert.
- » Die Mitarbeitenden im Projektteam sind für ihre spezifischen Aufgaben ausreichend qualifiziert.
- » Sofern vorhanden: Die externen Berater/innen sind für die vorgesehene Aufgabe ausreichend qualifiziert.

2.3.4 Partnerschaften, Kooperationen und Vernetzung

- » Das Projekt kooperiert mit relevanten Partnern/Partnerinnen.
- » Das Projekt ist im Hinblick auf die Zielsetzungen optimal vernetzt.
- » Entscheidungsträger/innen werden aktiv angesprochen und einbezogen.
- » Es findet Ressourcenbündelung/fachübergreifende Zusammenarbeit statt.
- » Das Projekt ist in ein übergeordnetes Programm, Netzwerk oder eine Public Health Policy eingebettet (z. B. Nationaler Aktionsplan Ernährung, Kindergesundheitsstrategie, Gesundheitsziele).

2.3.5 Kommunikation, Information und Verbreitung

- » Es ist festgelegt, wann und auf welche Weise die Zielgruppe/n und andere Akteur/innen über das Projekt informiert werden.
- » Ergebnisse und Erfahrungen des Projekts werden für die Zielgruppe/n und andere Akteur/innen adäquat und verständlich (in Kommunikationsstil und Medien) aufbereitet und nutzbar gemacht.
- » Potenzielle Nutzer/innen der Ergebnisse werden schon während des Projektes einbezogen.

2.4 Dokumentation und Evaluation

2.4.1 Dokumentation des Projektes

- » Es gibt ein Dokumentationskonzept das festlegt, was von wem auf welche Weise dokumentiert wird.
- » Alle wichtigen Aspekte des Projektes sind in nachvollziehbarer und angemessener Weise dokumentiert.
- » Die Zielerreichung wird überprüft und dokumentiert.
- » Sowohl positive und als auch negative Erfahrungen werden dokumentiert.
- » Das Projekt wird so dokumentiert, dass ein Transfer von Erfahrung und Wissen an andere Projekte möglich ist (Transferierbarkeit).

2.4.2 Evaluation des Projektes

Die folgenden Qualitätskriterien und Indikatoren gelten für externe Evaluation und Selbstevaluation, allerdings jeweils abgestimmt auf Volumen und Komplexität des Projekts. Bitte beachten Sie die formalen Anforderungen zur Evaluation.

- » Es gibt ein klares und nachvollziehbares Evaluationskonzept.
- » Es liegt ein Evaluationsdesign für die Beurteilung der Projektprozesse und -umsetzung (Prozessevaluation) sowie der Projektergebnisse und -wirkungen inklusive Zielerreichung (Ergebnisevaluation) vor.
- » Die Zielgruppenerreichung, insbesondere die Erreichung sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen wird laufend evaluiert und die Aktivitäten/Maßnahmen gegebenenfalls angepasst.
- » Es liegt eine abschließende Evaluation der Projektprozesse und -umsetzung sowie der Projektergebnisse und -wirkungen inklusive der Überprüfung der Zielerreichung auf der Grundlage geeigneter Indikatoren, Erhebungs- und Auswertungsmethoden vor, um einen Transfer erfolgreicher Prozesse und Ergebnisse zu gewährleisten.

2.5 Projektbudget

2.5.1 Sicherung der Ressourcen

- » Die für das Projekt notwendigen fachlichen, personellen und finanziellen Ressourcen sind in der Planung berücksichtigt/sichergestellt.

Indikatoren

- » Sämtliche für die Durchführung und Evaluation des Projekts notwendigen Ressourcen sind budgetiert.
- » Der Umfang der verfügbaren finanziellen und personellen Eigenmittel ist geklärt.
- » Die erforderlichen finanziellen Drittmittel sind sicher gestellt.

- » Das Budget ist realistisch.

2.5.2 Verhältnismäßigkeit

- » Die Relation der Kosten zu den geplanten Aktivitäten ist angemessen. Die Kosten des Projekts (oder Teile des Projekts) sind mit jenen von ähnlichen Projekten vergleichbar.

2.5.3 Projektcontrolling

- » Das Projekt wird auf Grundlage von periodischen Soll-Ist-Vergleichen gesteuert.
 - Die Zielerreichung wird systematisch evaluiert und dokumentiert.
 - Es wird regelmäßig überprüft, ob die Einnahmen und Ausgaben den Budgetvorgaben entsprechen

3. Voraussetzungen der antragstellenden Organisation

Im Folgenden sind Kriterien aufgelistet, die für Organisationen Voraussetzungen sind, um ein qualitätsvolles Gesundheitsförderungsprojekt umzusetzen zu können.

- » Die Hauptaufgaben und Tätigkeiten der antragstellenden Organisation sind beschrieben.
- » Die antragstellende Organisation ist das Setting oder hat Zugang zu der/den definierten Zielgruppe/n und kann das Setting/die Zielgruppe/n gut vertreten.
- » Die antragstellende Organisation hat Zugang zu gesundheitlich benachteiligten Menschen.
- » Die Organisation besitzt Kapazitäten für Gesundheitsförderung im Sinn von:
 - Personen mit Wissen und Erfahrung
 - Kontakten (Vernetzung und Netzwerke)
 - Stabilität (Dauer des Bestandes, Arbeitsstrukturen, Finanzierung, Größe)

Indikatoren

- » Aus der Beschreibung der Aufgaben, Tätigkeiten und Kapazitäten geht klar hervor, dass die antragstellende Organisation geeignet ist, das Setting bzw. die Zielgruppe zu vertreten.